

SCHWERPUNKT

Bildung lohnt sich

DOPPELINTERVIEW

Ludwig gratuliert Häupl zum
75. Geburtstag



50 J A H R E
mehr wien zum leben.
wienholding

wien holding erleben

**JETZT
TICKETS
SICHERN**

• Gratis Führungen, Konzerte,
• Workshops und Schifffahrten –
• sei dabei und wirf einen Blick
• hinter die Kulissen.

**Tag der
offenen Tür
21.09.24**

Teilnehmende Unternehmen:

Twin City Liner | DDSG Blue Danube | Haus der Musik | Jüdisches Museum Wien | MUK |
Mozarthaus Vienna | Vereinigte Bühnen Wien | WH Media – W24 | Urban Innovation
Vienna | Kunst Haus Wien | MBG – Messe Wien | Hafen Wien | ARWAG | Wiener Stadthalle |
Viennabase19 | WSE mit Otto Wagner Areal | Großmarkt Wien | Schloss Laxenburg

www.wienholding.at/tag-der-offenen-tuer





In die Zukunft unserer Kinder investieren!

Bildung ist ein zentraler Baustein für die Zukunft unserer Gesellschaft und die Entwicklung unserer Kinder.

Die Bedeutung von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung und -bildung ist unumstritten. In Städten und Gemeinden findet man dazu vielfältige Initiativen und Angebote, denn Kinder sind unsere Zukunft und es liegt in unserer Verantwortung, ihnen die bestmöglichen Bildungschancen zu bieten. Und zwar je eher desto besser, denn frühe Bildung hat das Potenzial, soziale Unterschiede auszugleichen. Die ersten Lebensjahre sind entscheidend für Gesundheit, Wohlbefinden und Erfolg im Erwachsenenalter. Herausforderungen wie Integration und Mehrsprachigkeit bieten auch viele Chancen für unsere Gesellschaft und müssen deshalb berücksichtigt werden.

Mehr Sprachförderung, multiprofessionelle Teams und sozial-psychologische Angebote werden hier immer wichtiger. Und auch für all jene, die aufgrund schwieriger Lebensumstände mit Ausbildungsabbrüchen konfrontiert sind, braucht es passende Unterstützungsmaßnahmen in späteren Bildungsjahren.

Investitionen ins Bildungssystem sind Investitionen in unsere Gesellschaft. Während Kosten und Aufwand meist unmittelbar anfallen, ist der Erfolg guter Maßnahmen oft erst nach Jahren sichtbar. Dennoch muss uns bewusst sein: Was wir in den Kindergärten und Schulen heute richtig machen, wird unsere Gesellschaft noch für viele Jahrzehnte tragen. 

Michael Ludwig
Präsident Österreichischer Städtebund

Thomas Weninger
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

BILDUNG lohnt sich Von Kinderkrippen, Mehrsprachigkeit und Learning Cities

- 11 **Bildungsökonomik**
Bildung lohnt sich
- 14 **Bildungsverläufe**
Bildung & soziale Ungleichheit
- 16 **Finanzen**
Quo vadis Elementarpädagogik?
- 18 **Studie**
Ausbildung 18+
- 22 **Mehrsprachigkeit**
Städtische Migrationsbiografien
- 26 **Redewettbewerb**
SAG'S MULTI
- 28 **UNESCO**
Global Network of Learning Cities
- 30 **Mobilität**
Schulstraßen
- 32 **Mobilitätsbildungsprogramm**
„Die Stadt & Du“



- 34 **Villach**
Mini Educational Lab
- 36 **Bregenz**
Bildungsakademie Bregenz
- 38 **Graz**
Talentepool für Leitungen
- 40 **Steyr**
Ozobot
- 41 **Linz**
Wissensturm Linz
- 44 **Leonding**
Digi-AHS
- 46 **Frohnleiten**
MS Frohnleiten@Work
- 47 **Hohenems**
EU-Programm Erasmus+

Magazin

- 48 **Partizipation**
Schulen in Vorarlberg
- 49 **Kommunale Pionierin**
Marie Schwarz
- 50 **Doppelinterview**
Ludwig und Häupl pochen auf mehr Städtrechte
- 54 **St. Pölten**
Jüdisches Kulturerbe
- 56 **Fachausschuss**
Kultur
- 57 **Fachausschuss**
Gewerberecht und Gewerbeteknik
- 58 **Netzwerk Gesunde Städte**
Demenzfreundliche Städte
- 60 **Vergabeverfahren**
Umsetzungstipps Soziale Kriterien
- 62 **Rubrik Recht**

Recht

- Aktuelles aus den Städten 6
- Finanzen 64
- Literatur 65
- Zu guter Letzt 66
- Vorschau 67
- Impressum 67

Nur Nudeln, mit nichts

Mein Kind isst alles! Das ist für 95,5 % der Eltern ein Wunschtraum. Die Liste der unpopulären Gerichte ist lange. Nudeln gehen immer, Gemüse lehnt fast jedes vierte Kind ab. Das zeigt die Umfrage von Goldmenü.

► Die gute Nachricht: Auch heikle Esser können zu lustvollen Genießern werden. Beim Gemeinschaftsverpfleger Goldmenü kreieren Entwicklungskoch Christoph Graf und Ernährungswissenschaftlerin Katharina Albrecht kindgerechte und schmackhafte Gerichte und entwickeln Speisepläne für Kindergärten und Schulen. Sie wissen, Essen ist ein Lernprozess und haben Tipps:

Bunter essen: Rote Karotten, gelbe Kartoffeln, grüne Erbsen machen Lust auf's Essen.

Baukasten: Kinder essen lieber, wenn sie sich alle Bestandteile extra nehmen können. Eintöpfe werden erst bei älteren Kindern beliebter.

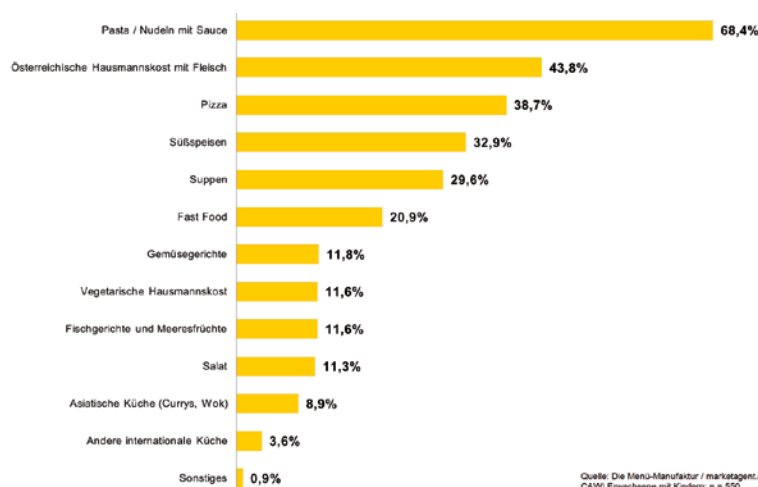
Vorbild sein: Das Essverhalten der Erwachsenen prägt auch das der Kinder.

Weniger ist mehr: Kinder lieben einfache Gerichte mit nur wenigen Zutaten. Erst im Laufe der Volksschule kommt die Experimentierfreude.

Einmal ist keinmal: Manchmal braucht es mehrere Anläufe, bis ein Essen akzeptiert wird.

Kein Druck: Essen oder aufessen müssen ist eine der schlimmsten Erinnerungen vieler Erwachsener. Daher: Kosten ja, aber keinen Druck machen.

Gemeinsam schmeckt es besser: Familienmahlzeiten sind mehr als nur Nahrungsaufnahme, sie laden auch zum Plaudern, Lachen und Genießen ein. ▶



UPDATES ZUR

PIRATENKÜCHE ÜBER INSTAGRAM



BESTE MENÜS

FÜR UNSERE KINDER GOLDRICHTIG

FREUDE AM ESSEN. BESTE ZUTATEN.

⇒ ERNEUERBARE ENERGIEQUELLEN

Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach versorgt unser Tiefkühlager 365 Tage im Jahr mit Strom.

⇒ NACHHALTIGE VERPACKUNGSLÖSUNGEN

Unsere BIOPAP®-Schale besteht überwiegend aus Cellulose und ist nach EN 13432 kompostierbar.

⇒ ÖKO-QUALITÄTSSTANDARDS

Speisepläne nach den Vorgaben der österreichischen Gesellschaft für Ernährung.

⇒ ERNÄHRUNGSPHYSIOLOGISCH OPTIMIERT

Kindgerechte und köstliche Menüs, auf die besonderen Bedürfnisse zugeschnittene Würzung und Zubereitung.

⇒ MANUFAKTUR PUR

Prämierte Qualität und traditionell-handwerkliche Zubereitung nach unserem GOLDMENÜ Reinheitsgebot.



GOLDMENÜ eine Marke der Die Menü-Manufaktur GmbH, Ignaz-Köck-Straße 8/6, 1210 Wien

www.goldmenue.at

Herzlich willkommen

Die neuesten Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebundes stellen sich vor.

Marktgemeinde St. Jakob im Rosental

Die Kärntner Marktgemeinde St. Jakob im Rosental liegt eingebettet zwischen dem Drauffluss und den Karawanken und ist für ihr vielfältiges Sportangebot weit über die Region hinaus bekannt. St. Jakob ist eine moderne Gemeinde, die stolz auf ihre kulturgeschichtliche Verankerung ist. Hier wird die Zweisprachigkeit nicht nur gelehrt, sondern aktiv gelebt. Die Vielfalt der Kulturen bereichert unseren Alltag und fördert ein harmonisches Miteinander, wir legen großen Wert auf Austausch und Verständnis. Ein respektvolles Miteinander der Kulturen ist für uns von zentraler Bedeutung und prägt das soziale Leben in unserer Gemeinde.

Die Gemeinde umfasst insgesamt 22 Ortschaften, die durch einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss zweisprachig beschrieben wurden. Sie bietet dank der gut ausgebauten Infrastruktur eine hervorragende Verkehrsanbindung an die Städte Villach und Klagenfurt sowie an die Nachbargemeinde Jesenice im wunderschönen Slowenien. Familien finden in St. Jakob ein umfangreiches Betreuungs- und Bildungsangebot von der Kleinkinderbetreuung bis hin zum Maturaabschluss, auch in mehrsprachiger Form.

Diese Angebote tragen dazu bei, dass sich junge Familien in der Gemeinde wohlfühlen und ihre Kinder in einer sicheren und förderlichen Umgebung aufwachsen können.

Der wirtschaftliche Erfolg der Marktgemeinde wird durch eine Vielzahl von Unternehmen unterstützt. Mit etlichen Gewerbebetrieben, Fremdenverkehrsunternehmen sowie landwirtschaftlichen Bio-Betrieben ist die Gemeinde sowohl wirtschaftlich als auch touristisch gut aufgestellt.



Kultur- und Wanderfreund:innen erfreuen sich etwa an einer Wanderung zur Bergkapelle, die bei der Wallfahrtskirche in Maria Elend/Podgorje beginnt. Diese gotische Marienkirche aus dem 13. Jahrhundert, die später mit barocken Elementen verziert wurde, ist ein besonderes Juwel. Der Weg zum Kapellenberg, wo auf halber Höhe zwei kleine Kapellen nebeneinanderstehen, zieht jährlich Tausende Wallfahrer:innen an, um innezuhalten und nach altem Volksglauben mit der Wunschglocke zu läuten oder das „rechtsdrehende“ Wasser der Christusquelle/Vodica, dem eine heilkräftige Wirkung nachgesagt wird, zu genießen. Dabei lockt die herrliche Aussicht auf das obere Rosental bis hin zu den Nockbergen.

Die Carnica-Biene ist eine geschützte Bienenart in unserer Region. Der neu gestaltete Bienenlehrpfad von Greuth zur

Maria Elender Alm bietet faszinierende Einblicke in das Leben der fleißigen Insekten.

Ein weiteres Highlight ist der Kärntner Teil des südösterreichischen Jakobswegs, der sich über 216 Kilometer erstreckt und eine spirituelle sowie landschaftliche Bereicherung darstellt. Die Pfarrkirche St. Jakob i. Ros. (Šentjakob v. R.) ist eine dem heiligen Jakob geweihte Kirche.

Für Radfahrer:innen bietet der R1 Drauradweg mit einer Strecke von 15 Kilometern durch die Gemeinde Genuss für die ganze Familie, er führt gemächlich entlang der Drau, durch idyllische Dörfer und schattige Waldabschnitte und ist Teil eines 364 Kilometer langen Radweges, der sich von Toblach/Dobbiaco bis nach Maribor erstreckt.

Die Marktgemeinde St. Jakob im Rosental bietet ihren Bewohner:innen und Be-

sucher:innen eine hohe Lebensqualität, geprägt von einzigartiger Natur, vielfältigen Freizeitmöglichkeiten und einer starken Gemeinschaft.

Wir freuen uns darauf, Sie in unserer lebenswerten Marktgemeinde willkommen zu heißen!

Marktgemeinde Finkenstein am Faaker See

Mit rund 9.500 Einwohner:innen liegt die größte Landgemeinde Kärntens südlich der Stadt Villach und ist ein idealer Ort zum Leben, Arbeiten und Wohlfühlen.

Wirtschaftlich gesehen kann sie in zwei Bereiche unterteilt werden: Leichtindustrie, Logistikbetriebe, Klein- und Mittelbetriebe sowie Landwirtschaft im Westen und im östlichen Teil neben der Landwirtschaft der Tourismus.

Hier am Faaker See ist das Angebot an Unterkünften sehr umfangreich, überdies bietet die Region auch fünf Campingplätze ergänzt mit einem vielseitigen und erlebnisorientierten Sportangebot vom Berg bis zum See.

Es gibt in Finkenstein mit vier Kindergärten und fünf Volksschulen zahlreiche Kinderbildungs- und -betreuungsangebote. Neben einem regen Vereinsleben sind kulturell vor allem die Musikkonzerte auf der Burgarena Finkenstein hervorzuheben.



Im Bereich der gemeindenahen Gesundheitsförderung zur Unterstützung, Beratung und Prävention beteiligt sich die Gemeinde sehr erfolgreich an dem Projekt „Community Nursing“, mit dem Ziel, der älteren Generation einen längeren Verbleib im eigenen Zuhause zu ermöglichen, pflegende Angehörige zu unterstützen und regionale Angebote zu Pflege und Gesundheit zu vernetzen.

Als aktuelle Projekte sind der Umbau der Volksschule Ledenitzen und die Umsetzung zweier Hochwasserschutzmaßnahmen nennenswert bzw. wurde kürzlich der Umbau eines der sechs Feuerwehrhäuser, nämlich jenes in Faak am See, fertiggestellt.

In nächster Zeit sind neben der Erweiterung des Kindergartens in Latschach auch der Umbau des Vereinsgebäudes des Sportvereines DSG Ledenitzen und die Sanierung der Volksschule Fürnitz geplant.

Durch die Mitgliedschaft beim Österreichischen Städtebund erhofft sich die Marktgemeinde Finkenstein am Faaker See, dass die kommunalen Interessen in den aktuellen, wirtschaftlich turbulenten Zeiten gestärkt, der Austausch und die Vernetzung vorangetrieben und innovative Lösungen und Strategien für die lokal immer komplexer werdenden Herausforderungen erarbeitet werden können.

© Foto: Michael Stabenheimer

Aebi VT 470 Vario und Schmidt Stratos

Eine Kombination wie geschaffen für Österreichs Straßen

- Auf die Bedürfnisse von **Stadt- und Gemeindeverwaltungen** ausgelegt
- **Leistungsfähiger** 100 kw (136 PS) **Dieselmotor** und **stufenloser Antrieb**
- Gesamtgewicht **bis zu 10 Tonnen**
- **Ganzjährig einsetzbar**, im Winter mit Schmidt Stratos Streuergerät und Schneepflug

Jetzt vorbereiten auf die nächste Winterdienst Saison. Fahrzeug und Streuergerät können **smart, günstig und rechtssicher** über die **BBG** beschafft werden.

Aebi Schmidt Austria GmbH
Schießstand 4 | 6401 Inzing
Tel. +43 5238 53 590 20
www.aebi-schmidt.com/austria



Jetzt mehr erfahren!



aebi schmidt
group



Wird Klagenfurt Grüne Hauptstadt Europas 2026?

Kärntner Landeshauptstadt im Rennen um Titel

Klagenfurt ist neben Heilbronn in Deutschland und Guimarães in Portugal im Rennen um den Titel der Grünen Hauptstadt Europas 2026. Die Städte wurden wegen ihrer beispielhaften Erfolge und Ambitionen im Kampf gegen Klimawandel, Umweltverschmutzung und den Verlust der Artenvielfalt ausgewählt. Klagenfurt überzeugte dabei vor allem mit dem Ausbau der nachhaltigen Fernwärmeversorgung und der Verbesserung der städtischen Luftqualität sowie mit seinen Investitionen in eine nachhaltige Stadtlogistik, einschließlich Elektrorädern. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius sagte: „Es ist ermutigend zu sehen, wie Städte den ökologischen Wandel ehrgeizig und entschlossen vorantreiben. Das ist gut für die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung, und es kommt auch den Unternehmen und unseren Ökosystemen zugute. Mit der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur haben wir nun klare Ziele für die Ökologisierung der Städte. Die Finalisten sind Vorreiter in wichtigen Bereichen und können andere inspirieren.“

Die Preisträger werden am 24. Oktober 2024 in der aktuellen Grünen Hauptstadt Valencia bekannt gegeben – vergeben werden die beiden Preise „Grüne Hauptstadt Europas“ für Städte ab 100.000 Einwohner:innen und „Grünes Blatt Europas“ für Städte mit 20.000–99.999 Einwohner:innen.

Klagenfurt winkt als Grüne Hauptstadt Europas ein Preisgeld von 600.000 Euro, das zur Umsetzung der Pläne beitragen würde.



Wir gratulieren Oskar Januschke, Stadtgemeinde Lienz, Bgm. Klaus Falkinger, Kleinzell im Mühlkreis, und iSPACE-Studieleiter Thomas Prinz, Salzburg.

Moser-Preis an Lienz

Die Sonnenstadt Lienz wurde für konsequente Quartiersentwicklung ausgezeichnet.

In Anerkennung des Wirkens von Universitätsprofessor Friedrich Moser (1926–2023), Emeritus für Örtliche Raumplanung, wurde heuer zum vierten Mal der Friedrich Moser-Würdigungspreis vom Forschungsbereich für Örtliche Raumplanung der TU Wien verliehen.

Der Schwerpunkt der Ausschreibung lag 2024 in der Transformation und Erneuerung im Bestand. Gesucht wurden Projekte, die besondere Qualitäten im Prozess aufweisen und auch hinsichtlich Umsetzung innovativ sind. Dabei wurden die Stadtgemeinde Lienz und die Gemeinde Kleinzell im Mühlkreis ausgezeichnet, die Stadt Salzburg bekam für das FFG-Projekt BONANZA einen Anerkennungspreis.

Sonnenstadt Lienz: Im Bewerbungszeitraum hat die Stadtgemeinde Lienz den Prozess der kooperativen und integrierten Innenstadtentwicklung konse-

quent fortgesetzt. Zentrale Tätigkeitsfelder sind dabei die kooperative Quartiersentwicklung, Leerstandsumnutzung, Baukultur, Bauen am Bestand, qualitative Verbesserung des Wohnumfeldes, Umbau des öffentlichen Raumes in Begegnungszonen sowie die Absicherung der Quartiersentwicklung durch Quartiersvereine und Quartiersmanagement. Die Bürger:innen übernehmen Eigenverantwortung für ihren Stadtteil, während die Stadt Lienz durch Moderation der Quartiersentwicklungsprozesse, Stadtplanung und Organisation des Quartiersmanagements unterstützt. Dadurch ist in Lienz über die Jahre eine Kultur von eigenverantwortlicher Quartiersentwicklung und -steuerung entstanden. Die Planungsprozesse sind kooperativ und finden im Rahmen politischer Aufträge der Stadt Lienz statt.

www.moserpreis.at



Alexandra
Burgstaller



Alfred
Winkler



Bgm. Michael
Danzinger



Gabriele
Stoiser

Wir bewegen Österreich

Initiative motiviert zu Bewegung und Sport.

WIR BEWEGEN ÖSTERREICH ist das Motto der ORF-Bewegungsinitiative in Zusammenarbeit mit Österreichs Sportverbänden und Sportvereinen, dem Städtebund, dem Gemeindebund sowie dem Bundesministerium für Kunst, Kultur, Öffentlicher Dienst und Sport. Die Initiative wird vom Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) unterstützt. Jährlich sollen alle Menschen in Österreich zu Bewegung und Sport motiviert werden, gleichzeitig soll wieder mehr Bewusstsein für ein Gemeinschaftsgefühl geschaffen werden. Das Highlight am Nationalfeiertag: Um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken, bewegen wir uns alle ab dem 7. September 2024 im Rahmen Hunderter Veranstaltungen im ganzen Land und das Highlight bildet der 26. Oktober mit WIR BEWEGEN ÖSTERREICH: Wandern, Laufen, Radfahren – was Spaß macht. Die Veranstaltungen am Nationalfeiertag bilden den Abschluss der Aktion „50 Tage Bewegung“, die von der Fit Sport Austria GmbH gemeinsam mit dem Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) ins Leben gerufen wurde.

Alle Veranstaltungen unter
www.gemeinsambewegen.at



Personalia

Neue Gesichter in den Amtsstuben

Im niederösterreichischen Mödling übergab Hans Stefan Hintner (ÖVP) das Bürgermeisteramt nach 20 Jahren an Michael Danzinger (ebenfalls ÖVP).

Nach Christoph Herzogs Wechsel in die Privatwirtschaft ist Alfred Winkler neuer Amtsleiter in Villach. Mit 1. November wird Georg Wuzella die Leitung der knapp 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen. Zur stellvertretenden Magistratsdirektorin in Villach wurde Alexandra Burgstaller ernannt, sie übernimmt diese Aufgabe zusätzlich zu ihrer Arbeit als Finanzdirektorin.

In Klagenfurt wiederum folgt Gabriele Stoiser, die Leiterin des statistischen Amtes im Magistrat, als neues Mitglied des Aufsichtsrats der Stadtwerke Klagenfurt (STW) auf Jürgen Dumpelnik.



inter
pädagogica

7.-9. November 2024
Messe Wien (U2 Krieau)



Wissen färbt ab.

45. Bildungsfachmesse für Lehrmittel, Ausstattung, Kultur und Sport – von der Kleinkindpädagogik bis hin zum kreativen, lebensbegleitenden Lernen

Tickets & Information:
interpaedagogica.at



2024 mit dem 5. BildungsInfrastrukturTag zum Thema „Raum für elementarpädagogische Bildung. Bau, Erweiterung und Instandhaltung von elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen“

Schwerpunkt Bildung



Gute Bildung lohnt sich

Der Weg zur Trendwende im Bildungssystem

Katharina Werner, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ifo Zentrum für Bildungsökonomik

Erklärtes Ziel des Bildungssystems ist es, allen Kindern die Entfaltung ihres Potenzials zu ermöglichen und sie je nach ihren Stärken zu fördern. Ob es jedoch Schulen hinreichend gelingt, Kindern und Jugendlichen die Kompetenzen mit auf den Weg zu geben, die sie für eine erfolgreiche Teilnahme an Arbeitsmarkt und Gesellschaft benötigen, lässt sich zum Beispiel anhand der Ergebnisse von Kompetenztests wie der internationalen PISA-Studie abschätzen. Die aktuellsten Ergebnisse aus dem Jahr 2022 zeigen, dass Österreichs Jugendliche in Mathematik und Naturwissenschaft signifikant besser abschneiden als der EU-Durchschnitt (Toferer et al. 2023). Diese guten Ergebnisse verbergen dabei große Unterschiede zwischen verschiedenen Schüler:innengruppen: Knapp jeder Zehnte der getesteten Jugendlichen erreicht das höchste Kompetenzniveau in Lesen, Naturwissenschaft und Mathematik und hat damit beste Voraussetzungen, selbst komplexe Sachverhalte selbstständig zu durchdringen. Gleichzeitig erreicht etwa jeder:r Vierte der 15- bis 16-Jährigen in den PISA-Tests eine zu geringe Punktzahl, als dass von einem soliden Verständnis der Grundlagen der getesteten Fächer ausgegangen werden kann. So bedeutet dies zum Beispiel für den Kompetenzbereich Lesen, dass 25 Prozent der getesteten Jugendlichen kaum sinnentnehmend Texte lesen können. Damit ist die gesellschaftliche Mündigkeit der betroffenen Schüler:innen in Gefahr, zum Beispiel, wenn Vertragstexte wie Kaufverträge oder Ausbildungs- und Arbeitsverträge für die Jugendlichen große Hürden darstellen (Toferer et al. 2023). Besorgniserregend ist, dass sich die durchschnittlichen Bildungsleistungen der österreichischen

Schüler:innen über die Zeit nicht zu verbessern scheinen. Tatsächlich ist das Leistungsniveau in Mathematik seit 2015, dem ältesten vergleichbaren Jahr, sogar deutlich gefallen, während das Leistungsniveau in Naturwissenschaft und Lesen leicht rückläufig ist.

Schule und Arbeitsmarkt

Der Rückgang der gemessenen Kompetenzen der Schüler:innen könnte Österreich dabei teuer zu stehen kommen. Untersuchungen zeigen, dass die Kompetenzen von jedem zusätzlichen Schuljahr, die die Schüler:innen erfolgreich erworben haben, im Durchschnitt ein etwa zehn Prozent höheres Lebens Einkommen bedeuten (Gundersen und Oreopolous 2020). Diese Einschätzung ist das Ergebnis vieler Studien, die den Zusammenhang zwischen Schulerfolg und Arbeitsmarkterfolg untersuchen. Die Tatsache, dass unterschiedliche Studien für unterschiedliche Bildungskontexte und unter Verwendung verschiedener Methoden eine ähnliche Größenordnung für den geschätzten Effekt dokumentieren, zeigt die Verlässlichkeit als Richtgröße (Woessmann 2020).

Vom positiven Effekt guter Bildung profitieren dabei sowohl die einzelnen Schüler:innen als auch die Gesellschaft als Ganzes. Studien zeigen, dass Volkswirtschaften, in denen Jugendliche bessere Kompetenzen haben, in den Folgejahren ein höheres Wirtschaftswachstum aufweisen. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Verbesserung der Schülerleistungen um den Kompetenzzuwachs von etwa drei Schuljahren im internationalen Durchschnitt einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von zwei Prozentpunkten entspricht (Hanushek und Woessmann 2012).

Probleme angehen

Das große Potenzial von guter Bildung unterstreicht die Wichtigkeit, die Probleme des Bildungssystems engagiert, evidenzbasiert und klug anzugehen. Schulen sind dabei immer auch Spiegelbild aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen. So zeigt sich zum Beispiel der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt in den Schulen als gravierender Lehrkräftemangel, und betrifft oft besonders Schüler:innen aus benachteiligten Verhältnissen. Bei Knappheit auf dem Arbeitsmarkt für Lehrkräfte sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die Schulverwaltung offene Stellen mit geeigneten Kandidat:innen besetzen kann. Gleichzeitig ist die pädagogische und fachliche Eignung der Lehrkraft einer der zentralen Faktoren, der die Schülerleistungen maßgeblich beeinflusst. So zeigt eine Studie aus den USA, dass Schüler:innen, die von einer Lehrkraft unterrichtet werden, deren Leistung im unteren Dezil der Verteilung liegt, später ein deutlich geringeres Lebens Einkommen erzielen (Chetty et al. 2014). Aufgrund der teilweise dramatischen Lage werden Wege aus dem Lehrkräftemangel verstärkt diskutiert, zum Beispiel Konzepte, die den Berufsalltag der Lehrkraft weg vom Einzelkämpfer hin zu mehr Arbeit im Team fördern wollen. Dies könnte eine Möglichkeit sein, den Lehrberuf für teamorientierte junge Lehramtsanwärter:innen attraktiver zu machen. Gleichzeitig würden viele solcher Modelle mehr Präsenz der Lehrkräfte am Arbeitsplatz erfordern (Klopsch und Sliwka 2020).

Pandemie-Folgen

Gleichzeitig haben die Lockdowns der Corona-Pandemie die Heterogenität in



den Klassenzimmern verstärkt: Während manche Schüler:innen zu Hause gut lernen konnten, haben andere wenig Zeit mit schulischen Inhalten verbracht (Werner und Woessmann 2024). Im internationalen Vergleich fallen die Kompetenzunterschiede zwischen Jugendlichen unterschiedlicher sozialer Herkunft in Österreich besonders hoch aus und haben sich in den letzten Jahren noch deutlich verstärkt (Toferer et al. 2023).

Hier können adaptive, digitale Systeme neue Möglichkeiten schaffen. Anwendungen dieser Art basieren auf interaktiven Modulen, die für jeden Schüler und jede Schülerin so lange neue Aufgaben zu einem Themengebiet auswählen, abgestimmt auf das Fehlermuster, bis ein Lernziel erfolgreich erreicht ist. Damit können sie als gezielt eingesetztes

pädagogisches Instrument die Arbeit der Lehrkraft in heterogenen Klassen unterstützen (Escueta et al. 2017).

Fazit

Die angeführten Themenfelder beleuchten nur beispielhaft zwei Vorschläge aus einer lebhaften Debatte über Gegenmaßnahmen, um die Probleme des Schulsystems zielführend anzugehen. Eine der großen Schwierigkeiten der Bildungspolitik ist dabei, dass der Erfolg einer guten Maßnahme oft erst viele Jahre später in vollem Umfang sichtbar wird, während potenzielle Kosten und Aufwand meist direkt anfallen. Doch in diesem Umstand liegt auch die größte Motivation für ein engagiertes Angehen der Probleme: Was wir in den Schulen heute richtig machen, wird unsere Gesellschaft noch für viele Jahrzehnte tragen.

Von guter Bildung profitieren sowohl Einzelne als auch die Gesellschaft als Ganzes.

Chetty, R., J. N. Friedman, J. E. Rockoff (2014). *Measuring the Impacts of Teachers II: Teacher Value-Added and Student Outcomes in Adulthood*. *American Economic Review* 2014, 104(9), S. 2633–2679.

Escueta, M., V. Quan, A. J. Nickow, P. Oreopoulos (2017). *Education Technology: An Evidence-Based Review*. NBER WP 23744.

Gunderson, M. K., P. Oreopoulos (2020). *Returns to Education in Developed Countries*. In: Steve Bradley/Colin Green (Hrsg.), *The Economics of Education. A Comprehensive Overview*, Second Edition, London 2020, S. 39–51.

Hanushek, E. A., L. Woessmann (2012). *Do Better Schools Lead to More Growth? Cognitive Skills, Economic Outcomes, and Causation*. *Journal of Economic Growth* 2012, 17, S. 267–321.

Klopsch, B., A. Sliwka (2020). *Schulqualität als Resultat einer Verschränkung von Systemebenen. Datengestützte Schulentwicklung in der Provinz Alberta, Kanada*. In: „Neue Steuerung“ – Renaissance der Kybernetik? Münster; New York : Waxmann 2020, S. 58–73.

Toferer, B., B. Lang, S. Salzberger (Hrsg.). (2023). *PISA 2022. Kompetenzen in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaft am Ende der Pflichtschulzeit im internationalen Vergleich*. Salzburg: Institut des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen (IQS).

Werner, K., L. Woessmann (2024). *The Legacy of Covid-19 in Education*. *Economic Policy*, 2024, 38(115), 609–68.

Woessmann, L. (2020). *Folgekosten ausbleibenden Lernens: Was wir über die Corona-bedingten Schulschließungen aus der Forschung lernen können*. ifo Schnelldienst 2020, 73(6), S. 38–44.



„Aktives Miteinander für Seniorinnen und Senioren“ - Machen Sie mit!

Wir laden alle BVAEB-versicherten Seniorinnen und Senioren zu einem 14-tägigen Aufenthalt in der BVAEB Gesundheitseinrichtung Josefhof in Graz ein. Das Angebot richtet sich an aktive, gesunde Seniorinnen und Senioren, die während ihres Aufenthaltes lernen, aktiv und gesundheitsorientiert zu entscheiden und zu handeln. Wir sind keine klassische Kur- oder Reha-Einrichtung, die Erkrankungen behandelt, sondern ein Haus der Gesundheitsförderung.

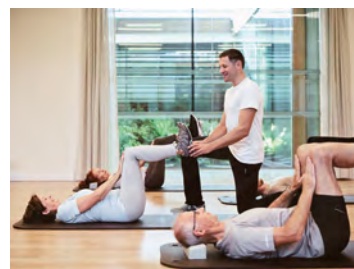
Seniorinnen und Senioren **zwischen 60 und 69 Jahren** können zwischen folgenden inhaltlichen Schwerpunkten wählen:



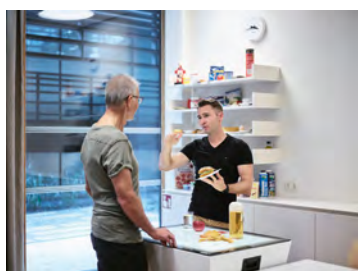
Ausdauernd und Aktiv



Kraftvoll und Fit



Gesunder Rücken



Gesunde Ernährung



Mentale Fitness



Rauchfrei in 20 Tagen

Speziell für Seniorinnen und Senioren ab 70 Jahren bietet der Josefhof das umfassende Programm **„Altern mit Zukunft“** an, das auf 3 Säulen basiert: gesundheitsfördernde Bewegung, psychologische Gruppenübungen und Entspannung sowie Vorträge zu verschiedenen Gesundheitsthemen.

Voraussetzungen für einen Aufenthalt in der Gesundheitseinrichtung Josefhof sind: Fähigkeit zur Selbstversorgung und die körperliche Eignung (50 Minuten ohne Pause gehen, 40 Stufen ohne Hilfe steigen). Bitte beachten Sie, dass wir keine akuten Erkrankungen vor Ort behandeln und Sie kein Pflegegeld beziehen dürfen.

Die **Anmeldung** erfolgt direkt über den Josefhof - ein Kurantrag ist nicht erforderlich und schließt einen Kuraufenthalt in einer anderen BVAEB Gesundheitseinrichtung nicht aus. Die Teilnahme ist zwischen dem 60. und 69. Lebensjahr und ab 70 Jahren jeweils nur einmal möglich. Für alle Aufenthalte wird eine Zuzahlung erhoben, die den Beträgen für Kuraufenthalte entspricht.

Bitte wählen Sie im Buchungsformular das entsprechende Programm aus und melden Sie sich gleich online an. Das Buchungsformular und alle Detailinformationen finden Sie unter www.ge-josefhof.at. Bei Fragen stehen Ihnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Montag bis Freitag von 8:00-15:00 Uhr unter der Telefonnummer 050405-87888 oder per E-Mail unter gej.buchung@bvaeb.at zur Verfügung.

Kann frühe Bildung soziale Unterschiede ausgleichen?

Wie die soziale Herkunft in Deutschland mit dem Kita-Besuch und Kompetenzen zusammenhängt

Corinna Kleinert, stellvertretende Direktorin des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe in Bamberg

Die Lernbedingungen und -erfolge von Kindern unterscheiden sich bereits in den ersten Lebensjahren. Daher stellt sich die Frage, welche Potenziale frühe Bildung in Kindertagesstätten (Kitas) für den Ausgleich sozialer Ungleichheiten hat. Studienergebnisse zeigen, dass Kinder aus besser gestellten Familien häufiger und früher eine Kita besuchen als Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Letztere profitieren allerdings besonders stark von einem Kita-Besuch, insbesondere mit Blick auf ihre kognitiven Kompetenzen.

Bereits die ersten Lebensjahre eines Menschen sind entscheidend für Gesundheit, Wohlbefinden, Erfolg und Wohlstand im Erwachsenenalter. Daher ist wichtig, in welchem Umfeld Kinder aufwachsen und welche Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten sie dort haben. Die Lernumgebung zu Hause spielt für Kleinkinder eine zentrale Rolle bei ihrer kognitiven, sozialen und emotionalen Entwicklung. Wie diese Umgebung aussieht und was Kinder hier lernen, hängt stark von den Ressourcen ab, die es in der Familie gibt. Dazu gehören neben der finanziellen Ausstattung auch die Bildung, kulturelle Praktiken wie das Leseverhalten und das soziale Umfeld von Eltern. Diese Rahmenbedingungen bestimmen darüber, in welchem Ausmaß Familien die Entwicklung ihrer Kinder fördern können und wie wahrscheinlich psychische Belastungen und Konflikte in Familien sind, die die Lernmöglichkeiten von Kindern einschränken.

Rechtsanspruch auf Kita-Platz

Im Gegensatz zur Betreuung in der Familie ist die Kindertagesbetreuung, also die institutionalisierte Betreuung von unter dreijährigen Kindern, weitaus standardisierter. Der Besuch einer Kita (der Kurzbegriff für „Kindertagesstätte“, dem deutschen Pendant für Kinderkrippe oder Krabbelstube in Österreich) kann für Kinder unabhängig von den Bedingungen im Elternhaus Vorteile bringen, weil sie dort andere Dinge lernen als zu Hause, beispielsweise durch das Miteinander mit Gleichaltrigen oder durch den Kontakt mit pädagogischen Konzepten. Aufgrund hoher staatlicher Subventionen für die Kindertagesbetreuung zahlen Eltern in Deutschland deutlich weniger für den Kita-Besuch als in vielen anderen Ländern. Zudem sind die Beitragssätze in der Regel nach dem Einkommen gestaffelt. Das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen für Kleinkinder wurde in den letzten Jahren massiv ausgebaut, insbesondere, seit im Jahr 2013 der Rechtsanspruch auf einen Halbtagsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr eingeführt wurde. Dennoch übersteigt in vielen Regionen bis heute die Nachfrage das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob institutionalisierte frühe Bildung in Deutschland die ungleichen Lernbedingungen in den Familien ausgleichen kann. Besuchen Kinder hierzulande also unabhängig vom sozialen Hintergrund ihrer Eltern eine Kita? Wenn das nicht der Fall ist, wie lassen sich die sozialen Unter-

schiede im Kita-Besuch erklären? Und welche Kinder profitieren von einem Kita-Besuch? Die Säuglingsstudie des Nationalen Bildungspanels NEPS, die vom Leibniz-Institut für Bildungsverläufe in Bamberg durchgeführt wird, ermöglicht es, diesen Fragen auf der Basis reichhaltiger Längsschnittdaten nachzugehen: Hier wurden ca. 3.500 im Jahr 2012 geborene Kinder ab dem Alter von 7 Monaten und ihre Bezugspersonen regelmäßig begleitet (Details unter www.neps-studie.de).

Kita-Besuch und sozialer Status

Die Studienergebnisse zeigen, dass es tatsächlich soziale Ungleichheiten in der Inanspruchnahme von Kita-Betreuung gibt: Je höher das Bildungsniveau der Mütter ist, desto früher und häufiger besuchen die Kinder eine Kita. Diese Unterschiede beginnen im Alter von 12 Monaten und sind zwischen 18 und 24 Monaten besonders ausgeprägt. Mit drei Jahren besuchen fast alle Kinder von Müttern mit akademischem Abschluss, aber nur 65 Prozent der Kinder von Müttern mit Hauptschulabschluss eine Kita. Neben der Bildung sind die Einstellungen der Mütter zur Kindertagesbetreuung entscheidend dafür, ob und wann ihre Kinder eine Kita besuchen: Mütter, die eine Kita als vorteilhaft für die eigene Erwerbstätigkeit und für die Entwicklung von Kindern ansehen, melden ihre Kinder früher zur Kita an als Mütter, die das nicht tun. Die Wahrnehmung der finanziellen oder sozialen Kosten eines Kita-Besuchs spielt dagegen keine Rolle



für die Kita-Entscheidung. Die Einstellungen von Eltern zum Nutzen der Kita unterscheiden sich zudem nicht systematisch nach ihrem sozio-ökonomischen Status. Das heißt auch, dass diese Einstellungen die sozialen Unterschiede im Kita-Besuch nicht erklären können – Unterschiede dafür müssen also woanders gesucht werden.

Wer profitiert wie?

Die Studienergebnisse zeigen, dass ein Kita-Besuch nicht bei allen Kindern die gleiche Wirkung auf die Entwicklung kognitiver Kompetenzen hat. Bei Kindern aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status führt der Besuch einer Kita mit zwei Jahren zu höheren Kompetenzen im Bereich Kategorisierung (im Alter von drei Jahren) und noch stärker in Mathematik (im Alter von vier) und Wortschatz (im Alter von fünf Jahren). Umgekehrt bringt der Besuch einer Kita für Kinder aus Familien mit einem sehr hohen sozio-ökonomischen Status keine Vorteile mit Blick auf Kategorisierung und Wortschatz. Auf die mathematischen Kompetenzen von sehr statushohen Kindern kann er sich tendenziell sogar leicht nachteilig auswirken. Unabhängig von ihrer sozialen

Herkunft gilt für alle Kinder, dass ein Kita-Besuch die Probleme mit Gleichaltrigen leicht verringert. Das heißt also, ihre sozial-emotionalen Kompetenzen verbessern sich. Simulationen auf der Basis dieser Ergebnisse zeigen: Würden alle Kinder eine Kita besuchen, würde die soziale Ungleichheit in den Kompetenzen geringer ausfallen als heute. Gäbe es umgekehrt keine Kitas, würden also alle Kinder ausschließlich durch ihre Eltern betreut, würde sich die soziale Ungleichheit in der Entwicklung dagegen verstärken. Dies gilt insbesondere für die mathematischen Kompetenzen. Ähnliche Muster finden sich bei den Wortschatzkenntnissen und der Kategorisierung, hier allerdings etwas weniger ausgeprägt. Frühkindliche institutionelle Betreuung in Deutschland hat demnach tatsächlich das Potenzial, das soziale Gefälle in den kognitiven Kompetenzen von Kindern zu verringern.

Kita-Ausbau wäre hilfreich

Trotz des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz hängt es auch heute noch immer stark vom sozialen Status von Familien ab, ob sie Kindertagesbetreuung nutzen. Das liegt weniger an unterschiedlichen Präferenzen von Eltern als daran, dass sozial

benachteiligte Eltern beim Rennen um knappe Plätze häufiger leer ausgehen. So zeigt eine aktuelle Studie, dass Eltern mit niedrigem sozialem Status die Suche nach einem Kita-Platz als schwieriger empfinden und häufiger wohnortnahe Betreuungsangebote vermissen. Ein weiterer Ausbau qualitativ hochwertiger öffentlicher Kinderbetreuung wäre daher langfristig eine lohnenswerte staatliche Investition, um soziale Ungleichheit abzubauen und Kompetenzen von Kindern früh zu fördern. Da Kinder aus statushohen Familien ohnehin stärker an früher Bildung teilhaben, hat eine Ausweitung des Zugangs insbesondere für benachteiligte Kinder das Potenzial, Nachteile in ihrer Entwicklung zu verringern. 

Originalliteratur

Steinberg, H. S., & Kleinert, C. (2022). Timing of early childcare take-up in Germany: An application of rational choice theory. *Journal of Marriage and Family*, 84(3), 840–859. <https://doi.org/10.1111/jomf.12825>
Ghirardi, G., Baier, T., Kleinert, C., & Triventi, M. (2023). Is early formal childcare an equalizer? How attending childcare and education centres affects children's cognitive and socio-emotional skills in Germany. *European Sociological Review*, 39(5), 692–707. <https://doi.org/10.1093/esr/jcac048>

Quelle

Dieser Beitrag erschien zuerst in minimal veränderter Form hier: www.uni-bamberg.de/fileadmin/kommunikation/045-UNI-PUBLIKATIONEN/uni_vers/2024-forschung/uni_vers_2024_Vielfalt_Webversion_144_dpi.pdf.

Quo vadis Elementarpädagogik?

Kann der bisheriger Ausbaupfad fortgeführt werden?

Karoline Mitterer, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Die Gemeinden haben bisher kräftig in die Kinderbetreuung investiert und damit zu einem konstanten Ausbau der Betreuungsangebote beigetragen. Dafür haben sie immer mehr Mittel aufgewendet, obwohl sie insbesondere für die Erhaltung des laufenden Betriebes nicht mehr Mittel aus dem Finanzausgleich bekommen haben. In den nächsten Jahren muss der finanzielle Gürtel jedoch enger geschnallt werden. Doch was bedeutet dies für den Ausbaupfad in der Elementarpädagogik?

In einer vom Österreichischen Städtebund beauftragten Studie¹ ist das KDZ dieser Frage nachgegangen. Welche Ziele werden derzeit in der elementaren Bildung verfolgt und welcher finanzielle Aufwand ist damit verbunden? Wie haben sich das Leistungsangebot sowie der finanzielle Aufwand bisher entwickelt? Mit welchen künftigen Entwicklungen im Personalbereich und in der Finanzierung ist zu rechnen?

Stark gestiegener Zuschussbedarf

Die Elementarpädagogik ist ein dynamisch wachsender Bereich (Abbildung 1). So hat sich der Zuschussbedarf der Gemeinden von 2007 bis 2022 verdreifacht – dies ist immerhin ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg von 7,7 Prozent. Im Vergleich dazu ist der Verbraucherpreisindex um nur 41 Prozent gestiegen.

Insgesamt zeigt sich, dass seit Beginn der Art.-15a-Vereinbarungen zum Ausbau der Elementarpädagogik ein recht konstanter Ausbau der Angebote – sowie auch der

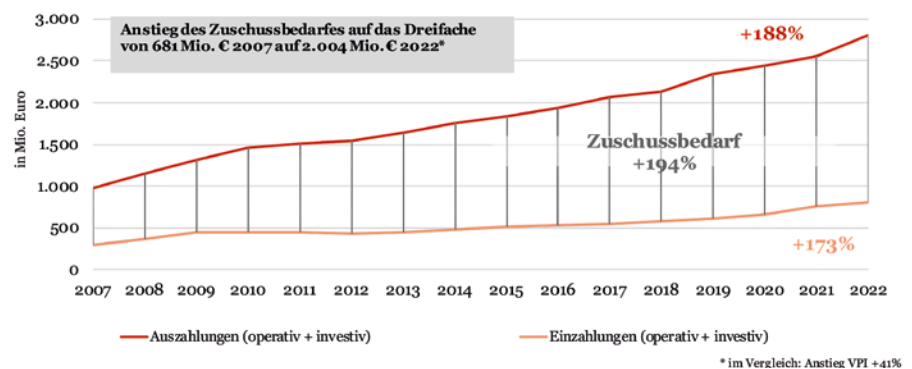


Abb. 1: Finanzielle Entwicklung der Gemeinden inkl. Wien im Bereich der Elementarpädagogik, 2007–2022

damit verbundenen Ausgaben – besteht. Insgesamt sind dabei die Auszahlungen (z. B. für Personal und Investitionen) stärker gestiegen als die Einzahlungen (v. a. Transfers vom Bund und den Ländern sowie Elternbeiträge).

Unterschiede nach Bundesland

Bei einer Bundeslandbetrachtung zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Betreuungsangebote. Die Betreuungsquote bei den 3- bis 5-Jährigen schwankt je nach Bundesland zwischen 88,9 Prozent in der Steiermark und 98,5 Prozent in Niederösterreich. Deutlich größere Unterschiede bestehen bei den 0- bis 2-Jährigen. Wien erreichte bereits 2015 ein hohes Niveau von rund 45 Prozent bei der Betreuung der Jüngsten. Großer Aufholbedarf hingegen besteht mit etwa 20 Prozent in den Bundesländern Steiermark und Oberösterreich. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch

bei den Öffnungszeiten. Die geringsten VIF-Anteile (mit einem Vollzeitarbeitsverhältnis vereinbare Betreuungsdauer) bei den 3- bis 5-Jährigen finden sich in Niederösterreich und Oberösterreich mit weniger als 30 Prozent, die höchsten in Wien (91 %). Hingegen weisen die Bundesländer Oberösterreich und Niederösterreich mit 60 oder mehr Prozent vergleichsweise hohe Anteile an ganztags betreuten Kindern auf.

Die Öffnungszeiten bestimmen auch die Ausgaben pro betreutem Kind (Abbildung 2), welche deutlich variieren. In jenen Bundesländern mit längeren Öffnungszeiten ist dementsprechend auch der Zuschussbedarf der Gemeinden pro betreutem Kind höher.

Notwendiger Weiterentwicklungspfad

Der deutliche Ausbau der Angebote spiegelt sich auch in der Entwicklung des Be-

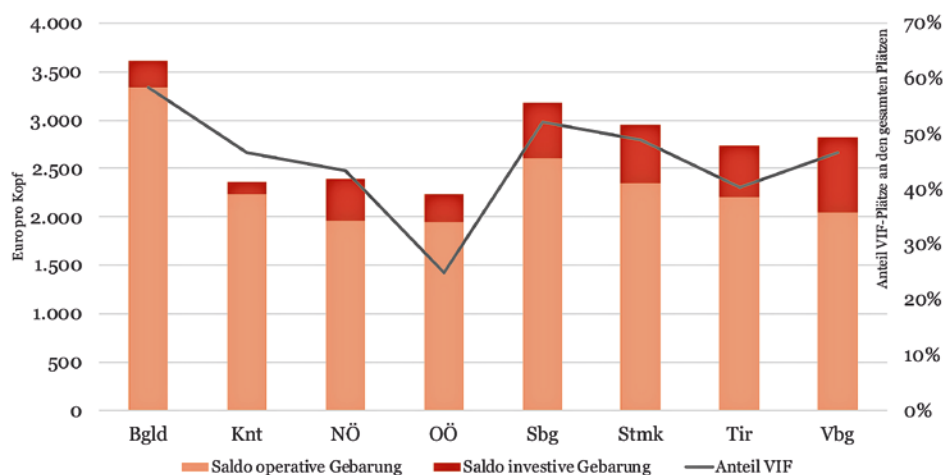


Abb. 2: Zuschussbedarf der Gemeinden pro betreutem Kind nach Bundesland (ohne Wien), 2022

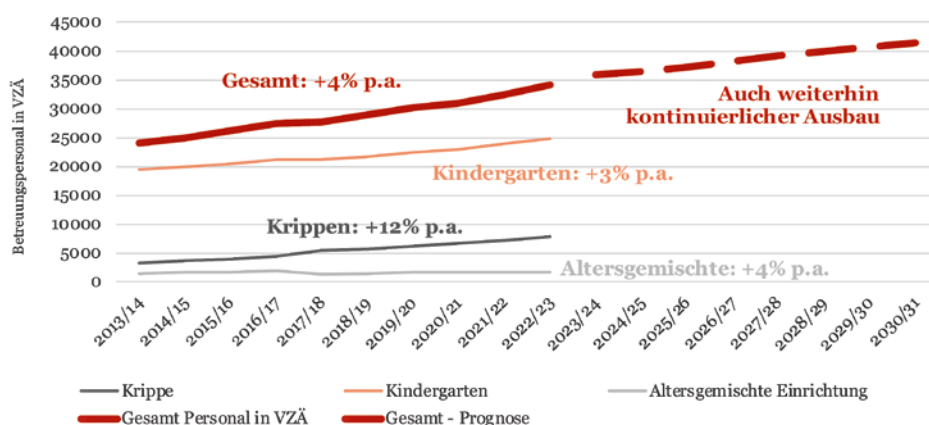


Abb. 3: Betreuungspersonal in Vollzeitäquivalenten bisher und in der Fortschreibung

treuungspersonals wider (Abbildung 3). So erhöhte sich das Personal in der Elementarpädagogik bisher um durchschnittlich 4 Prozent pro Jahr (in Vollzeitäquivalenten), bei den Krippen sogar um 12 Prozent pro Jahr.

Interessant ist hierbei die Frage, wie weit dieser Ausbaupfad auch in der Zukunft beibehalten werden wird. Entsprechend der Zielsetzungen des Zukunftsfonds ist auch weiterhin von einer ähnlichen Entwicklung auszugehen. Dies liegt daran, dass mit dem Ziel der Steigerung der Betreuungsquote pro Bundesland um einen Prozentpunkt der bisherige Weg fortgeführt wird und daher kein „Turbo“ beim Ausbau der Elementarpädagogik gezündet wird.

Dennoch zeigt sich, wie wichtig es ist, in der aktuellen Situation in zusätzliches Personal zu investieren. Insbesondere durch die in mehreren Bundesländern bestehenden Vorgaben zur Verkleine-

rung der Gruppengrößen entsteht hier weiterer Personalbedarf, welcher zusätzlich zu den zahlreichen Pensionierungen der nächsten Jahren gedeckt werden muss.

Ausbaupfad machbar?

Bleibt noch die Frage, ob die gesetzten Ziele zum Ausbau der elementaren Bildung auch finanzierbar sind. Laut einer Schätzung der Studie werden die geplanten Maßnahmen im Bereich der Elementarpädagogik zu einem zusätzlichen geschätzten Finanzierungsbedarf in der Höhe von 7,1 Mrd. Euro (noch vor Abzug von Förderungen) für den Zeitraum 2024 bis 2030 führen. Wichtigen Anteil dabei hat die sich öffnende Einnahmen-Ausgaben-Schere, welche sich insbesondere seit der Teuerung 2023 gezeigt hat. Ein deutlicher Finanzierungsbedarf entsteht auch durch die Anhebung der Betreuungsquote um mindestens einen

Prozentpunkt pro Jahr und Bundesland. Im Vergleich geringere finanzielle Bedeutung hat der zusätzliche Finanzierungsbedarf aufgrund längerer Öffnungszeiten. Durch die Verkleinerung der Gruppengrößen in den Bundesländern Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark entstehen ebenfalls nennenswerte Zusatzkosten.

Insgesamt zeigt sich, dass in Zukunft der bisherige Pfad fortgeführt werden müsste, um die gesetzten Ausbauziele zu erreichen. Angesichts der enger gewordenen finanziellen Spielräume der Gemeinden wird dies jedoch nur schwer gelingen. Die Mittel aus dem Zukunftsfonds sind hier eine wichtige Stütze, können jedoch den Mehrbedarf nicht zur Gänze abfangen. Es ist daher zu befürchten, dass die Ausbauziele nicht erreicht werden können.



Auf dem (Bildungs-)Weg unter erschwerten Umständen

Hintergründe von Ausbildungsabbrüchen junger Menschen

Astrid Ebner-Zarl, Researcherin und Projektleiterin, FORESIGHT Institut

Stellen Sie sich einen Wanderweg zu einem Berggipfel vor und auf ihm eine wandernde Person. Wann immer sie vor einer Weggabelung steht, entscheidet sie sich für eine der Richtungen, wird nach einer Weile jedoch unsicher und geht zurück. Sie versucht dann eine andere Strecke, nur um bald darauf wieder umzukehren oder spontan eine Abzweigung einzuschlagen, die in eine ganz andere Gegend führt als geplant. Immer wieder probiert sie Wege, aber geht sie nicht zu Ende, irrt auf und ab, ohne den Gipfel zu erreichen. Andere Wandernde kommen auf demselben Berg ohne Probleme voran. Woran liegt das?

Ausbildung 18+

Das Forschungsprojekt „Ausbildung 18+“, finanziert von der Arbeiterkammer Wien und durchgeführt von FORESIGHT, untersuchte die Motive und Einflussfaktoren hinter Ausbildungsabbrüchen. Mit dem Begriff „Ausbildungsabbrecher:innen“ sind im Projekt junge Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren gemeint, die keinen formalen Bildungsabschluss nach der Pflichtschule erzielt haben und auch aktuell keiner Ausbildung nachgehen. Über 100.000 von ihnen gibt es in Österreich, mehr als 10 % ihrer Altersgruppe. Die Auswirkungen des Abbruchs auf die Lebenssituation der Betroffenen sind tiefgreifend: Ausbildungsabbrecher:innen sind häufig prekär beschäftigt oder erwerbslos¹. Umso wichtiger ist es, zu verstehen, wie diese Abbrüche zustande

kommen, um effektive Unterstützung anbieten zu können. In 22 qualitativen Interviews wurden die Bildungs-, Berufs- und Lebenswege von 18- bis 25-jährigen Ausbildungsabbrecher:innen bis ins Detail rekonstruiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass übliche individualisierende Erklärungen für Ausbildungsabbrüche, etwa fehlende Motivation, zu kurz greifen. Typisch ist vielmehr eine Verkettung struktureller Ursachen, die erst bei systematischer Analyse erkennbar wird. Um zum Gleichnis von der Wanderung zurückzukommen: Die wandernde Person sucht ihren Weg unter erschwerten Umständen. Schon ihr Rucksack ist vollgepackt mit Lasten, die Kraft binden. Auf dem Weg gerät sie zusätzlich in Extremereignisse wie Stürme oder Steinschläge. Manchmal muss sie Etappen mehrfach gehen, weil andere Personen sie zurückschicken, oder sie muss zusätzliche Hürden überwinden. Dabei verlässt sie die Kraft, womöglich wenige Meter vor dem Gipfel.

DER VERLAUF DES WEGS: Abbruchketten als Muster

Genau genommen ist der Begriff des Ausbildungsabbruchs im Singular irreführend. Er suggeriert, dass es einen zentralen Abbruch nach einer sonst durchgehenden Laufbahn gebe. Kennzeichnend ist jedoch, dass sich zahlreiche Abbrüche durch die gesamte Biografie ziehen. Sie betreffen Schulausbildungs- und Lehrverhältnisse, ausbildungsunabhängige Jobs,

Praktika, Probewochen und AMS-Kurse in raschem Wechsel aufeinander. Von der Gesellschaft wird „der“ Ausbildungsabbruch erst nach der Zeit der Ausbildungspflicht als solcher wahrgenommen. Es gibt viele Wege zwischen 15 und 18 Jahren, immer wieder in Ausbildung zu sein und damit die Ausbildungspflicht zu erfüllen, ohne am Ende einen Abschluss zu haben. Im Zusammenspiel von verspätetem Schuleinstieg, Klassenwiederholungen, Leerläufen zwischen Schul- oder Lehrstellenwechseln und krankheitsbedingten Pausen verstreichen schnell mehrere Jahre. Zudem fließt bei manchen auch Zeit in AMS-Kurse, die nicht auf den Erwerb eines Abschlusses ausgerichtet sind (z. B. Bewerbungstrainings).

DIE WANDERNDEN: Junge Erwachsene auf der Suche

Kennzeichnend bei den meisten Befragten ist eine grundlegende Orientierungslosigkeit und Verlorenheit, die erst im fortschreitenden Gespräch erkennbar wird: Das Nachholen der Lehrabschlussprüfung wird erst als unmittelbar bevorstehend beschrieben, beim Erzählen rückt der Termin zusehends nach hinten und letztlich stellt sich heraus, dass noch kein fixer Termin existiert. Ein klarer Berufswunsch wird genannt, während später doch noch mehrere, völlig konträre Berufswünsche im Raum stehen, zu keinem davon wurden Informationen eingeholt. Dies als Unzulänglichkeit der Jugendlichen zu verstehen, wäre die





ASTRID EBNER-ZARL

ist Researcherin und Projektleiterin im FORESIGHT Institut.

Dieser Artikel basiert auf dem von Astrid Ebner-Zarl, Johanna Blum und Harald Glaser unter Mitarbeit von Laura Dörfler durchgeführten und der AK Wien finanzierten Forschungsprojekt „Ausbildung 18+. Qualitative Interviews mit 18- bis 25-jährigen Ausbildungsabbrecher:innen“.

Link zum Projektbericht:
<https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17016666/>

falsche Interpretation. Bei den jungen Bildungsabbrecher:innen treffen reguläre Entwicklungskrisen auf eine Reihe außerplanmäßiger Krisen. Dadurch verlängert sich der Prozess der Identitätsfindung, zu der die Gewissheit über die eigenen Ziele, Interessen und Talente gehört. Bei Schwierigkeiten zweifeln sie daher schnell an sich selbst und ihrem eingeschlagenen Weg.

SCHWERE RUCKSÄCKE, STÜRME, STEINSCHLÄGE: Verkettungen belastender Umstände

Chronische Erkrankungen und Unfälle, schwer erkrankte Eltern oder Geschwister mit Pflegebedarf, außergewöhnliche Obsorgeverpflichtungen, Mobbing, Gewalterfahrungen, Armut – meist kommen mehrere solcher Umstände in einer Biografie zusammen. Die Bewältigung der Lebenslagen nimmt die jungen Menschen voll in Anspruch und lässt keine Kräfte zum Lernen oder zur Ausbildungsplanung übrig. Eine junge Frau, die mit einem gewalttätigen Vater aufwuchs, drückt es so aus: „Für mich war damals Lehre [...] nicht so wirklich, was in meinem Kopf war, sondern eher, wie überlebe ich meinen Vater [...]“. Wo sich die Lebenslagen verbessert haben, erschweren Nachwirkungen in Form von psychischen Problemen oder Konzentrationsschwierigkeiten das Lernen.

WIEDERHOLTE ETAPPEN, HÜRDEN UND SCHRANKEN: Die Folgen von Exklusion

Eine solche Situation ist schwer vereinbar mit einem Bildungssystem, das zu Ausschlüssen tendiert, wenn jemand nicht funktioniert wie vorgesehen. Manche Jugendliche *durften* nach mehreren Klassenwiederholungen nicht mehr wiederholen und fielen zwangsläufig aus dem System. Typisch ist, dass Jugendliche in früheren Klassenstufen nicht ausreichend mitgelernt haben und zeitverzögert an fehlenden Grundlagen scheitern, die sie trotz Klassenwiederholungen nicht mehr aufholen können. So kommt es zu Abbrüchen knapp vor dem „Gipfel“, z. B. kurz vor der Matura oder der Lehrabschlussprüfung.

Dem späteren Nachholen der Ausbildung stehen finanzielle Hürden entgegen: Wiederholt wünschen sich Befragte finanzierte Zeit zum Lernen, um sich von Erwerbstätigkeit freispielen zu können. Vorhandene Möglichkeiten zur Finanzierung einer Ausbildung sind vielen nicht bekannt. Auch institutionelle Hürden können auftreten, etwa, wenn Jugendliche zur Informationssuche mehrere Beratungsstellen aufsuchen müssen, von denen sie je nur einen Teil der Gesamtinformation bekommen. Wenn die Kräfte aufgrund der Lebenssituation reduziert sind, im Einzelnen auch Angst vor Institutionen vorhanden ist, kann auch das zum unüberwindlichen Hindernis werden.

Strukturelle Unterstützung als Schlüssel

Ausbildungsabbrüche und Erklärungen, die auf den ersten Blick naheliegen (z. B. fehlendes Durchhaltevermögen), sind oft Ausdruck tieferliegender Probleme auf ganz anderen Ebenen. Für die Unterstützung von Abbrecher:innen wie auch für die Prävention von Abbrüchen muss daher die Verflechtung von Bildungsbioografie und Lebenslagen berücksichtigt werden. Maßnahmen auf der Bildungsebene können nur langfristig wirken, wenn betroffenen Jugendlichen gleichzeitig die Last ihrer Lebensumstände von den Schultern genommen wird. Die Wortwahl der jungen Menschen offenbart, wie sehr sich dauerhafte Belastung in negativen Zukunftserwartungen niederschlägt. Wünsche für ihr Leben äußern sie oft in Konditionalsätzen und im Konjunktiv: „Wenn ich eine Chance bekäme, dann würde ich.“ Wichtig ist daher auch das Fördern von Selbstwirksamkeit und Zuversicht. Denn Träume haben die Jugendlichen nach wie vor – manchmal Dinge, die für andere selbstverständlich sind: „Einmal wohin fahren zu können mit genug Geld, weil ich war noch nie außerhalb von Österreich. [...]“.



¹ Baumegger, David (2022): *Ausmaß und Situation von über 18-jährigen Ausbildungsabbrecher:innen*. SORA-Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien.

Vielen Dank an Christoph Mick, Geschäftsführer,
Veganis GmbH für die gute Partnerschaft.



UNTERNEHMER:INNEN AUF DEM WEG NACH OBEN.

WIR MACHT'S
MÖGLICH.

Hier die
ganze Story:



wirmachtsmoeglich.at



Städtische Migrationsbiografien

Die regionalen Unterschiede von Migration und Mehrsprachigkeit an Österreichs Schulen

Oliver Gruber, Integrationsexperte der Arbeiterkammer Wien, Barbara Herzog-Punzenberger, Rektorin der Pädagogischen Hochschule Wien

Österreichs Bevölkerungsentwicklung ist seit Jahrzehnten von einer wachsenden Migration geprägt. Dies schlägt sich auch an den heimischen Schulen nieder. Österreichs Schüler:innen bringen zunehmend familiäre Migrationsgeschichten bzw. andere Erstsprachen als Deutsch. Die Studie „Migration und Mehrsprachigkeit an Österreichs Schulen“ zeigt nun in einer aktualisierten Auswertung der Bildungsstandardüberprüfungen von Schüler:innen der 4. bzw. 8. Schulstufe in den Jahren 2012/13 und 2017/18, dass diese Dynamik von wachsender Diversität gekennzeichnet ist – mit regionalen Un-

terschieden, die auch für die Bildungspolitik von Bedeutung sind.

Mehr im Ausland geborene Eltern

Zunächst lässt sich anhand der Daten anschaulich das rasche Wachstum von Migrationsbiografien der Schüler:innen zeigen: Waren 2012 noch bei drei Viertel (74,9 Prozent) der Achtklässler:innen beide Elternteile in Österreich geboren, so galt dies 2017 für gut zwei Drittel (68 Prozent).

Die meisten der getesteten Schüler:innen mit familiärer Migrationsgeschichte be-

suchen nach wie vor überwiegend Schulen in den urbanen Räumen Österreichs, also in Städten über 10.000 Einwohner:innen, einige Gruppen jedoch sind auch verhältnismäßig stark in kleineren Gemeinden unter 10.000 Einwohner:innen vertreten (so etwa Kinder mit Eltern aus Ungarn zu 50 %, der Slowakei zu 40 %, Rumänien zu 33 %, dem Kosovo zu 32 % und Slowenien zu 28 %).

Regionale Unterschiede

Infolgedessen wuchs in allen Bundesländern auch der Anteil jener Schüler:innen, die eine andere Erstsprache als

Deutsch angeben, von 24 Prozent im Jahr 2012 auf 29 Prozent der Schüler:innen im Jahr 2017. Der Anstieg geht dabei weniger auf die beiden traditionell großen Herkunftsgruppen (BKS- und türkischsprachige Schüler:innen) zurück, sondern auf den Anstieg sonstiger Sprachen (also etwa Arabisch, Dari/Farsi etc.). Aus geografischer Sicht besonders auffallend dabei: Obgleich die Mehrsprachigkeit überall ansteigt, sind die urbanen Räume sprachlich durchmischter als die ländlichen, wie der Blick auf die Volksschulklassen zeigt (siehe Abb. 1): In kleinen Dörfern (< 1.500 Einwohner:innen) sind immer noch mehr als 50 % der dortigen Volksschulklassen rein deutschsprachig zusammengesetzt, weitere 38 % der Klassen haben max. 1/4 mehrsprachige Volksschüler:innen. Mit steigender Gemeindegröße sinkt der Anteil rein deutschsprachiger Klassen, während die Anteile von Klassen mit mind. der Hälfte mehrsprachiger Schüler:innen in Städten über 20.000 Einwohner:innen bei einem Drittel (31 %), in den größeren Landeshauptstädten über 100.000 über der Hälfte (56 %) liegen (ein Drittel aller Klassen mit mehr als 3/4 an mehrsprachigen Schüler:innen). Diese Muster haben sich von 2013 auf 2018 nicht grundsätzlich verändert, bis auf leichte Zuwächse bei den Anteilen der zu über 3/4 mehrsprachigen Klassen. Dies macht deutlich, dass Österreichs urbane Räume auch in ihren Schulen deutlich mehrsprachiger geprägt sind als die ländlichen.

Betrachtet man die sprachliche Segregation zwischen Volksschulstandorten (d. h. ob mehrsprachige Schüler:innen besonders stark an einzelnen Schulstandorten konzentriert sind) innerhalb einzel-

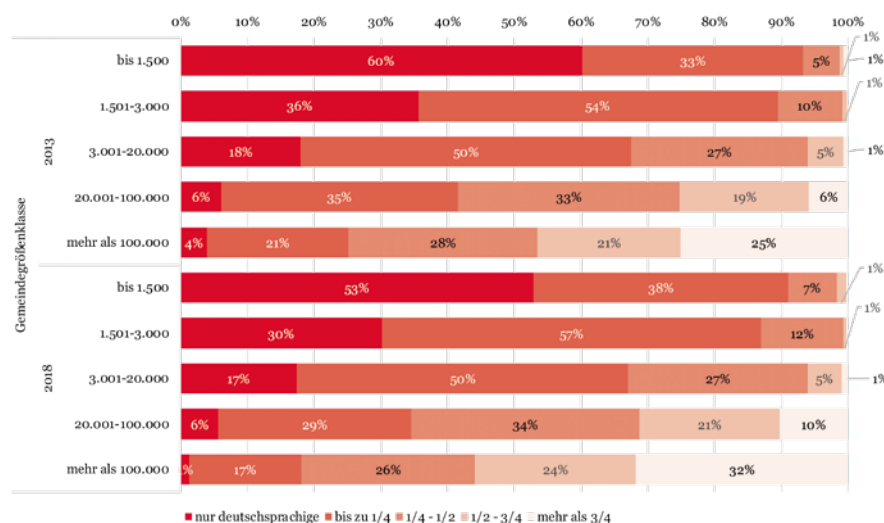


Abb. 1 Volksschulklassen mit unterschiedlichem Mehrsprachigkeitsanteil nach Gemeindegröße (in % innerhalb der Gemeindegrößenklasse)

ner Bezirke, so weisen die Steiermark, Kärnten und Oberösterreich verhältnismäßig die meisten Bezirke mit einer mittleren bis hohen Segregation auf, während Vorarlberg die geringste Segregation innerhalb seiner Bezirke aufweist (vgl. Migration und Mehrsprachigkeit an Österreichs Schulen.“ Policy Brief #8, S. 21).

Elterlicher Bildungshintergrund variiert

Wie die Bildungsforschung zeigt, sind die Bildungsressourcen der Elternhäuser ein entscheidender Faktor für den Bildungsweg der Kinder. Auch sie, hier gemessen am höchsten Bildungsabschluss der Mütter, unterscheiden sich deutlich zwischen den Gemeindegrößenklassen. Anders als vielfach angenommen, sind dabei die Unterschiede zwischen im Ausland zu im Inland geborenen Müttern sehr viel geringer als zwischen großen gegenüber

kleinen Gemeinden etwa wenn man die Anteile der Mütter mit hohem Bildungsabschluss vergleicht. (siehe Abb. 2). So nimmt bei beiden Gruppen der Anteil an Müttern mit Studienabschluss zu, je größer die Gemeindeklasse ist – noch stärker bei im Inland geborenen Müttern (hier haben nur 7 % der Mütter in Kleingemeinden unter 3.000 Einwohner:innen einen Studienabschluss gegenüber 32 % in den größeren Städten über 50.000 Einwohner:innen), etwas geringer aber dennoch nimmt er auch bei im Ausland geborenen Müttern zu (hier haben 13 % der Mütter in Kleingemeinden ein Studium absolviert gegenüber 21 % in den größeren Städten). Im Inland geborene Mütter weisen auch etwas höhere Anteile an Maturaabschlüssen in den größeren gegenüber den kleineren Gemeindegrößenklassen auf, während sich dies bei im Ausland geborenen Müttern über alle Gemeindegrößen kaum unter-

www.youunion.at

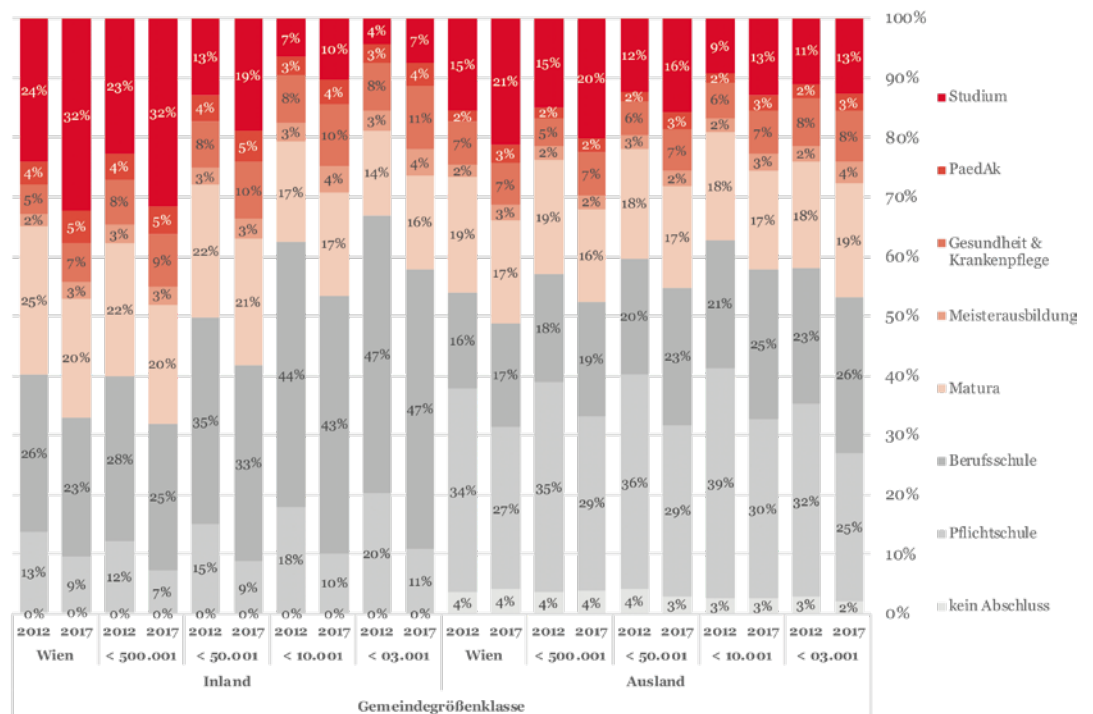


youunion
Die Daseinsgewerkschaft

**Wenn alle Stricke reißen
- Wir helfen!**



Abb. 2 Höchster Bildungsabschluss der Mutter nach Gemeindegröße und in-/ausländischem Geburtsland der Mutter (in % innerhalb der Gemeindegrößenklasse)



Die Gesamtstudie „Migration und Mehrsprachigkeit an Österreichs Schulen“ ist online abrufbar unter wien.arbeiterkammer.at/migration-und-mehrsprachigkeit oder bestellbar unter bp@akwien.at.

scheidet. Nur geringfügige Unterschiede nach Gemeindegröße zeigen sich bei den niedrigen Abschlüssen, wobei sich hier die Mütter nach dem Geburtsland doch unterscheiden: Im Ausland geborene Mütter weisen etwa dreimal so hohe Anteile an lediglich Pflichtschulabschluss auf als im Inland geborene Mütter. Das gänzliche Fehlen eines Schulabschlusses findet sich, in geringem Ausmaß, aber doch, überhaupt nur bei im Ausland geborenen Müttern. Im zeitlichen Vergleich zwischen 2012 und 2017 sticht bei den Gruppen der Rückgang von lediglich Pflichtschulabsolvent:innen sowie der Anstieg von Hochschulabsolvent:innen hervor, während die übrigen Abschlussformen in etwa konstant bleiben.

Schlussfolgerungen für die regionale Ungleichheit

Die regionalen Unterschiede in der migrationsbiografischen sowie sprachlichen Zusammensetzung von Schüler:innen, aber auch der Bildungsressourcen ihrer Elternhäuser macht deutlich, dass auch die bildungspolitischen Antworten diesen Unterschieden künftig stärker Rechnung tragen müssen. Eine bereits länger diskutierte Antwort wäre, neben der unveränderten Basisfinanzierung eine sozial-indizierte Verteilung von Unterstützungsmitteln für Schulstandorte vorzusehen, je

nach dem Grad ihrer sozialen und sprachlichen Zusammensetzung, d. h. mit höheren Unterstützungsmitteln für besonders herausgeforderte Standorte.

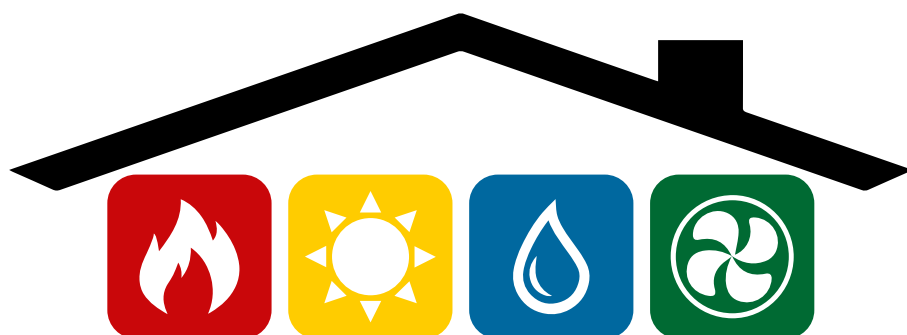
Die Arbeiterkammer Wien hat einen solchen Chancenindex schon länger vorgelegt, erste Schritte in Richtung einer gesetzlichen Verankerung wurden im Rahmen des Bildungsreformpakets 2018 bereits gesetzt, in der vergangenen Legislaturperiode pilotierte das Bundesministerium für Bildung ein Projekt mit 100 Schulen zur Erprobung einer solchen Unterstützungsstruktur.

Für die kommende Bundesregierung wird wichtig sein, diesen Pfad auszubauen und künftig auch alle österreichischen Schulen entsprechend ihres Bedarfs zu unterstützen. Die damit ermöglichte standortspezifische Schulentwicklung, Intensivierung der Sprachförderung, Einbindung multiprofessioneller Teams oder Ausbau sozial-psychologischer Begleitungsangebote sind dringend notwendige Maßnahmen, um jener wachsenden sozialen Schere zwischen Schüler:innengruppen entgegenzuwirken, die sich nicht nur für die verschiedenen Herkunfts- und Sprachgruppen unterschiedlich auswirkt, sondern eben auch regional unterschiedlich manifestiert.

Neusiedler Anlagenbau GmbH

- ✓ Rohrleitungsbau
- ✓ Maschinen- & Anlagenbau
- ✓ Industrieanlagenbau
- ✓ Gebäudetechnik

Weiden am See – Wien – Friedberg – Szentgotthard



**Haustechnik
OTTO WÜGER**

- ✓ Heizung
- ✓ Sanitär
- ✓ Erneuerbare Energie
- ✓ Kältetechnik
- ✓ Klima
- ✓ Wohnbau

Obere Hauptstraße 80 • 7121 Weiden am See
www.haustechnik-wueger.at



Meine Identität ist kein Mantel, den man beliebig an- und ablegen kann. Sie ist vielmehr ein Mosaik, zusammengesetzt aus tausend Splittern meiner Erfahrungen und Erinnerungen. Für mich ist es schwierig, diese Identität zu bestimmen. Ich weiß ganz genau, dass ich keine Österreicherin bin und keine werde. Ich weiß aber genauso, dass ich keine 100%ige Syrerin bin und keine werde.

Rawda Al Rawass, 19 Jahre, GRG 10, Laaerberg, Wien, Arabisch



In einer Zeit, in der unsere Vielfalt von einigen als Bedrohung wahrgenommen wird, sollten wir sie als Quelle der Stärke und Inspiration betrachten. Wir sollten die Vielfalt nicht fürchten, wir sollten sie feiern. Wir sollten Vorurteile überwinden, wir sollten uns gegenseitig unterstützen. Wir sollten gemeinsam für eine gerechtere Welt kämpfen.

Nil-Zara Agtas, 20 Jahre, Phoenix Realgymnasium, Wien, Englisch erlernt, Familiensprachen Zaza/Türkisch

SAG'S MULTI – Vielfalt macht Mut

SAG'S MULTI – der mehrsprachige Redewettbewerb des ORF macht Potenziale junger Menschen sichtbar. Mehrsprachigkeit und die Bereitschaft, Position zu beziehen, werden hier ausgezeichnet.

Insgesamt 38 Sprachen waren bei SAG'S MULTI im vergangenen Schuljahr in Verbindung mit Deutsch im Wettbewerb zu hören. Denn in den Reden muss mehrmals zwischen Deutsch und einer zweiten Sprache gewechselt werden. Rund 400 Schüler:innen aus ganz Österreich und aus Südtirol haben im vergangenen Schuljahr teilgenommen. 168 Schüler:innen im Alter zwischen 12 und Anfang 20 hatten sich nach Vorrunde und Hauptrunde für die Final-

runde qualifiziert. Vor ORF-Kameras, Publikum und Jury zeigten sie im Frühjahr ihr rhetorisches Talent und ihre Mehrsprachigkeit. Nachzusehen auf ORF ON.

Junge Talente sichtbar machen

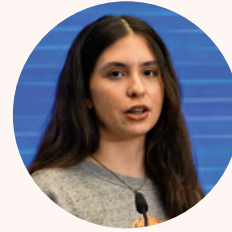
Rund 80 Prozent der Teilnehmenden stammen aus Familien mit Zuwanderungsbiografie. Arabisch, Türkisch, Englisch, Ukrainisch, Spanisch, Bosnisch, Chinesisch u. v. m. war im Wettbewerb zu

hören. Eine Sprachenvielfalt, die Mut macht. Denn seit 2009 macht dieser Wettbewerb deutlich, dass gerade jene, die mit einer anderen Familiensprache als Deutsch aufwachsen, als Talentepool für die Internationalität Österreichs gesehen werden sollten. Werden diese Talente gesehen, geschätzt, weiterentwickelt, sind sie wesentliche Faktoren für Innovation und die Weiterentwicklung Österreichs in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport etc.



Durch die Förderung unserer Mehrsprachigkeit können wir eine Welt schaffen, in der Vielfalt überall geschätzt und gefeiert wird. Fördert man Mehrsprachigkeit, so fördert man auch Toleranz, Respekt und Offenheit gegenüber anderen Menschen, etwas, das so wichtig ist und eigentlich selbstverständlich sein sollte. Unsere Mehrsprachigkeit kann die Welt verändern.

Ana Maria Haas da Silva, 16 Jahre, Europagymnasium Auhof, Linz, brasilianisches Portugiesisch



Menschen werden bewundert und beneidet, wenn sie eine andere Sprache können wie zum Beispiel, Französisch oder Spanisch. Doch wenn es zu meiner Sprache kam, war dies nie so. Niemand würde jemanden bewundern, der Türkisch kann. Doch heute habe ich den Wert meiner Sprache erkannt, denn es ist ein Teil von mir. Es ist eine Stärke von mir.

Zeren-Rukiye Ekinçi, 13 Jahre, Phönix Realgymnasium, Wien, Türkisch

Mehrsprachigkeit macht stark

Fast 30 Prozent der Menschen in Österreich haben eine familiäre Zuwanderungsgeschichte. Und die Prozentsätze in einem zusammenwachsenden Europa steigen. Der Großteil der Zuwandernden kommt aus den EU-Staaten, aus Europa. Gerade in den Städten wird das besonders in den Schulen deutlich. Dort hat oft schon jede:r zweite Schüler:in den sogenannten „Migrationshintergrund“.

Im Durchschnitt des Jahres 2023 lebten rund 2,449 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich. 1.126.994 Schüler:innen weist die Statistik aus, davon wachsen 282.897 Schüler:innen mehrsprachig auf. Wer aber deshalb hier pauschal mangelhafte Deutschkenntnisse unterstellt, irrt.

Bei SAG'S MULTI wird im Wechsel zwischen Deutsch und der Familiensprache deutlich, ihr Blick auf die Herausforderungen in Gesellschaft und Politik liefert wichtige Anstöße für den Diskurs über Migration und Integration (siehe bei-

spielhafte Zitate oben). Diese Sichtweise verbindet auch Veranstalter ORF und die Kooperationspartner:innen in der Umsetzung des Wettbewerbes: Stadt Wien, Bundeskanzleramt, HS Timbergroup, Raiffeisen Niederösterreich-Wien, Arbeiterkammer Wien, Wirtschaftskammer Österreich, Industriellenvereinigung und den Österreichischen Städtebund.

Städtebund ist Partner

Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebunds: „Der Redewettbewerb SAG'S MULTI ist eine Fixgröße – er steht für die Förderung der Jugend und Diversität. Die Themen von SAG'S MULTI sind Themen der Gegenwart und Zukunft – unter anderem Klimagerechtigkeit, Demokratie, Europa, Rassismus – und zeigen, dass sich unsere Jugend mit den drängendsten Herausforderungen unserer Zeit beschäftigt.“

Im Festsaal des Wiener Rathauses wurde im Juni bei der Abschlussfeier die Vielfalt, die Mehrsprachigkeit, die Kompe-

tenz junger Menschen aus ganz Österreich gefeiert. Seit 2020 ist der ORF Veranstalter des Wettbewerbes, der im Schuljahr 2009/10 vom damaligen Verein „Wirtschaft für Integration“ erstmals durchgeführt wurde.

Den Ehrenschatz hatte im 15. Durchgang von SAG'S MULTI zum bereits vierten Mal Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen, der sich im Wiener Rathaus via Video-Botschaft direkt an die jungen Redetalente wandte: „Ich finde es wichtig, dass ihr selbst bestimmt, wie eure Zukunft, wie diese Welt aussehen soll. Es ist schließlich eure Welt, um die es geht. Ihr habt jedes Recht darauf, sie mitzugestalten. Denn wo würden wir hinkommen ohne eure Neugier, eure Hoffnung und eure Lust, die Welt zu verändern. Wir brauchen euch – und denkt bei zukünftigen Wahlen auch daran.“ 

Im September startet die Einladung zum 16. Durchgang von SAG'S MULTI. sagsmulti.orf.at

Globale Wegbereiter für Bildung und Nachhaltigkeit

Das UNESCO Global Network of Learning Cities bringt Städte weltweit zusammen. Gemeinsam stärken sie lebenslanges Lernen und gehen damit globale Herausforderungen auf lokaler Ebene an.

Edith Hammer, Programme Specialist, UNESCO Institut für Lebenslanges Lernen, Hamburg, Claudia Isep, stv. Generalsekretärin, Österreichische UNESCO-Kommission, Wien

In einer Welt, die sich rasant verändert, stehen Städte vor der Herausforderung, ihre Bürger:innen auf die Zukunft vorzubereiten. Das UNESCO Global Network of Learning Cities (GNLC) bietet hierfür einen innovativen Ansatz: Es unterstützt Städte dabei, urbane Räume als lebendige Zentren des lebenslangen Lernens zu gestalten. Mit 356 Mitgliedsstädten aus 79 Ländern weltweit ist das Netzwerk zu einer treibenden Kraft für Bildung und nachhaltige Entwicklung geworden. Das Konzept der „Lernenden Stadt“ geht weit über traditionelle Bildungseinrichtungen hinaus. Es umfasst alle Bereiche des städtischen Lebens und fördert eine Kultur, in der Lernen als lebenslanger Prozess verstanden wird. Von der Elementarpädagogik bis zur Erwachsenenbildung, vom Arbeitsplatz bis zum öffentlichen Raum – das Ziel ist es, Lernmöglichkeiten überall zu schaffen und zugänglich zu machen. Wie das Konzept der lernenden Stadt in der Praxis umgesetzt und gelebt wird, dafür gibt es im UNESCO-Netzwerk zahlreiche ausgezeichnete Beispiele.

Bildung & Nachhaltigkeit

Ein zentrales Thema, das viele UNESCO Learning Cities verbindet, ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). In Hamburg wurde mit dem „Masterplan BNE 2030“ eine starke strategische Grundlage für ein umfassendes BNE-Programm mit Hunderten Initiativen geschaffen – vom



Pflanzenmarkt beim Umweltbildungszentrum Gut Karlshöhe

BNE-Coaching für Kindergärten bis zum Nachhaltigkeitspreis BNE an Hochschulen. Bildungsstätten und kommunale Einrichtungen arbeiten zusammen, um das Bewusstsein für Umweltfragen und Klimaschutz zu schärfen und praktische Lösungen zu entwickeln. Schulgärten, Energiesparwettbewerbe und Citizen-Science-Projekte machen Nachhaltigkeit für Bürger:innen jeden Alters greif- und erlebbar.

Bildung & Gesundheit

Ein weiterer Schwerpunkt vieler Learning Cities ist die Verbindung von Bildung und Gesundheit. Die kolumbianische Hauptstadt Bogotá etwa hat mit ihrem digitalen Angebot für öffentliche Gesundheit („Salu-Data“) Maßstäbe gesetzt. Die Plattform bietet umfassende frei zugängliche Informationen zu Gesundheitsthemen und Prävention und spielt damit eine wichtige Rolle, um innerhalb der Bevölkerung das

Bewusstsein und Wissen im Bereich der individuellen und öffentlichen Gesundheit zu verbessern.

Ein gutes Beispiel für inklusive Lernorte und die Stärkung von Basiskompetenzen ist die ägyptische Learning City Damietta. Die Stadt bietet ein breites Spektrum an Lernorten, z. B. Museen, öffentliche Plätze und mobile Bibliotheken für Bewohner:innen in dezentralen Gebieten. Insbesondere hat Damietta mehrere Initiativen umgesetzt, um Frauen dabei zu unterstützen, ein eigenes Einkommen zu generieren. Mit dem „Safe Cities“ (Sichere Stadt)-Projekt, das in Partnerschaft mit den Vereinten Nationen entwickelt wurde, hat die Stadt sichere Lernräume für Frauen geschaffen, an denen Workshops und Kinderbetreuung angeboten werden. Familienberatung ist ein weiterer Schwerpunkt des Projekts, dessen Erfolg zeigt, wie Bildung als Katalysator für Emanzipation und sozialen Wandel wirken kann.

Politische Bildung

Die Förderung von politischer Bildung und globalem Lernen sind weitere Schwerpunkte im UNESCO-Netzwerk. Mit dem „Warm and Happy Village Project“ stärkt die Stadt Yeonsu in Südkorea den sozialen Zusammenhalt innerhalb von Nachbarschaften. Die Stadt unterstützt direkte Demokratie, beispielsweise durch offene Mitbestimmungsprozesse und einen Bürger:innen-Rat, durch den Bewohner:innen in politische Entscheidungen eingebunden werden und die Teilhabe am öffentlichen Leben gefördert wird.

Die Vielfalt der im UNESCO-Netzwerk vertretenen Städte ist beeindruckend. Von Metropolen wie Shanghai und Mexico City bis hin zu Hauptstädten wie Athen, Tunis und Nairobi oder mittelgroßen Städten wie Gelsenkirchen, Evry-Courcouronnes und Triest: Jede Stadt bringt ihre eigenen Erfahrungen und Lösungsansätze ein. Dieser Reichtum an Perspektiven ermöglicht es dem Netzwerk, Lösungen zu entwickeln, die in unterschiedlichsten Kontexten anwendbar sind. Die Mitgliedschaft im UNESCO-Netzwerk bietet Städten zahlreiche Vorteile. Neben dem Austausch erfolgreicher Strategien und Best Practices unter Städten eröffnet das UNESCO-Netzwerk

seinen Mitgliedern zahlreiche Möglichkeiten, sich international zu präsentieren. Zudem bietet das UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen, als Gründerin und Koordinatorin des Netzwerks, gezielte Unterstützung bei der Entwicklung von lokalen Strategien, Bildungsplänen und Monitoring-Systemen an und hält zudem Online-Trainings und regelmäßige Webinare und Events ab. Die alle drei Jahre stattfindende Internationale Learning-Cities-Konferenz bietet eine ideale Plattform für persönlichen Austausch und die Entwicklung neuer Kooperationen zwischen Städten und weiteren internationalen Partner:innen.

Alle zwei Jahre haben interessierte Städte die Möglichkeit, sich um eine Mitgliedschaft im UNESCO Network of Learning Cities zu bewerben. Die nächste Bewerbungsphase startet im Frühjahr 2025. Der Prozess erfordert die Unterstützung der Österreichischen UNESCO-Kommission, die alle Anträge sichtet und evaluiert. Städte müssen darstellen, dass und wie sie die Prinzipien einer lernenden Stadt fördern und umsetzen: von der Bereitstellung von Ressourcen für inklusive Lernangebote über die Förderung des Lernens am Arbeitsplatz bis hin zur Schaffung einer Kultur des lebenslangen Lernens.

Erfolge messen

Wie wird der Mehrwert der Bildungsförderung in Städten sichtbar? Neben messbaren Erfolgen, die im Rahmen von regelmäßigen Monitorings evident werden, geht es in UNESCO Learning Cities um viel mehr als Indikatoren: Es geht auch um einen Kulturwandel. Die Idee, dass eine ganze Stadt zum Lernraum werden kann, verändert die Art und Weise, wie Bürger:innen, Verwaltungen und Unternehmen über Bildung und Stadtentwicklung denken. Es schafft ein Bewusstsein dafür, dass Lernen nicht mit dem Schulabschluss endet, sondern ein lebenslanger Prozess ist, der aktiv gefördert werden soll. Die Zukunft des UNESCO Global Network of Learning Cities sieht vielversprechend aus. Mit der wachsenden Erkenntnis, dass Bildung der Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimawandel, soziale Ungleichheit und rasanter tech-

nologischer Wandel ist, gewinnt das Konzept der lernenden Stadt an Bedeutung. Das Netzwerk plant, seine Reichweite weiter auszudehnen und noch mehr Städte einzubeziehen, insbesondere aus Ländern und Regionen, die bisher unterrepräsentiert sind. Gleichzeitig arbeitet das UNESCO-Netzwerk daran, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstädten weiter zu vertiefen: durch verstärkte regionale und nationale Vernetzung, gezielte Partnerschaften zwischen Städten, gemeinsame Forschungsprojekte und durch eine digitale Plattform für den Wissensaustausch. Diese Initiativen tragen dazu bei, dass die im Netzwerk entwickelten innovativen Ansätze und Best Practices noch schneller und effektiver verbreitet und umgesetzt werden können.

Das UNESCO Global Network of Learning Cities ist mehr als nur ein Zusammenschluss von Städten – es ist eine Bewegung, die das Potenzial hat, die Art und Weise, wie wir über Bildung, Stadtentwicklung und globale Zusammenarbeit denken, grundlegend zu verändern. In einer Zeit, in der die Welt vor komplexen Herausforderungen steht, zeigt das UNESCO Global Network of Learning Cities, wie Städte zu Laboratorien für Innovation und Wandel werden können. Es verdeutlicht, dass Bildung nicht nur eine Aufgabe von Schulen und Universitäten ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die das Potenzial hat, Städte und letztlich die Welt zu transformieren. 

KONTAKT

Website: www.uil.unesco.org/en/learning-cities

Österreichische UNESCO-Kommission: isep@unesco.at, Claudia Isep

UNESCO GNLC-Koordinierungsstelle: learningcities@unesco.org

Klimafreundlich und sicher in die Schule

Schulstraßen sind ein wichtiger erster Schritt zu einem verkehrsberuhigten Schulumfeld in Ihrer Gemeinde. klimaaktiv mobil unterstützt Sie dabei.

Wiebke Unbehaun, BMK, Abteilung II/6 aktive Mobilität und Mobilitätsmanagement, Abteilungsleiterin



Schulstraße im Bereich der Volksschule Zell in Kufstein

Verkehrsberuhigung vor Schulen ist ein wichtiger Baustein für eine sichere Kinder- und Jugendmobilität. Ein kindergerechter Verkehrsraum bietet die Möglichkeit, eigenständige Mobilitäts- und Verkehrserfahrungen mit und ohne die Begleitung von Erwachsenen zu machen. Mit der 33. und 35. Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO), BGBl I Nr. 122/2022 und BGBl I

Nr. 52/2024, wurde die Schulstraße in Österreich gesetzlich verankert. Diese Möglichkeit wurde inzwischen von vielen Städten, Gemeinden und Schulen genutzt, um aktive und umweltfreundliche Mobilität zu stärken. Die Schulstraße trägt dazu bei, die aktive Mobilität von Kindern zu fördern und das Pkw-Verkehrsaufkommen vor Schulen, insbesondere die Anzahl der Elterntaxis, zu reduzieren. Dies

zeigt unter anderem auch eine Evaluierung¹ aus Wien. Für das direkte Umfeld der Bildungseinrichtung bewirkt dies eine deutliche Entlastung, erhöhte Verkehrssicherheit, weniger Lärm und bessere Luftqualität. Kommen Kinder aktiv mobil zur Schule, zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Roller, anstatt mit dem Pkw geführt zu werden, tut ihnen das gut. Die Kinder bewegen sich und lernen, sich im Verkehrs-

raum zu orientieren. Dies wirkt sich positiv auf ihre Gesundheit und Entwicklung aus.

Was ist eine Schulstraße?

In einer Schulstraße wird die Fahrbahn temporär für den regulären Autoverkehr gesperrt und stattdessen für die Kinder und Jugendlichen geöffnet. Damit wird das Verkehrsaufkommen, insbesondere zu Schulbeginn, reduziert. Eltern und Kinder sollen dadurch aktiviert werden, zumindest einen Teil des Schulweges aktiv mobil zurückzulegen. Seit Oktober 2022 ist die Schulstraße mit einheitlichen Regeln und einem eigenen Verkehrsschild gesetzlich in der StVO verankert. Bis dahin wurden Schulstraßen durch zeitlich begrenzte Fahrverbote oder Fußgängerzonen verordnet, die von der zuständigen Behörde für jede Schule individuell entwickelt werden mussten.

Die Regeln der Schulstraße gemäß StVO

§ 76d StVO – Schulstraße

Das Straßenschild „Schulstraße“ kennzeichnet deutlich – räumlich und zeitlich – den Beginn und das Ende einer Schulstraße. Gemäß StVO gelten in einer Schulstraße während der verordneten Zeiten folgende Bestimmungen:

- Fahrverbot für Kraftfahrzeuge auf der Straße oder einem Straßenabschnitt im Umfeld von Bildungseinrichtungen. Anwohnerinnen und Anwohner dürfen in Schrittgeschwindigkeit zu- und abfahren.
- Gehen ist auch auf der Fahrbahn erlaubt.
- Radfahren ist in Schrittgeschwindigkeit erlaubt.
- Der Straßenabschnitt kann mechanisch abgesperrt werden, etwa mit Pollern oder Scherengittern.

Außerhalb der verordneten Zeiten gelten die allgemeinen Bestimmungen der StVO.

§ 76d Abs. 1 StVO – Zeitliche Beschränkung

Die verordneten Zeiten für die Schule müssen praxistauglich sein. Es wird daher empfohlen, vor dem Festlegen dieser Zeiten Rücksprache mit der Schule zu halten.

§ 94d StVO – Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde

In der 35. Novelle der StVO wurde festgelegt, dass die Gemeinde auf Gemeindegebiet Schulstraßen erlassen kann. Für Landesstraßen ist nach wie vor die Bezirksverwaltungsbehörde zuständig.

TIPP: Unregelmäßige Kontrollen, insbesondere in der Startphase einer Schulstraße und nach längeren Ferien, werden dringend empfohlen. Nur damit kann sichergestellt werden, dass das temporäre Fahrverbot eingehalten wird. Das gilt insbesondere für jene Schulstraßen, die ohne mechanische Sperre verordnet wurden.

Gestaltung der Schulstraße

Bei einem gut gestalteten Straßenraum erkennen die Verkehrsteilnehmenden die dort geltenden Regeln intuitiv. So spielen Begleitmaßnahmen wie Tempolimit, bauliche Maßnahmen, visuelle Kennzeichnung von Schulstandorten und Verkehrsführung eine wichtige unterstützende Rolle.

Neben einem verkehrsberuhigten Schulumfeld können Kommunen ihre öffentlichen (Straßen-)Räume kindgerecht gestalten und so eine sichere Umgebung für alle Schul- und Freizeitwege schaffen. Durchgängige, sichere Wegenetze und eine gute Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sind wichtige Bausteine einer kinder- und jugendfreundlichen Mobilität.

Gemeinsam mit der Schule

Die Stadt Innsbruck setzte die Schulstraße gemäß StVO gemeinsam mit der Volksschule Amras um.

Mit einem Maßnahmenbündel konnten sie die Verkehrssituation entschärfen. Unterstützt wurde der Prozess durch das klimaaktiv-mobil-Beratungsprogramm, www.klimaaktivmobil.at/amras.

Nur durch die gemeinsame Anstrengung von Schule, Stadt oder Gemeinde und Eltern kann eine Schulstraße erfolgreich umgesetzt werden. Im Planungsprozess müssen die Wünsche, Bedürfnisse und Bedenken aller Beteiligten gehört und



Im klimaaktiv-mobil-Leitfaden „Schulstraße“ gibt es Tipps und Vorlagen zur Umsetzung.

abgewogen werden. Dabei spielt die Schulleitung eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung.

klimaaktiv mobil – die Klimaschutzinitiative des BMK im Mobilitätsbereich

Im Leitfaden „Schulstraße“ unter www.klimaaktivmobil.at/schulstrasse finden Sie eine Anleitung und Tipps zur Umsetzung sowie praktische Plakat- und Elternbriefvorlagen.

Bei Interesse an einer Schulstraße oder weiteren Aktivitäten rund um die Schule wenden Sie sich bitte an das klimaaktiv-mobil-Beratungsprogramm „Mobilitätsmanagement für Bildungs- und Jugendeinrichtungen“: www.klimaaktivmobil.at/bildung.

¹ Die Ergebnisse sind unter wienzukunft.at/schulstrasse/ abrufbar.



Unterschiedliche Boxen für Kindergarten, Volksschule und Sekundarstufe I fördern Mobilitätsbildung.

Aktiv unterwegs

Mobilitätsbildung in Wiens Bildungseinrichtungen

Anna Zipper, Mitarbeiterin Mobilitätsmanagement und -bildung der Mobilitätsagentur, einem Unternehmen der Stadt Wien

Die aktive Mobilität – zu Fuß gehen und Fahrradfahren – spielt bei der Umsetzung einer gesunden und nachhaltigen Zukunft eine wichtige Rolle. Die Mobilitätsagentur hat es sich zum Ziel gesetzt, mit unterschiedlichen Bildungsangeboten Kinder und Jugendliche möglichst früh an einen aktiven und nachhaltigen Lebensstil heranzuführen. Im Fokus der unterschiedlichen Informations- und Bildungsformate steht eine nachhaltige Veränderung des Mobilitätsverhaltens im Alltag, eng verknüpft mit den Themenbereichen Klima und Gesundheit.

Der pädagogische Ansatz

Den Bildungsmaterialien liegt der Ansatz eines kreativen, spielerischen und forschenden Lernens zugrunde, bei dem Kinder und Jugendliche in einer ungezwungenen Art und Weise vielfältige neue Erfahrungen und Entdeckungen machen können. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch das kritische Hinterfragen und somit die Erweiterung und Veränderung des eigenen Wissenshorizonts. Wenn vorhandenes Wissen in einem neuen Kontext erlebt, wiederholt und mit neuen Lernerfahrungen verknüpft wird, kann es nachhaltig verankert werden.

Angebote für Bildungseinrichtungen

Die von der Mobilitätsagentur Wien entwickelten Bildungsmaterialien sind speziell für den Kindergarten, die Volksschule und die Sekundarstufe I konzipiert. Die didaktischen Anregungen können von Pädagoginnen und Pädagogen in Wien direkt in der Bildungsarbeit eingesetzt werden.

Kindergarten-Mobilitätsbox: Die Box enthält einen Leitfaden mit Aktionsideen zur aktiven Mobilitätsbildung, Bilderbücher und taktile Materialien, die die

Freude an der Bewegung von Kindern aufgreifen und diese spielerisch an das Thema der aktiven Mobilität heranführen. Mit dem Lastenrad wird die Box, vollgepackt mit Bilderbüchern sowie verschiedenen Spiel- und Bewegungsmaterialien, kostenlos direkt an den Kindergarten-Standort geliefert und verbleibt dort drei bis vier Wochen.

www.mobilitaetsagentur.at/bildung/mobilitaetsbox-fuer-kinder

Die Stadt & Du (Volksschule): Drei Boxen mit unterschiedlichen Anregungen zu den Themen Schulweg, Grätzl und Fahrrad unterstützen Lehrpersonen bei der Umsetzung der verbindlichen Übung Verkehrs- und Mobilitätsbildung im Zusammenhang mit aktiver Mobilität, Klima und Gesundheit. Durch kreative Aufgaben lernen die Kinder, sich aktiv, sicher und umweltfreundlich in ihrer

Stadt zu bewegen. Vertieft wird das Erlernte in einem anschließenden Workshop wie beispielsweise einem Radfahrkurs. Ein Schwerpunkt liegt somit auch auf der Vorbereitung zur freiwilligen Radfahrprüfung, die eine wichtige Rolle bei der sicheren Teilnahme am Straßenverkehr spielt.

www.diestadtunddu.at

Deine Stadt. Dein Weg (Sekundarstufe I): Das Unterrichtsmaterial hat zum Ziel, junge Menschen (10 bis 12 Jahre) zu mehr aktiver Mobilität, nachhaltigem Handeln und kritischem Denken zu motivieren. Es werden Themen wie Verkehrsplanung, Klimaschutz und die Rolle der aktiven Mobilität in einer nachhaltigen Stadt behandelt. Die Unterrichtsimpulse zu den drei Themenblöcken „Gesundheit“, „Klimaschutz“ und „Sicherheit“ bieten Lehrpersonen in

Wien Anknüpfungspunkte für den Unterricht in unterschiedlichen Fächern. Abschließend können die Lerninhalte in kostenlosen Workshops vertieft werden.

www.deinestadtdeinweg.at

Aber auch in der Freizeit stehen Wiens Familien und ihren Kindern sowie Freizeitpädagoginnen und -pädagogen zahlreiche Angebote zur Verfügung wie z. B. Grätzl-Rallyes (www.diestadtunddu.at/graetzl-box/graetzl-rallye), kostenlose Radfahrtrainings (www.fahrradwien.at/gratis-radfahrtrainings-fuer-kinder/) an den Wochenenden, unsere Familienmagazine (www.mobilitaetsagentur.at/bildung/stadtentdeckerin/ und www.mobilitaetsagentur.at/bildung/ministadtentdeckerin/) und vieles mehr. 

www.mobilitaetsagentur.at/bildung

Startchancen-Schulen

Deutschland startet Bildungsprogramm.



© Foto: Getty Images

Bildungserfolg hängt sehr oft von sozialer Herkunft ab. Ein hoher Teil junger Menschen verlässt die Schule ohne die nötigen Kompetenzen für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. In Deutschland wollen nun Bund und Länder mit dem sogenannten Startchancen-Programm den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln und für mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Dafür stellt der Bund bis zu einer Milliarde Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung und die Länder beteiligen sich in gleichem Umfang.

Ziel ist es, dort zu unterstützen, wo die Herausforderungen am größten sind. Die Gelder werden deshalb bedarfsgerecht an Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler verteilt. Insgesamt wurden 2.125 Schulen ausgewählt. Das Programm startet zum Schuljahr 2024/25 mit einer Laufzeit von zehn Jahren. 



Im neuen Mini Educational Lab können schon die Jüngsten forschen und entdecken. 21 Module stehen zur Verfügung.

Beste Bildung in Villach

Die innovative Bildungsstadt Villach bietet mit dem neuen „Mini Educational Lab“ im tpv Technologiepark Villach eine top Einrichtung für kleine Forscher:innen. Sie machen hier coole Entdeckungen – kindgerecht aufbereitet. Ziel des innovativen Konzeptes ist es, die MINT-Kompetenzen bereits der Allerkleinsten zu stärken.

Elena Moser-Sonvilla, Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Villach

Mit dem „Mini Educational Lab“ ist im tpv Technologiepark Villach eine österreichweit einzigartige Forschungseinrichtung für Kinder von drei bis sechs Jahren entstanden. Der coole Betrieb, den auch das Land Kärnten und der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds kräftig unterstützen, startete kürzlich. Kinder und pädagogische Fachkräfte aus allen Kärntner Kindergärten können das Minilabor buchen, nutzen und einen erlebnisreichen Tag verbringen.

MINT-Bereiche erforschen

Das „Mini Educational Lab“ ist ein Forschungslabor für die Jüngsten. Ein speziell geschultes Team lädt die kleinen Mädchen und Buben ein, gemeinsam mit ihren Pädagog:innen in den MINT-Bereichen zu forschen und zu entdecken, Experimente

durchzuführen, zu dokumentieren, zu staunen, zu erfahren. Die Bezeichnung „MINT“ steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Das Verständnis und Interesse für diese auch im späteren Berufsleben wichtigen Fähigkeiten kann man – entsprechend kindgerecht aufbereitet – schon im elementaren Bildungsbereich wecken. Kinder sind instinktiv neugierig, die Frage nach dem „Warum“ ist allgegenwärtig, sie zu beantworten ist von klein auf essenziell. Kinder lernen durch Erfahrung, sie wollen sehen, fühlen, riechen und hören, wissen, wie und warum die Dinge so passieren, wie sie passieren. Genau hier setzt das neue, innovative „Mini Educational Lab“ im Technologiepark an. 21 verschiedene Module stehen zur Verfügung, der Forscher:innenbereich erstreckt sich über eine Fläche von 112 Quadratmetern.

Perfekte Lage

Als Standort für das Forschungslabor sei der tpv Technologiepark Villach bestens geeignet, sagt Villachs Bürgermeister Günther Albel: „Der Technologiepark Villach bietet das optimale Umfeld, ist zentral in Kärnten gelegen und damit für elementare Bildungseinrichtungen gut erreichbar. Ich freue mich über dieses ergänzende, zukunftsweisende Bildungsangebot. Beste Ausbildung für die Kinder ist uns ebenso wichtig wie genügend Betreuungsplätze für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darum haben wir vor Jahren eine Kindergartenoffensive gestartet und in jüngster Zeit 300 neue Betreuungsplätze geschaffen. Weitere Projekte sind in der Pipeline. Das Mini Educational Lab passt perfekt dazu.“ Villachs Bildungsreferentin Vizebürgermeisterin Sarah Katholnig betont: „Mir

ist es vor allem auch ein großes Anliegen, im Mini Educational Lab schon kleine Mädchen für Technik und Forschung zu begeistern. Außerdem entspricht das nachhaltig errichtete Gebäude, in dem auch der neue tpv-Kindergarten untergebracht ist, voll unserer Philosophie #grenzenlosgrün.“

Das innovative zukunftsfitte Projekt ist eine Kooperation der Stadt Villach mit dem Land Kärnten, dem Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds und dem Educational Lab im Lakeside Park, wo größere Kinder forschen können.

Nicht nur MINT, auch viel Natur

MINT ist jedoch nicht der einzige Schwerpunkt, den Villachs Kindergärten setzen. Auch Natur und Umwelt gehören dazu. „Wir haben einen eigenen Naturpark-Kindergarten im Stadtteil Völkendorf“, berichtet Vizebürgermeisterin Katholnig. „Hier spielt der Dobratsch mit allen spannenden Details eine zentrale Rolle.“ Auch in den anderen Kindergärten setzen die Mitarbeiter:innen stark auf Grün. Im Kindergarten auf der Tratten beispielsweise, der in einem dicht verbauten Viertel liegt, züchten die Mädchen und Buben gerade seltene Wildsträucher vom Samen bis zur Einpflanzung auf einem Parkplatz.

EU fördert Projekt Betriebstageseltern

Zu den Vorreiterprojekten der Stadt Villach zählt auch das System der Betriebstageseltern: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Stadt Villach ausgesprochen wichtig. Um den Wiedereinstieg nach der Familienkarenz zu erleichtern, bietet Villach das EU-geförderte Projekt der Betriebstageseltern an. Das Land Kärnten unterstützt auch dieses, zwei Gruppen sind im Laufen. Die Idee dahinter: Damit Elementarpädagog:innen nach der Karenzzeit wieder in den Beruf einsteigen und eine Kindergartengruppe übernehmen können, betreuen Betriebstageseltern das Kind der Kollegin. Vizebürgermeisterin Sarah Katholnig: „Im Herbst ist die zweite Betriebstageselterngruppe gestartet. Das Projekt kommt sehr gut an, weil die Kinderbetreuung und -bildung zwischen 6.30



Hochwertiges Bioessen und die Einbindung der Kinder in das Thema Gesunde Küche sind der Stadt Villach wichtig.

und 17 Uhr angeboten wird.“ Das EU-Projekt unterstützt damit nicht nur die Eltern, sondern auch die Arbeitgeber:innen.

Neue Ausbildungsschiene in Villach

Wie wichtig der Stadt Villach optimale, liebevolle Betreuung und Förderung der Kinder ist, untermauert die Kindergartenoffensive der vergangenen Jahre. Mehr als 300 neue Betreuungsplätze wurden geschaffen, in den nächsten Jahren kommen in neuen Stadtviertel-Projekten etliche weitere Gruppen hinzu. Weil mit der konsequenten Größenreduktion der Gruppen der Bedarf an Elementarpädagog:innen extrem steigt, hat sich Villach bei Bund und Land für eine neue Ausbildungsschiene stark gemacht. Mit großem Erfolg: Im September startet der erste Lehrgang des neuen zweijährigen Kollegs für Elementarpädagogik in Villach. Vizebürgermeisterin Sarah Katholnig: „Diese neue Ausbildungsmöglichkeit ist sehr praxisorientiert. Sie spricht Interessierte aus ganz Oberkärnten an, die sich mit dem Villacher Kolleg den Weg nach Klagenfurt sparen.“ Das Interesse dafür ist groß. Jetzt hofft die Villacher Bildungsreferentin, dass es künftig auch eine berufsbegleitende Bildungsschiene für Umsteiger:innen geben wird. „Elementarpädagog:in zu sein, ist wahrscheinlich einer der schönsten, kreativsten und bereicherndsten Berufe, die es gibt“, sagt Katholnig.

Pionierstadt für Gesunde Küche

Weil es auch von erstrangiger Bedeutung ist, dass die jüngsten Villacher:innen nicht nur gut betreut, sondern auch ausgezeichnet verköstigt werden, setzt die Stadt seit Jahren auf biologische Lebensmittel in ihren Kindergärten. In den 14 Kindergärten und den sieben angeschlossenen Horten kochen eigene Teams in den Küchen derzeit für ca. 1.320 Kinder pro Tag frische und gesunde Gerichte. Vizebürgermeisterin Katholnig: „Der Bio-Anteil der verwendeten Lebensmittel liegt bei rund 61 Prozent. Wir waren mit unserem Projekt Bioessen und Gesunde Küche Pionierstadt in Österreich.“ Alle Kindergartenküchen sind seit 2013 als „Gesunde Küche“ zertifiziert. Fortbildungen und Schulungen der Mitarbeiter:innen in den Küchen findet regelmäßig statt.

Gesunde Ernährung und Gesundheits-erziehung sind auch ein fixer Bestandteil der pädagogischen Arbeit in den Villacher Kindergärten. „Wir haben das sogenannte Kinderrestaurant eingeführt, bei dem die Mädchen und Buben mithelfen, das Essen zuzubereiten und sich auch immer wieder Gäste einladen“, erzählt Vizebürgermeisterin Katholnig. Gesunde Jause, gemeinsames Kochen, auch mit Produkten, die in den Hochbeeten der Kindergärten geerntet werden, gemeinsame Ausgänge zum Markt und Ausflüge zu BIO-Bauernhöfen stehen zusätzlich am Programm. 



Zertifikatsverleihung, stehend links außen Stadträtin Eveline Miessgang und rechts außen Bürgermeister Michael Ritsch

Bildungsakademie Bregenz

Bregenz und die Vorreiterrolle in der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte

Der Fachkräftemangel trifft alle Gemeinden und Kommunen in ähnlicher Art. Gut geschultes Personal ist Mangelware, weshalb die Landeshauptstadt Bregenz das Heft selbst in die Hand nahm und im Herbst 2023 nach monatelanger Planung die Bildungsakademie Bregenz (BAB) ins Leben rief. Aufgabe der BAB ist es, in einem für Vorarlberg einzigartigen Projekt Pädagog:innen im Bereich der Kleinkindbetreuungseinrichtungen und Kindergärten selbst aus-, fort- und weiterzubilden. Das große Kapital der Betreuungseinrichtungen sind die Mitarbeitenden, und die Zukunft unserer Gesellschaft sind die Kinder. Investitionen in die Qualität der Mitarbeitenden zahlen sich somit in vielfacher Hinsicht aus und dienen nicht nur der Fachkraft und der Einrichtung, sondern langfristig der gesamten Kommune. Um die Mitarbeitenden pädagogisch bestmöglich auszubilden, wurde die BAB in zwei Säulen gegliedert. Im Rahmen der ersten Säule wird ein eigener Basislehrgang für Kleinkind- und

Kindergartenassistenten angeboten. Die Teilnehmenden erhalten eine qualitativ hohe fachliche, methodische und praktische Basisausbildung, um pädagogische Fachkräfte in elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen gut unterstützen zu können. Durch gut ausgebildete Assistenzkräfte wird ein Fundament geschaffen, auf dem beziehungsvolle Arbeit mit den Kindern und qualitativ hochwertige Begleitung der Kinder aufgebaut werden kann.

Qualifikation & Akquise

Im ersten Lehrgang, der von Oktober 2023 bis Februar 2024 stattfand, wurden 16 Teilnehmende aufgenommen, die Hälfte davon waren als Quereinsteiger:innen bereits in einem aktiven Dienstverhältnis mit der Landeshauptstadt Bregenz. Für diese Gruppe übernahm die Landeshauptstadt die Kosten der Ausbildung vollumfänglich. Die andere Hälfte setzte sich aus externen Teilnehmenden zusammen, welche die Lehrgangskosten selbst übernehmen

mussten. Die Landeshauptstadt Bregenz unterstützte diese Personen allerdings mit einer Förderung, und im Falle einer Anstellung bei der Stadt werden die Kosten vollumfänglich übernommen. Dies war beim ersten Lehrgang wiederum bei der Hälfte der externen Teilnehmer:innen der Fall.

Somit dient der Basislehrgang der Landeshauptstadt Bregenz nicht nur der Qualifikation bestehender Mitarbeitender, sondern auch der Personalakquise. Außerdem gelingt es durch den eigenen Lehrgang, Mitarbeitende, die teilweise schon eine lange Zeit auf Wartelisten für bestehende Ausbildungen stehen, auszubilden.

Ein weiterer Lehrgang wird im Herbst 2024 starten. Dieser bietet Ausbildungsplätze für 18 Personen. Ein Ausbau in Richtung Spezialisierungslehrgang ist derzeit in Planung.

Fort- und Weiterbildung

Im Rahmen der zweiten Säule wird ein internes Fort- und Weiterbildungsprogramm gestaltet. In engem Austausch

mit den Mitarbeitenden in den elementarpädagogischen Einrichtungen und den Leitungen werden die angebotenen Fort- und Weiterbildungen auf die Bedürfnisse in der Elementarpädagogik in Bregenz maßgeschneidert. Dabei hilft ein kontinuierlicher Austausch zu den Themen vor Ort und eine regelmäßige Evaluation der bereits angebotenen Veranstaltungen. Die Angebote der zweiten Säule konzentrieren sich vor allem auf Haltung und Werte. Ziel ist es, in Zeiten des neuen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes sowie wachsender administrativer Aufgaben und Personalmangels, den Blick auf das Wesentliche nicht zu verlieren: Die Kinder und die Begegnung mit ihnen.

Fortbildungen im Kalenderjahr 2024:

- „Einblick in die Pikler Pädagogik“, Seminar mit Jutta Zudrell-Koch
- „Alle sind willkommen – Inklusion von Kindern mit Behinderung“,

- Workshop mit Claudia Niedermair
- „Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung – mit der Perspektive einer Mutter“, Workshop mit Claudia Niedermair
- „Bedürfnisorientierte Pädagogik am Malort nach Arno Stern“, Workshop mit Isabella Außerer
- „Die Kinderzeichnung, ein verhängnisvoller Irrtum. Arno Stern – Wie man Kinderbilder nicht betrachten sollte“, Workshop mit Isabella Außerer
- „Achtsamkeit und Selbstfürsorge in der Arbeit mit Kindern“, Vortrag mit Lienhard Valentin
- „Achtsamkeit und Selbstfürsorge für Mitarbeitende in der Elementarpädagogik“, Seminar mit Dörte Westphal
- „Bedürfnisorientierung in der Elementarpädagogik“, Seminar mit Barbara Weber-Eisenmann

- „Biografiearbeit“, Seminar mit Nicole Bösch
- „Fokus und Konzentration“, Workshop mit Nicole Bösch
- „Wert(e)volle Pädagogik“, Seminar mit Anke Ballmann
- „Erschöpfte Familien – Belastete Kinder: Wenn der Alltag zu viel wird“, Seminar mit Netzwerk Familie
- „Reggio Tutta – 100 Sprachen hat das Kind: Einführung in die Reggio Pädagogik“, Seminar mit Monika Hruschka-Seyrl
- „offene Arbeit – offenes Konzept“, Seminar mit Gabriele Haug-Schnabel
- „Herausfordernde Kinder verstehen und beziehungsstark begleiten“, Seminar mit Inke Hummel

bregenz.gv.at/bab

VERGABERECHTS- SICHER BESCHAFFEN?

Nutzen Sie die Rahmenvereinbarungen der BBG:

- **VIelfalt im Angebot:** Von Büromaterial über Fahrzeuge bis hin zu IT-Lösungen ist ein breites Dienstleistungs- und Produktportfolio über den e-Shop der BBG abrufbar.
- **ZEIT- UND KOSTENERSPARNIS:** Weniger Aufwand und ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis durch die gebündelten Ausschreibungen der BBG für öffentliche Auftraggeber.
- **VERGABERECHTSSICHERHEIT:** Die Vergabeverfahren der BBG werden vergaberechtskonform durchgeführt.

BBG BUNDES
BESCHAFFUNG

MEHR ÜBER DAS
PORTFOLIO DER BBG:



bbg.gv.at/leistungen/produktfamilien

Talentepool für Leitungen

Über den strukturierten Personalentwicklungsprozess für Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsleitungen in der Stadt Graz

Katharina Riel, Stabstelle Organisation, Andrea Csaszar, Pädagogische Leitung

Die Abteilung für Bildung und Integration der Stadt Graz ist für rund 80 Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen im Stadtraum Graz zuständig. Aufgrund der demografischen Veränderungen und sich wandelnder Rahmenbedingungen der Arbeit in diesen Einrichtungen möchte die Abteilung für Bildung und Integration neue Wege bei der Bestellung von Leiter:innenpositionen gehen. Interessent:innen für Leiter:innenpositionen werden bereits frühzeitig angesprochen und durch ein Auswahlverfahren zum Talentepool zugelassen. Die Leitungsfunktion wird dann gezielt und maßgeschneidert im Talentepool entwickelt. Die Leiter:innenposition wird durch diesen vorgelagerten

strukturierten Personalentwicklungsprozess aufgewertet.

Insgesamt sind 138 Stunden an Fortbildung zu absolvieren. Davon entfallen 58 Stunden auf das Curriculum und 80 Stunden auf einen praxisorientierten Austausch zur intensiven Zusammenarbeit mit einer bereits erfahrenen Leitung. Das Curriculum beinhaltet Veranstaltungen zu folgenden Themenblöcken: Führung und Management, persönliche Bildung, Organisation, Recht, Kommunikation.

Kompetenzprofil

Zielsetzung des Talentepools ist die strukturierte und bedarfsorientierte Vorbereitung auf die Tätigkeit als Leiter:in einer Kinderbildungs- und -betreuungs-

einrichtung. Die Leiter:innen sind für die soziale, die organisatorische und die pädagogische Qualität verantwortlich.

Für diese Anforderungen entwickelte die Abteilung für Bildung und Integration der Stadt Graz ein Kompetenzprofil für die zukünftigen Leitungen in den städtischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen.

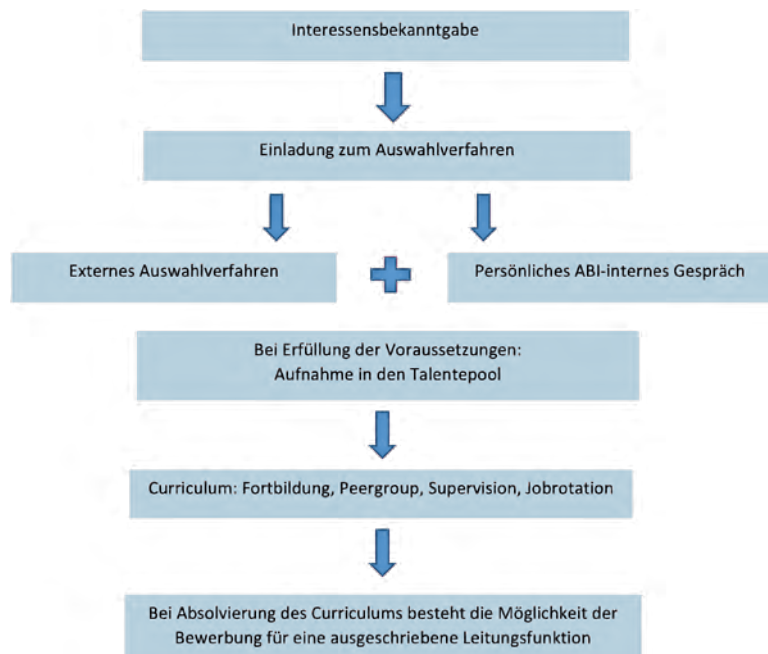
Die erforderlichen Kompetenzen umfassen:

- Beherrschung der Führungsgrundsätze des Hauses Graz
- Pädagogische Konzepterstellung – orientiert an den Prinzipien einer konstruktiven Gestaltung von Bildungsprozessen
- Durchführung von Theorie- und Praxis-Transfer in der Umsetzung und Gestaltung von Lernumgebungen und Lernsettings
- Interesse und Freude an einer Leitungsfunktion und Kommunikationskompetenz
- Empathie und Sensibilität für die individuellen menschlichen Herausforderungen
- Organisatorische Fähigkeiten und IT-Kenntnisse
- Kreativität, Belastbarkeit und Verständnis für kulturelle und sprachliche Vielfalt
- Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewusstsein
- Professionelles Auftreten und gelebte Partizipation
- Fähigkeit zur Abgrenzung und in Krisensituationen Hilfe in Anspruch zu nehmen
- Offenheit für Selbstreflexion & kontinuierliche Aus- und Weiterbildung



„Lösungsfokussierte Gesprächsführung und Kommunikation“ mit Florian Vötsch, Coach und Mentaltrainer

Kurzdarstellung Ablauf



Für das neue Betreuungsjahr konnten bereits zwei Talente anhand ihres Kompetenzprofils und ihres Auftretens im Auswahlverfahren zur Leitungsbestellung überzeugen.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Inhalte des Curriculums des Talentepools in die Bearbeitung der Aufgabenstellungen des Auswahlverfahrens eingearbeitet wurden.

Positive Rückmeldungen der Teilnehmer:innen gegenüber Kolleg:innen und das Bekanntwerden der Sinnhaftigkeit der Vorbereitung auf die Herausforderungen an die zukünftige Leitungstätigkeit führen zu einer verstärkten Nachfrage zur Aufnahme in den Talentepool zweite Generation.

Diese Entwicklung zeigt die steigende Motivation des pädagogischen Personals, sich den Herausforderungen einer Leitungsposition zu stellen.



Neudorferstraße –
Betriebsgebiet 3
7111 Parndorf
Tel. 02166/305 00-0

schau
vorbei.at

DIE BESTEN
IDEEN FÜR
DEINE FREIZEIT

AUSFLUGSZIELE
EVENTKALENDER
GEWINNSPIELE
STORIES

schauvorbei.at



Jetzt kommt Ozobot

Spielerisch programmieren lernen in Pflichtschulen: Die Stadt Steyr startet ein Pilotprojekt mit Dynatrace und JKU COOL Lab.

Ozobot – das ist ein kleiner Roboter, der die Experimentierfreude und das Interesse von Kindern im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) fördern soll. Die Roboter sind einfach zu bedienen und an das Alter anpassbar. Also perfekt für den pädagogischen Einsatz und einen kindgerechten Einstieg in das Thema Robotik und Programmieren mithilfe von Codes.

Die Stadt Steyr will diese Möglichkeit nutzen und hat jede ihrer 16 Pflichtschulen mit je zwei Zwölferkursen dieser kleinen Roboter ausgestattet. Damit ist sie Vorreiterin im Bereich digitaler Bildung, und das schon ab der ersten Schulstufe. Die Schüler:innen lernen chancengleich die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten des Roboters und können so ohne soziale Hürden ihre Motivation, Experimentierfreude und Fantasie stärken.

„Die digitale Kompetenz entwickelt sich neben Lesen, Rechnen und Schreiben zur vierten Kulturtechnik“, ist Bürgermeister Markus Vogl überzeugt. Er ist sich sicher, dass Schulen neue Ausbildungskonzepte für diesen Bereich benötigen. Die Stadt Steyr will dafür einen Grundstein legen. Die digitale Grundbildung in jeder Schulstufe soll Kinder für den MINT-Bereich begeistern und damit auch langfristig Fachkräfte in diesen Bereichen gewinnen.

Ausbildung für Lehrer:innen

Ohne das Engagement der Pädagog:innen würde das Projekt so nicht stattfinden können. Im März starteten die Schulungen vom COOL Lab der Linzer Johannes Kepler Universität (JKU) in Zusammenarbeit mit der Firma Dynatrace. Diese Ausbildung ist dank der Unterstützung der Bildungsdirektion Oberösterreich möglich. Dazu die zuständige Referentin und



Schülerinnen und Schüler der Steyrer Volksschule und Mittelschule Punzerstraße testen die Ozobots.



Bürgermeister Markus Vogl und Vizebürgermeisterin Anna-Maria Demmelmayr (rechts) präsentieren das Schulprojekt gemeinsam mit den Kooperationspartnerinnen Barbara Sabitzer von der JKU und Dynatrace-Mitgründerin Sok-Kheng Taing.

Initiatorin des Projekts, Vizebürgermeisterin Anna-Maria Demmelmayr: „Eine eigene Ausbildungsschiene für Lehrer:innen und wissenschaftliche Begleitung sichern ein hohes Niveau und optimalen Einsatz der Roboter im Unterricht.“ Das erworbene Wissen soll dann unter den Kolleg:innen weitergeben werden, sodass die neuen Lehrmethoden in allen Schul-fächern angewandt werden können.

„Mit dem Ozobots-Pilotprojekt betreten wir tatsächlich Neuland. Erstmals wird in Österreich in einer ganzen Stadt in allen Pflichtschulen und Schulstufen gleichzeitig ein neuartiges digitales Lerninstrument eingesetzt“, so Sok-Kheng Taing, Dynatrace-Mitgründerin.

Die Wissenschaftsteams der JKU und von Dynatrace haben zwei Jahre intensiv Grundlagenforschung auf den Gebieten der Neurodidaktik, Gender Studies und Talententwicklung betrieben. Viele spannende Fragen sollen in der nächsten Zeit beantwortet werden. Die Nachwuchsförderung ist eine Schlüsselinvestition für die Gesellschaft und Zukunft. Daher hoffen die Expert:innen, dass auch weitere Städte, Gemeinden und Schulen an dem Projekt teilnehmen wollen.

Wissenschaft begleitet

Univ.-Prof.ⁱⁿ Barbara Sabitzer, Leiterin des JKU COOL Labs an der JKU Linz, meint: „Das Projekt hat eine Tiefe und Dimension, die man sich als Wissenschaftlerin wünscht. Wir freuen uns auf eine sehr intensive Zusammenarbeit zwischen den Pädagog:innen an den Steyrer Schulen, Dynatrace und der Johannes Kepler Universität.“

Die Idee, Roboter im Unterricht einzusetzen und dies wissenschaftlich zu begleiten, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Schüler:innen erwerben so auf spielerische Weise Fertigkeiten, welche in Zukunft besonders gefragt sein werden.

Man ist zudem auf die Ergebnisse der geplanten Langzeitforschung gespannt. Etwa, ob in den Schulen durch den frühen und fächerübergreifenden Einsatz der Ozobots das Interesse an technischen und naturwissenschaftlichen Fächern steigt.

Wissensturm Linz

Bildung in Zeiten von Digitalisierung und Klimawandel

Katja Fischer, Anna Lischka, Heike Merschitzka und Belmir Zec, Magistrat Linz

Seit der Eröffnung 2007 hat sich der Wissensturm Linz zu einem Zentrum des Lernens und Austauschs in der Linzer Bildungslandschaft entwickelt. Die bis heute – und weit über Österreich hinaus – wegweisende Idee war die örtliche Zusammenlegung von Stadtbibliothek und Volkshochschule Linz in einem gemeinsamen Haus. Die Verschränkung von Lernangeboten in Kursen, Vorträgen und Workshops mit einem breiten Buch- und Medienangebot schafft vielfältige Anknüpfungspunkte für Bürger:innen. Darüber hinaus bietet das Lernzentrum LeWis – eine medial und technisch gut ausgestattete Lernumgebung mit vielen Lernberatungsangeboten – ein niederschwelliges Angebot für selbstorganisiertes Lernen sowie Lern- und Bildungsberatung. Angenehme Aufenthaltsbereiche, ein Café und ein Bürger:innen-Servicecenter der Stadt Linz bieten vielerlei Anlässe zum Besuchen und Verweilen im Wissensturm. So ist mit dem Wissensturm Linz ein bürger:innennaher Lern- und Begegnungsort gewachsen, der den vielfältigen Anforderungen kommunaler Bildungsarbeit und allgemeiner Erwachsenenbildung vielfältig begegnen kann.

Digitale Volkshochschule Linz

Die fortschreitende Digitalisierung verändert das Bildungssystem grundlegend. Die Volkshochschule Linz hat diese Entwicklung frühzeitig erkannt und vielfältige digitale Bildungsangebote eingeführt. E-Learning-Plattformen und interaktive Lernräume sind nur einige Beispiele, die den Lernenden flexible und ortsunabhängige Zugänge zu Bildungsinhalten ermöglichen. Besonders bemerkenswert sind die „Blended Learning“-Kurse, die traditionelle Präsenzveranstaltungen



In der Dingelei(h), der Bibliothek der Dinge in der Stadtbibliothek Wissensturm, können Bibliothekskund:innen kostenlos nützliche Alltagsgegenstände ausleihen.

ungen mit digitalen Lernformen kombinieren. Diese hybride Lernform fördert die Medienkompetenz der Teilnehmer:innen und ermöglicht eine individuelle Anpassung des Lernprozesses, unterstützt durch digitale Tools wie Lernmanagementsysteme.

Ein weiterer Meilenstein ist die Integration von Künstlicher Intelligenz (KI) in den Bildungsprozess. Mit der KI-gestützten Lernplattform MY VHS können personalisierte Lernwege entwickelt werden, die den individuellen Fortschritt und die spezifischen Bedürfnisse der Lernenden berücksichtigen. Diese Technologie führt zu einer effizienteren und zielgerichteten Bildung, die auf die spezifischen Anforderungen jedes Teilnehmers und jeder Teilnehmerin eingeht und die Effektivität des Lernprozesses deutlich steigert.

Wirksame Klimabildung

Die Stadt Linz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden. Um das

zu erreichen, braucht es neben der politischen Veränderung von Strukturen, etwa im Verkehrs- oder Energiebereich, auch eine gesellschaftliche Neuausrichtung und Wertebildung in Lebensbereichen wie Ernährung, Konsum, Freizeit, Urlaub etc. Die Volkshochschule Linz unterstützt diesen Prozess mit wirksamer Klimabildung.

Untersuchungen zur Klimabildung zeigen: Reine Faktenvermittlung oder das Ausmalen von Katastrophenszenarien führen nicht dazu, dass Menschen ihre Einstellungen oder ihr Verhalten verändern. Vielmehr wird Klimabildung wirksam, wenn sie vermittelt, wie Menschen sich sinnvoll und konkret im Klimaschutz einbringen können.

In den letzten Jahren hat die Volkshochschule Linz ihr Programm in der Klimabildung konsequent darauf ausgerichtet: Mitmach-Workshops und Führung laden dazu ein, die Stadtnatur zu erleben und gestalten. GEHspräche zu klimafreund-



Jeden ersten Montag im Monat trifft sich die Klima-Community im KlimaEck der Stadtbibliothek, um sich über Ideen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit auszutauschen.

lichen Orten und Initiativen zeigen die Vielfalt an Aktivitäten und engagierten Personen in der Stadt. Kurse zum Bio-Gärtnern auf kleiner Fläche, zu Balkonkraftwerken, zur Fahrrad-Reparatur oder zur Planung von Radreisen vermitteln praktische Fähigkeiten für einen klimafreundlichen Lebensstil.

Im Herbst 2025 startet die Volkshochschule Linz ein Pilotprogramm zur Förderung gesunder und klimafreundlicher Ernährung, unterstützt vom Klimafonds der Stadt Linz. Unter dem Motto „Dein Essen kann mehr!“ werden 30 Multiplikator:innen ausgebildet, die als Botschafter:innen für nachhaltige Ernährung für diverse Zielgruppen fungieren werden.

Darüber hinaus ist die Klimakrise auch eine zentrale Herausforderung für unsere Demokratie: Populismus, Desinformation, Wissenschaftsskepsis und zunehmende Polarisierung in den Debatten gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Daher engagiert sich die Volkshochschule in der Vermittlung solider wissenschaftlicher Erkenntnisse und demokratischer politischer Bildung. Der Klimawandel wird klar und prägnant kommuniziert: Er ist real. Wir sind die Ursache. Er ist gefährlich. Die Fachleute sind sich einig. Wir können noch etwas tun.

Nachhaltiges Handeln in der Stadtbibliothek Linz

Aus Interesse an einer nachhaltigen Lebensweise entwickelte die Stadtbibliothek Linz in den letzten Jahren viele Zusatzangebote, die für alle Besucher:innen kostenlos zugänglich sind. Ein sehr erfolgreiches Beispiel dafür ist die Dingelei(h), eine Bibliothek der Dinge, im Linzer Wissensturm. Dort können mit der Bibliothekskarte auch Gegenstände wie eine Nähmaschine oder ein Akkuschauber ausgeliehen werden. Manchmal ist es der fehlende Platz zu Hause, vielleicht will man etwas nur ausprobieren (Popcornmaschine oder Schneideplotter) oder die Anschaffung ist zu kostspielig. Es gibt viele Gründe, dieses Angebot zu nutzen. Das Know-how für den Verleih ist in jeder Bibliothek vorhanden. Und weil die gemeinsame Nutzung von Büchern in einer Bibliothek schon nachhaltig ist, ist es ein Sharing von Gegenständen erst recht. Im Jahr 2023 konnten mit knapp 150 großen und kleinen Dingen fast 900 Ausleihen erzielt werden, jede einzelne ein Beitrag zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Bewusstseinsbildung. Und ein wirksames Marketinginstrument zur Neukund:innen-gewinnung hat die Bibliothek damit auch gewonnen. Denn eines ist sicher: Man

spricht darüber, wenn die Bibliothek auch einen Entsafter oder eine Fahrradpumpe verleiht.

Bereits seit 2019 verleiht die Stadtbibliothek Linz an fünf Standorten auch E-Lastenräder. Modelle verschiedener Marken sollen zur Verwendung und zum Umstieg vom Auto anregen. Für den Ankauf der Transporträder gibt es eine Förderung der Abteilung Stadtklimatologie und Umwelt, die auch die Räder erwirbt und der Bibliothek für den Verleih zur Verfügung stellt. Und seit 2022 können Kund:innen in der DigitalisierBar ihre alten Dias, LPs, Audio- und Videokassetten sowie Video-8- und Hi-8-Filme in digitale Formate umwandeln und so schöne Erinnerungen „haltbar“ machen. Es zeichnet sich also ab, dass die Stadtbibliothek Linz immer mehr zur Green Library wird.

KlimaEck

Im Jänner 2024 startete in der Stadtbibliothek im Wissensturm das „KlimaEck“ – eine Plattform für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, die sich seitdem mehr und mehr zu einem Zentrum für Ideen- und Wissensaustausch entwickelt: An jedem ersten Montag im Monat trifft sich die Klima-Community beim „Stammtisch“ im KlimaEck, um zu disku-

tieren, sich über mögliche Projekte auszutauschen oder zu Programmideen einzubringen. Als Community-Mitglieder verstehen sich neben vielen interessierten Einzelpersonen inzwischen das Klimabündnis Oberösterreich, die Linzer Stadtklimatologie, Energiewende Linz, Otelio, Leonardowerkstatt, Offinne, Nähküche Linz, Volkshilfe, Südwind, Linz zu Fuß, Radlobby, Verein KIM, Linz AG Abfall.

Gemeinsam mit diesen Partner:innen entwickelte die Stadtbibliothek Linz ein kostenloses Vermittlungsprogramm für alle Altersgruppen.

Bisher haben etwa Fahrrad-Reparaturworkshops für Kinder, Klima-Puzzles, ein Stopfsalon, ein virtueller Power Playground, Workshops zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, Repair-café-Infopoints, Gespräche mit dem Stadtklimatologen und Mülltrennungsvorlesestunden für Kinder stattgefunden.

Fast 900 Personen haben im ersten Halbjahr 2024 an Programmpunkten im KlimaEck teilgenommen – darunter viele Besucher:innen, die zum ersten Mal in die Stadtbibliothek kamen. Am zweiten Teil des Programms wird derzeit gearbeitet.

Sorgfältig ausgewählte Sachbücher und Informationsmaterialien zu klimarelevanten Themen stehen im KlimaEck zum Schmökern und Ausleihen bereit, darunter auch die städtischen Konzepte zu Klimaneutralität und Klimawandelanpassung. Im Mai 2024 wurde das KlimaEck mit dem Bibliothekspreis des Büchereiverbands Österreichs (BVÖ) ausgezeichnet, mit dem eine Fachjury herausragende partizipative Ansätze in der Bibliotheksarbeit würdigt.

Bildung für die Stadt des 21. Jahrhunderts

Der Wissensturm in Linz zeigt, wie Bildungseinrichtungen auf die Heraus-

forderungen und Chancen der Digitalisierung und des Klimawandels reagieren können. Durch die Integration digitaler Technologien und die Fokussierung auf wirksame Klimabildung und Klimakommunikation bietet der Wissensturm ein zukunftsweisendes Bildungsmodell.

Die Kombination aus digitalen Lernangeboten und alltagsnahen, beteiligenden Klimabildungsangeboten bereitet die Lernenden optimal auf die Anforderungen einer sich rasch verändernden Welt vor.

Der Wissensturm greift so die aktuelle Frage nach den 21st-Century-Skills auf: Welche Kompetenzen benötigen Menschen, um die komplexen Herausforderungen unserer Zeit zu lösen? Zusammenfassend werden hier häufig die 4 Ks genannt: Kritisches Denken, Kreativität, Kommunikation und Kollaboration. Kompetenzen, die seit jeher in der allgemeinen Erwachsenenbildung im Fokus der Arbeit stehen.



ÖGZ

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

Monat für Monat ein anderer Schwerpunkt mit spannenden Fachartikeln zu kommunalen Themen wie Stadtentwicklung, Finanzen, Bildung, Umwelt und mehr.

JETZT ABONNIEREN!

Jahresabo: 45 Euro
Einzelheft: 4,70 Euro

KONTAKTDATEN

Telefon +43 (0)1/740 32-725
Mail: abo.oegz@bohmann.at

Auch online unter:
www.staedtebund.gv.at



Leonding: neue Digi-AHS als Plus für die ganze Bildungsregion

Die letzte Schulgründung in Oberösterreich erfolgte im Schuljahr 2005/2006 mit dem Gymnasium Solarcity. Bis jetzt, denn ab Herbst 2024 wird in Leonding ein achtjähriges Digital-Realgymnasium angeboten.

Marlene Siegl, Stadtgemeinde Leonding

Nach mehrjähriger Planung ist man in Leonding rasch in die Umsetzung gegangen: Anfang Dezember 2023 hat der Leondinger Gemeinderat das Budget für den Architekturwettbewerb für das neue Schulgebäude und eine vorübergehende Containerlösung freigegeben, Anfang Januar fand die konstituierende Sitzung der Jury für den Architekturwettbewerb statt und die Ausschreibung für das spätere fixe Schulgebäude ist im Mai erfolgt. Dieses soll dann in drei Jahren, zum Start des Schuljahrs 2027/28 in der Nähe der HTL Leonding im Stadtteil Hart bezogen werden. Im ersten Schuljahr wird ein bestehendes Schulgebäude (das Gebäude der Mittelschule Doppl) mitgenutzt, anschließend übersiedelt die Digi-AHS in eine Containerschule.

Investitionen in die Zukunft

Die Stadt Leonding investiert für die neue Schule alleine in den ersten beiden Jahren fünf Millionen Euro und für das künftige Schulgebäude werden rund 27 Millionen Euro in die Hand genommen. Die Schule soll mit dem ersten Maturajahrgang verbundlicht werden. Der Schulbesuch selbst ist bereits ab dem Start kostenfrei.

Am 9. September begann für 51 Schülerinnen und Schüler der beiden Unterstufenklassen das Schuljahr in der ersten Allgemeinbildenden Höheren Schule in



Future Lab

Leonding, der Digi-AHS. Gestartet wurde im ersten Schuljahr nicht, wie ursprünglich geplant, in einer vorübergehenden Containerlösung in Hart, sondern im Gebäude der Mittelschule im Stadtteil Doppl. Dieses ist für zehn Klassen bewilligt, unterrichtet wurden dort bis dato lediglich vier Klassen. Das bedeutet, dass ein Teil des Gebäudes vorübergehend im Schuljahr 2024/25 für zwei Klassen (Unterstufe) der Digi-AHS genutzt wird. Grund für den vorübergehenden Ortswechsel ist eine unvorhersehbare rechtliche Thematik bei der Vergabe der geplanten Container. Diese müssen nun neu ausgeschrieben und vergeben wer-

den. Daher findet das erste Schuljahr in Doppl statt, anschließend geht es in der Containerschule in Hart mit Schuljahr 2025/26 weiter.

Der Mittelschule Doppl werden das Erdgeschoß und das erste Obergeschoß zur Verfügung stehen, die Kinder der Digi-AHS werden in das zweite Obergeschoß ziehen. Garderoben, Turnsaal, Werkraum, Ausspeisung und Bibliothek werden von den Schülerinnen und Schülern beider Schulen genutzt. Dem einzigartigen pädagogischen Konzept der Digi-AHS steht nichts im Weg, die künftigen Schulkinder konnten im Juni bereits bei einem Future Lab ein wenig in die digi-



V. l. n. r.: Projektleiterin Margit Steiner (Pädagogische Hochschule OÖ), LH Thomas Stelzer, Bgm.ⁱⁿ Sabine Naderer-Jelinek, BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung Martin Polaschek, LH-Stv.ⁱⁿ Christine Haberlander, Bildungsdirektor HR Alfred Klampfer und Dir. Andreas Riedl präsentierten das Konzept der Digi-AHS.

tale Welt eintauchen und ihre Mitschülerinnen und Mitschüler kennenlernen.

Als Schulleiter konnte der Experte aus dem Bereich digitale Bildung, Fachinspektor für Informatik, Andreas Riedl gewonnen werden. Die Erfahrungen als Professor im AHS-Bereich (mehr als 20 Jahre) und darüber hinaus die Mitarbeit im Pädagogischen Fachstab der Bildungsdirektion qualifizieren ihn bestens für diese Position.

Einzigartiges pädagogisches Konzept

Das pädagogische Konzept für die neue Digi-AHS hat die Stadt Leonding in intensiver Zusammenarbeit mit Prof.ⁱⁿ Margit Steiner, Leiterin des Instituts Elementar- und Primarstufenpädagogik an der Pädagogischen Hochschule OÖ, ausgearbeitet. Grundlage dafür war der visionsprozess „Leonding 2030“ im Jahr 2017. Schon in die Vorarbeiten hat die Stadt rund 100.000 Euro investiert. Auch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und das Land OÖ sind vom innovativen Konzept überzeugt und haben daher grünes Licht für die neue Schule gegeben. Die Bildungsdirektion OÖ übernimmt die zentrale Koordinationsrolle zwischen den beteiligten Institutionen.

Neben Lesen, Schreiben und Rechnen soll sich der Einsatz von Informationstechnologie im täglichen Unterrichtsgeschehen in allen Unterrichtsgegenständen als unverzichtbare vierte Grundkompetenz etablieren. PC, Laptop oder Tablet sollen dabei von den Schülerinnen und Schülern als selbstverständliches Alltags-Werkzeug verstanden werden, das zur Informationsbeschaffung, Datenerhebung und -verarbeitung, zur Erstellung und

zum Verfassen von Texten und zur individuellen Nutzung digitaler Anwendungen eingesetzt wird. So wird der Unterricht für Schülerinnen und Schüler zum einen abwechslungsreicher und zum anderen werden sie den Einsatz von Informationstechnologie immer mehr als Selbstverständlichkeit erleben. Die Nutzung digitaler Arbeitsplattformen stellt die Grundlage der pädagogisch-didaktischen Konzepte für den Unterricht ab der ersten Klasse dar.

Alle Schülerinnen und Schüler der Unterstufe besuchen folgende Schwerpunkte:

- Cyber Security
- Creativity
- Coding
- Labor (Future Research)

In der Oberstufe, die ab dem Schuljahr 2025/26 angeboten wird, stehen den angehenden Fachkräften folgende Zweige zur Verfügung:

- Coding Robotics
- Creativity
- Future Research

Weitere pädagogische Schwerpunkte werden in den Kompetenzbereichen Soziales Lernen, Persönlichkeitsbildung und Diversität gesetzt. Darüber hinaus wird die Fremdsprachenkompetenz der Schülerinnen und Schüler von Beginn an gefördert, Vertiefungen der digitalen Anwendungen werden in Deutsch und Englisch abgehalten. In der Oberstufe können die Schülerinnen und Schüler zusätzliche Zertifikate erlangen.

Wirtschaft und Sozialpartner mit an Bord

Im pädagogischen Konzept ist auch eine enge Zusammenarbeit mit regionalen Betrieben und Sozialpartnerinnen und

Sozialpartnern vorgesehen. Unterstützt wird das Vorhaben von der Arbeiterkammer OÖ, der Wirtschaftskammer OÖ und der Industriellenvereinigung OÖ, aber auch namhafte Unternehmen wie Rosenbauer und Poloplast haben bereits ihr Interesse bekundet.

Digitaler Bildungs- und BerufsorientierungCampus

Die neue Schule wird in das pädagogische Gesamtkonzept des Bildungscampus Leonding eingebettet. Das Bildungsangebot ist von der Krabbelstube über Volks- und Mittelschule sowie einer Besonderen Schule bis hin zur Polytechnischen Schule und zur HTL sehr umfassend. Im Sinne eines Digitalen Bildungs- und BerufsorientierungCampus zieht sich das Thema Digitalisierung wie ein roter Faden durch alle Bildungseinrichtungen. Mit der Digi-AHS wird ein weiterer wichtiger und ergänzender Meilenstein im Bildungsangebot der viertgrößten Stadt in Oberösterreich gesetzt. Den Start machen im ersten, kommenden, Schuljahr (2024/2025) zwei Unterstufenklassen, ab dem zweiten Schuljahr (2025/2026) sollen auch Oberstufenklassen angeboten werden. Wissenschaftlich begleitet wird die vorerst private Schule mit Öffentlichkeitsrecht (ohne Schulbesuchsgebühren) von der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich (im Rahmen der Teilrechtsfähigkeit). In der Unterstufe wird – je nach Wahl der Eltern – auch die Möglichkeit eines ganztägigen Schulbesuchs bzw. einer schulischen Nachmittagsbetreuung geboten. Sobald das neue Schulgebäude 2027/2028 seine Türen öffnet, sollen mehr als 600 Schülerinnen und Schüler von rund 70 Lehrkräften unterrichtet werden.



Lehrausgang zur Firma MM Forsttechnik, begleitet von Bürgermeister Johannes Wagner und Stadtrat Franz Tieber

MS Frohnleiten@WORK

Innovatives Projekt der Mittelschule Frohnleiten:
Schüler:innen erkunden die regionale Arbeitswelt.

Nazira Zapletal, Stadtgemeinde Frohnleiten

Die Mittelschule Frohnleiten hat mit dem Projekt „MS Frohnleiten@WORK“ ein innovatives Programm gestartet, um Schüler:innen der vierten Klasse Einblicke in lokale Unternehmen und Berufsfelder zu bieten. Mit Unterstützung der Stadtgemeinde und regionalen Partnern erhalten die Jugendlichen praktische Erfahrungen in der Arbeitswelt.

Die Mittelschule Frohnleiten hat im Herbst 2023 zusätzlich zu den bereits vorhandenen Angeboten, wie fixe Berufsorientierungsstunde in den 3. und 4. Klassen, Berufsorientierungslauf oder die Schnupperwoche, ein neues Wahlpflichtfach eingeführt: „Fit for the Job“. Im Rahmen des neuen Faches wurde durch Wirtschafts-Stadtrat Franz Tieber das wegweisende Projekt „MS Frohnleiten@WORK“, das als unverbindliche Übung angeboten wird, ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Projektes werden den Jugendlichen der vierten Klasse

praktische Erfahrungen in verschiedenen Berufsfeldern geboten.

Branchen kennenlernen

Ein Mal im Monat besuchen die Schüler:innen regionale Betriebe, um Einblicke in unterschiedliche Arbeitsbereiche zu erhalten. Bürgermeister Johannes Wagner unterstreicht die Bedeutung des Projekts: „In einer Welt voller Möglichkeiten ist es entscheidend, unsere Jugendlichen auf ihrem Weg zur Berufswahl zu unterstützen. Dieses Projekt ermöglicht ihnen, unterschiedliche Branchen zu erkunden und praktische Erfahrungen zu sammeln.“

Der Auftakt der Initiative fand bei der MM Forsttechnik GmbH statt, wo die Schüler:innen den Betrieb besichtigten und Einblicke in die Forsttechnik erhielten. Wagner betont die Wertschätzung dieser Partnerschaften: „Wir sind sehr dankbar für solche Kooperationen mit regionalen Unternehmen. Sie inspirieren

unsere Jugendlichen und bieten wertvolle Einblicke in die Arbeitswelt.“

Speeddating

Ein weiteres Highlight war das „Speeddating“ im Innenstadtbereich, bei dem die Schüler:innen fünf verschiedene Unternehmen besuchten und Lehrberufsmöglichkeiten erkundeten. Zu den teilnehmenden Unternehmen gehörten der Friseur Haareinspaziert, die Steiermärkische Sparkasse, die Engel-Apotheke, Bipa und Heininger's Schlemmerei. Durch die unmittelbaren Erfahrungen in der Arbeitswelt können die Jugendlichen ihre Berufswahl besser einschätzen und wertvolle Erkenntnisse für ihre Zukunft gewinnen.

Stadtrat Franz Tieber betont: „Die Stadtgemeinde Frohnleiten setzt sich weiterhin für eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen ein, um den Schüler:innen eine breite Palette von Möglichkeiten zu bieten, ihre Talente zu entdecken.“

Von Hohenems bis Helsinki

Am 2021 gestarteten EU-Programm Erasmus+ nehmen noch nicht viele österreichische Schulen teil: Gleich alle sechs Hohenemser Pflichtschulen haben sich akkreditiert, die ersten Erfahrungen sind positiv.

Martin Hölblinger, Stadt Hohenems

Auch wenn die Erhebung zur Stadt erst 1983 erfolgte, kann Hohenems in Vorarlberg auf eine jahrhundertelange Geschichte zurückblicken: Die Herren und späteren Grafen von Ems pflegten Beziehungen, die sich über ganz Europa erstreckten; die frühe Ansiedlung einer jüdischen Gemeinde sollte wichtige kulturelle Impulse geben und weitere Verbindungen in die Welt bewirken. „Die kleine Stadt ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen und hat sich entsprechend beständig entwickelt“, konstatiert Bürgermeister Dieter Egger: „Für die mittlerweile 1.400 Schülerinnen und Schüler wurde so mit der Volksschule Schwefel kürzlich die bereits sechste Pflichtschule errichtet.“ Diese Hohenemser Weltoffenheit wird heute mehr denn je gepflegt: „Erasmus+, welches auf die allgemeine und berufliche Bildung abzielt und im europäischen Austausch sprachliche, fachliche und interkulturelle Kompetenzen fördert, ist so auch ein willkommenes

Programme für den Bildungsbereich in Hohenems“, meint die ressortverantwortliche Vizebürgermeisterin Patricia Tschallener: „Deshalb war es uns ein Anliegen, dass die Bildungseinrichtungen Zugang zum Programm mit seinen guten Unterstützungen erhalten, bietet es doch die Möglichkeit, neue Sprachen, Kulturen und Arbeitspraktiken kennenzulernen.“

Europa kennen & lernen

Der Zertifizierung für „Erasmus+ Schulbildung“ ging ein detaillierter Anmeldeprozess voraus; wichtig ist, dass teilnehmende Bildungseinrichtungen belegen können, Austauschprojekte sowohl operativ als auch finanziell durchzuführen und für Prüfungen zur Verfügung stehen. Das traditionelle Hohenemser Vernetzungstreffen der Pädagoginnen und Pädagogen am 6. Juni 2023 gab Gelegenheit, die erfolgreichen Akkreditierungen zu feiern und die ersten Schritte zu setzen:

Der Fokus lag so auch auf Fortbildungen von Lehrkräften der Volksschulen in Paris, Florenz und Reykjavík. Für 2024 sind Bildungsaufenthalte in Rom und Helsinki geplant: Maßnahmen, die einerseits schwerpunktmäßig der fachlichen Weiterbildung dienen, teils aber auch der sprachlichen. Eine gute Grundlage für die künftigen Aktivitäten, welche nun auch europäische Austauschprogramme ganzer Schulklassen beinhalten sollen, beispielsweise unter einem Kultur- oder Sportschwerpunkt. Zusätzlich – und bereits seit 2021 – ist auch die Volkshochschule Hohenems unter Obfrau Elisabeth Schmid für „Erasmus+ Berufsbildung“ akkreditiert und unterstützt Lehrlinge bei Praktika wie auch den Austausch von Expertinnen und Experten in den beteiligten Wirtschaftsbetrieben und Bildungseinrichtungen: Insbesondere im Hotelierfach konnten Lehrlinge so – üblicherweise bei Aufenthalten von mehreren Wochen und Monaten – Europa kennenlernen. Antriebsfeder für die nachfolgende Teilnahme der Schulen waren auch die positiven Erfahrungen, welche sich in den jüngsten Jahren im Austausch mit Hohenems' Partnerstadt Ostfildern ergeben hatten: Gegenseitige Besuche und Vernetzungstreffen boten Gelegenheit zum Austausch und Einblick in das jeweilige, österreichische und deutsche, Bildungssystem, auch Unterrichtshospitzen konnten so arrangiert werden. Einigkeit besteht in Hohenems jedenfalls: Die bisherige Teilnahme an Erasmus+ konnte als durchgehend positiv eingeschätzt werden und war den Aufwand der Akkreditierung – die bis 2027 gilt – wert.

www.hohenems.at



Das jährliche Hohenemser pädagogische Vernetzungstreffen 2023 bot Gelegenheit, sich über Erasmus+ auszutauschen: Bgm. Dieter Egger (l.) und Vizebgm.ⁱⁿ Patricia Tschallener (r.) begrüßten Gerhard Mayr (Konsortium der Bildungsdirektion) und angehende Pädagoginnen der BAfEP.

Schulen für die Kinder und Jugendlichen unserer Zeit

In Vorarlberg wurde ein Bürger:innenrat einberufen, um Ideen zur Weiterentwicklung von Schulen zu sammeln.

Barbara Ruhmann, ÖGUT

Was brauchen wir heute von der Schule? Wie können wir gemeinsam positive Veränderungen unterstützen?“ Diese Fragen wollte der Landeselternverband Vorarlberg in einem Bürger:innenrat verhandelt haben und startete im April 2023 eine entsprechende Petition. Die Initiativgruppe begründete ihr Begehren sehr klar: „Für den Landeselternverband Vorarlberg, den Vorarlberger Familienverband, die Landes Schüler:innenvertretung Vorarlberg sowie für viele Schulleiter:innen, Lehrpersonen und Bildungsexpert:innen passt das System Schule vielfach nicht mehr zu den Anforderungen unserer Zeit. Nach wie vor sind die Bildungschancen von Kindern sehr ungleich verteilt, Lehrer:innen eine jener Berufsgruppen mit den höchsten Burn-out-Raten und auch die psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen sind enorm gestiegen. Es ist daher höchste Zeit, Schule heute neu zu gestalten.“

Für die Einsetzung eines Bürger:innenrats braucht es in Vorarlberg 1.000 Unterstützungserklärungen, welche bei dieser Initiative innerhalb von nur vier Wochen einlangten.

Aber wie einen Bürger:innenrat zu einem so aufwühlenden Thema wie Schule gestalten? Das Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung, das in Vorarlberg für die Durchführung der Bürger:innenräte zuständig ist, wich ein bisschen vom üblichen Prozedere ab. Neben einem „Informations-Monat“, bei dem Zahlen, Daten und Fakten für die Teilnehmenden aufbereitet wurden, gab es auch eine Online-Umfrage in der gesamten Bevölkerung sowie vier Workshops

mit Schüler:innen. Die Ergebnisse wurden den Bürgerrät:innen vor ihren Beratungen übermittelt.

Einfach waren die 1½ Tage Bürger:innenrat dann trotzdem nicht. „Es ist viel Emotion dabei“, vermerkte Angela Manhart, eine junge Teilnehmerin. Debattiert wurden Fragen der Schulorganisation, der Bildungsauftrag sowie die „Zukunft Jetzt“, also mögliche Visionen. Schulen laden dazu ein, viel in sie „hinein zu wünschen“, weil sie einer der letzten verbliebenen großen Gemeinschaftsräume unserer Gesellschaft sind und weil sie Kinder und Jugendliche für ein erwachsenes, selbstständiges Leben rüsten sollen. Welches Wissen dafür notwendig ist, darüber lässt sich trefflich und lange streiten. Auffallend am Ergebnis des Bürger:innenrats sind der starke Fokus auf Ermutigung der Kinder und die Forderung, Kernkompetenzen zu vermitteln, damit Jugendliche sich in einer rasant verändernden Welt zurechtfinden und behaupten können.

Die Ergebnisse wurden von Politik und Verwaltung reflektiert. Einige Maßnahmen wurden bereits vor der Einsetzung des Bürger:innenrats gestartet: z. B. Coaching-Angebote für Lehrpersonal oder der Ausbau der Schulsozialarbeit. Wie besonders hart die Bretter in der Bildungspolitik sind, zeigt allerdings der aufwändige Prozess für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen in Vorarlberg, für die nach wie vor eine willige Modellregion zu fehlen scheint. Der Bürger:innenrat hat sich jedenfalls dafür ausgesprochen und dem Konzept der gemeinsamen Schule damit weiter Rückenwind gegeben.

Mehr Infos zum Bürger:innenrat gibt's auf partizipation.at!



Bürger:innenrat „Schulen für die Kinder und Jugendlichen unserer Zeit“

Dieser Artikel ist Teil einer Kooperation zwischen ÖGZ und partizipation.at, einer Initiative des BMK.

- Alle zwei Monate informiert ein Newsletter über das Partizipationsgeschehen in Österreich:

<https://partizipation.at/newsletter-anmeldung/>



- Wenn Sie selbst ein gelungenes Beteiligungsprojekt durchgeführt haben, das auf partizipation.at veröffentlicht werden soll, wenden Sie sich bitte per Mail an Barbara Ruhmann (ÖGUT): kontakt@partizipation.at!

Kommunale Pionierinnen

Marie Schwarz (1852–1920)

Astrid Kuffner, freie Journalistin

Marie Schwarz wurde am 17. Oktober 1852 geboren. Die Familie lebte in der Mariahilfer Straße in Wien. Der Vater, ein Advokat, starb früh, die Mutter musste fünf Kinder alleine aufziehen. Eine gute Ausbildung hatte in der Familie offenkundig einen hohen Stellenwert: Ihr Eintrag in „Deutsche Schulwelt des neunzehnten Jahrhunderts in Wort und Bild“ erwähnt, dass Marie Schwarz in ihrer ersten Jugend ausschließlich Privatunterricht genoss und 1868, also mit 16 Jahren, in die damals einzige Lehrerinnenbildungsanstalt, die „Präparandie zu St. Ursula“ eintrat. Im Juli 1871 legte sie als eine der ersten die Reifeprüfung an der kurz davor gegründeten Staatsanstalt ab, im November 1871 die Lehrbefähigungsprüfung für allgemeine Volks- und Bürgerschulen. Sie begann als Aushilfslehrerin an einer gemischten Volksschule, wurde Unterlehrerin, 1872 provisorische und 1874 definitive Lehrerin an einer Mädchen-Bürgerschule.

Mädchen- und Frauenbildung

Mit der Einführung der allgemeinen Unterrichtspflicht durch Maria Theresia 1774 war Bildung nicht mehr den oberen Gesellschaftsschichten vorbehalten: Alle Kinder besuchten eine sechsjährige Volksschule. Die Bildung für Mädchen beschränkte sich dort allerdings größtenteils auf Handarbeiten. Der ersten Frauenbewegung ging es also neben der beruflichen Ausbildung von Frauen auch um den Zugang zu höherer Bildung. 1888 wurde der Verein für erweiterte Frauen-



Pädagogin und Kommunalpolitikerin

bildung gegründet, der 1892 das erste Mädchengymnasium in der Rahlgasse errichtete. Als Vorsitzende der Unterrichtssektion des Bundes österreichischer Frauenvereine war sie an den Vorbereitungen beteiligt.

1894 wurde Marie Schwarz beinahe Schuldirektorin, doch wieder kam ein Mann zum Zug. Im Oktober 1895 wurde sie zu Österreichs erster definitiver Bürgerschuldirektorin an einer Mädchen Volks- und Bürgerschule im neunten Bezirk (Galileigasse 3) ernannt. Bereits ab 1875 engagierte sich die Pädagogin als Vizepräsidentin im zuvor meist nur von Privatkraften besuchten „Verein der Lehrerinnen und Erzieherinnen in Öster-

reich“, gegründet 1870, dessen Präsidentin sie später wurde (1876–1920). Sie war unablässig bemüht, die Stellung der Lehrerinnen zu festigen und ihre Rechte gegenüber den Schulbehörden zur Geltung zu bringen. So setzte sie sich z. B. für die Aufhebung des Lehrerinnenzölibats, die Gehaltsgleichheit mit männlichen Kollegen oder die Ernennung von Frauen zu Schulleiterinnen ein.

Außerdem initiierte sie die Errichtung eines Lehrerinnenheims auf dem Alsergrund und begründete 1907 eine Haushaltungsschule. Sie war Vorsitzende der Schulkommission des Bundes österreichischer Frauenvereine. Für Publikationen wie die „Österreichische Lehrerinnen-Zeitung“, die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ oder „Der Bund“ schrieb sie zahlreiche Beiträge und wirkte auch an der Erstellung von Lehrmitteln mit.

Politisches Engagement

Ab 1888 trat Marie Schwarz auch für das Frauenwahlrecht ein – für die Karriere durchaus ein heikles Thema. Später wurde sie Mitglied und Mitbegründerin des 1906 gegründeten Frauenstimmrechtskomitees. 1917 trat sie in den Ruhestand und begann ihr politisches Engagement. 1918 wurde sie von einer bürgerlich-liberalen Splitterpartei in den Provisorischen Gemeinderat entsandt. Sie zählte zu den ersten weiblichen Gemeinderatsmitgliedern, eine von 12 in Wien. Ein Jahr vor ihrem Tod wurde sie Mitglied der Bezirksvertretung im neunten Bezirk, dem geografischen Mittelpunkt ihres beruflichen Wirkens. Sie starb am 6. März 1920 in Wien.



*Städtebundpräsident Michael Ludwig
begrüßte Ehrenpräsident Michael Häupl
am 73. Städtetag in Wiener Neustadt.*



Ludwig und Häupl pochen auf mehr Rechte der Städte in der EU

Für die ÖGZ traf Margaretha Kopeinig Präsident Michael Ludwig und Ehrenpräsident Michael Häupl zum Gedankenaustausch über aktuelle Fragen und Herausforderungen der Städte. Dabei ging es auch um den 75. Geburtstag des ehemaligen Wiener Bürgermeisters.

Den Präsidenten und Ehrenpräsidenten des Österreichischen Städtebundes, Michael Ludwig und Michael Häupl, verbinden zentrale Anliegen: Stärkung der Demokratie, Partizipation der Bewohner:innen, Unterstützung der Daseinsvorsorge auf EU-Ebene und nachhaltiger Klimaschutz. Darüber hinaus verlangen beide, dass die Anliegen von Städten in der europäischen Politik stärker verankert und finanziell unterstützt werden. Denn: Städte und urbane Zentren spielen eine maßgebliche Rolle bei der Umsetzung von EU-Gesetzen, etwa jene des Green Deal.

ÖGZ: Beginnen wir bei aktuellen politischen Entwicklungen: 2024 werden auf europäischer und nationaler Ebene die Weichen für die künftige Politik gestellt. Der Großteil der Bevölkerung lebt in Städten, hier sind auch die meisten Wähler:innen zu finden. In der Stärkung der Demokratie kommt Städten eine entscheidende Rolle zu. Herr Bürgermeister, was machen Sie, um dieses Bewusstsein für Demokratie zu fördern?

Michael Ludwig: Wien ist erst kürzlich zur europäischen Demokratiehauptstadt 2024/25 gekürt worden. Eine Jury von knapp 4.000 Bürgerinnen und Bürgern aus 47 Ländern hat diese finale Entscheidung zugunsten Wiens getroffen. Wien hat besonders mit dem Fokus auf eine kli-

magerechte Zukunft beeindruckt. Aber nicht nur das: Wir setzen einen großen Schwerpunkt in Sachen Demokratisierung und Partizipation. Ich erinnere nur an die partizipative Erarbeitung von Jugendbeteiligungsprojekten wie der „Kinder- und Jugendmillion“ oder an das „Wiener Klimateam“. Künftig werden wir mit innovativen Projekten zeigen, wie der soziale Zusammenhalt durch die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger weiter gestärkt werden kann. Demokratie wird so für alle erlebbar gemacht. In einer Zeit, in der immer mehr Kräfte diese offene, liberale Demokratie zerstören wollen, braucht es starke Signale für mehr Mitbestimmung und mehr Miteinander.

Herr Häupl, Sie haben Wien von 1994 bis 2018 regiert. 24 Jahre sind eine Generation. Was sind Ihre Gedanken zu Europa und Demokratie?

Michael Häupl: Der Demokratie-Gedanke muss konkret und nicht abstrakt sein. Wien hat vor längerer Zeit im Wiener Landtag das Ausländerwahlrecht beschlossen (im Jahr 2003, Anm.), das vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde. Das Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer ist nach jetziger Verfassungslage offensichtlich nicht möglich. Das ändert aber nichts an der Problemlage. Ich lebe sehr gerne in Ottakring, wo annähernd 50 Prozent der Einwohner

und Einwohnerinnen nicht wählen dürfen. Wie kann man Menschen, die schon lange hier leben, arbeiten und Steuern zahlen, von dem Wert der Demokratie überzeugen, wenn sie kein Wahlrecht haben? Wir lassen sie nicht an der Demokratie partizipieren. Das ist ein tatsächliches Problem. Ich finde es auch sehr wichtig, dass mehr Leute in die Gestaltung der Stadt einbezogen werden, was ja auch immer öfter passiert. Zur Förderung des europäischen Gedankens erwarte ich mir, dass man die großen Themen, wie Frieden und Stabilität, mehr und besser kommunizieren sollte. Das betrifft Schulen und alle Bereiche der Gesellschaft. Österreich hat vom EU-Beitritt wirtschaftlich enorm profitiert.

Herr Bürgermeister, der Klimawandel, die Energie- und Verkehrswende, die Finanzierung der Städte und Gemeinden, die Sicherung der Daseinsvorsorge in Krisenzeiten, der Überfall Russlands auf die Ukraine, die Terrorattacke der Hamas auf Israel – haben Sie mit diesen Themen nicht die schwierigere Amtszeit als Ihr Vorgänger Michael Häupl?

Michael Ludwig: Jeder Zeitabschnitt ist von ganz spezifischen Herausforderungen geprägt. Michael Häupl ist es zum Beispiel gelungen, die Chancen, die der Beitritt zur Europäischen Union gebracht hat, für Wien voll zu nutzen. Was die jet-

zige Periode betrifft, so ist das Besondere, dass viele Krisen gleichzeitig passieren und sich überschneiden. Das überfordert teilweise die Handlungsmacht der einzelnen Nationalstaaten, weshalb europäische Lösungen so wichtig sind wie nie zuvor. Gleichzeitig tun wir in unserem Bereich alles, um sicherzustellen, dass sich Wien weiter positiv entwickelt. Und das mit Erfolg: Wien ist heute ein ungebrochen attraktiver Wirtschaftsstandort. Seit 2021 wurden mehr als 40.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese positive Entwicklung geht auch mit den Ansiedlungsbilanzen der Jahre 2022 und 2023 einher: 464 internationale Unternehmen siedelten sich in den beiden Jahren in Wien an – das Ziel lag bei 400. Insgesamt lösten diese mehr als 500 Millionen Euro an Investitionen aus.

Die Frage nun an Sie beide als Präsident und Ehrenpräsident des Städtebundes: Vor welchen großen inhaltlichen Herausforderungen stehen Städte und Gemeinden heute? Worauf sollte man aktuell den Fokus legen? Und vor allem auch, wie kann der Städtebund hier unterstützend wirken?

Michael Häupl: Städte kommen in der europäischen Entscheidungshierarchie kaum vor. Ich war sechs Jahre lang Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas. Ich erinnere mich an das zähe Ringen bei den Verhandlungen zum EU-Vertrag von Lissabon. Es ist uns gelungen, das Subsidiaritätsprinzip und die Daseinsvorsorge einschließlich des kommunalen Wohnens in den Vertrag zu verankern. Es hat sich damals ein neoliberaler Grundgedanke durchgezogen. Es gab eine Kampagne zur Privatisierung von Gemeindewohnungen.

Michael Ludwig: Die Leistungen der Städte, auch Daseinsvorsorge genannt, sind das Fundament für ein gutes Zusammenleben, und sie sind regionale Wirtschaftsmotoren: Alle kommunalen Investitionen stärken die regionale und lokale Wirtschaft und kurbeln damit die heimische Wirtschaft direkt an. Seit längerer Zeit drängen wir darauf, dass die finanzielle Situation der Städte verbessert wird.

Denn die Leistungen der Daseinsvorsorge müssen für die Zukunft gestärkt und abgesichert werden. Es ist gut, dass die Bundesregierung am Städtetag 2024 weitere Schritte angekündigt hat, um die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden zu verbessern. Denn wir stehen aktuell vor vielen Herausforderungen.

Der politische Kurs der EU-Institutionen wird in diesem Jahr neu festgelegt: Die Wahl zum EU-Parlament, eine neue Zusammensetzung der Kommission und ein Wechsel an der Spitze des Europäischen Rates signalisieren Veränderungen. Was verlangen Sie für Städte und Gemeinden von den neu gewählten EU-Institutionen?

Michael Ludwig: Was ich mir insbesondere wünsche, ist die gemeinsame Entwicklung eines europäischen Rahmens, der es uns Städten und Regionen ermöglicht, die Zukunft des sozialen und leistbaren Wohnens bestmöglich zu gestalten. Die Rolle der Städte und damit Wiens muss weiter gestärkt werden. Mehr als 300 Millionen Europäerinnen und Europäer leben im urbanen Raum. Das bedeutet eine enorme Verantwortung und ist Auftrag, aktiv die EU mit unserem Wissen und Können mitzugestalten. Dies werde ich nie müde – auch in meiner Rolle als Städtebundpräsident – bei den Treffen mit EU-Vertreterinnen und -Vertretern zu betonen.

Michael Häupl: Ich erwarte mir, dass die Ökologisierung in der gesamten EU vorangetrieben wird. Wien zum Beispiel hat einen negativen Flächenverbrauch, es wird mehr Fläche in Grünland umgewandelt. In Wien haben wir auch den geringsten CO₂-Ausstoß aller Bundesländer. Im Übrigen sehe ich das Renaturierungsgesetz der EU sehr positiv. Der Green Deal hat mit Wirtschaft, Produktion und Distribution zu tun. Aber ohne Einbindung der sozialen Frage in die Lösung der ökologischen Probleme wird es keine ökologische Lösung geben.

Die Großstadt Wien hat Tradition in ihrer Europa- und Außenpolitik. Herr Häupl, was ist Ihnen dabei gelungen?

Michael Häupl: Wien als Leuchtturm für ost- und südosteuropäische Städte zu positionieren. Wien ist wichtig für die europäische Integration der Städte in diesen Ländern. Der gute Ruf Wiens in Ost- und Südosteuropa ist auf die Unterstützung zurückzuführen.

Nun führen Sie, Herr Bürgermeister Ludwig, diese Politik fort und haben zuletzt einen Offenen Brief verfasst mit dem Ziel, den sozialen Wohnbau in der EU zu fördern, auch finanziell. Gibt es darauf schon Reaktionen?

Michael Ludwig: Das Wiener Modell des sozialen und leistbaren Wohnens ist europaweit und international anerkannt. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) empfiehlt es inzwischen regelmäßig als vorbildhaft für andere Städte und Staaten. Eben weil unser Rat so geschätzt wird, hat Wien in den vergangenen Jahren ein Netzwerk für leistbares Wohnen in Europa aufgebaut. Zuletzt habe ich in einem Arbeitsgespräch mit hochrangigen EU-Vertreterinnen und -Vertretern die Bedeutung des leistbaren Wohnens unterstrichen. Wohnen muss für alle Menschen in der Europäischen Union leistbar sein! Sowohl EU-Kommissar Nicolas Schmit als auch die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Evelyn Regner, haben sich diesbezüglich bereits sehr offen und unterstützend gezeigt.

Herr Bürgermeister, zum Abschluss noch eine Frage: Ihr Vorgänger als Stadtoberhaupt von Wien, Michael Häupl, feiert am 14. September den 75. Geburtstag. Was wünschen Sie ihm?

Michael Ludwig: Viel Gesundheit, das ist das Wichtigste.

Herr Häupl, was wünschen Sie sich selbst?

Michael Häupl: In meinem Alter und mit meinen Lebenserfahrungen bin ich egoistisch genug, mir Gesundheit zu wünschen. Das ist wirklich das Allerwichtigste. Wenn man drei Monate im Spital liegt, weiß man, wie wertvoll Gesundheit ist.





Hereinspaziert, am 21.9.2024!

Gratisangebote am Tag der offenen Tür der Wien Holding

Die Wien Holding feiert ihren 50. Geburtstag und öffnet die Türen vieler Tochterunternehmen, darunter auch solcher, die normalerweise nicht öffentlich zugänglich sind. Ein spannendes Programm bei freiem Eintritt. Festivalzentrum für den Tag der offenen Tür ist beim Ronacher in der Seilerstätte. Auf der Open-Air-Bühne vor dem Theater veranstalten die Vereinigten Bühnen Wien das Musicalfest „We Are Musical – The Next Generation 2024“. Ab 12.30 Uhr gibt es Tanz-Workshops und Kinderschminken und beim Glücksrad werden zahlreiche Preise ausgespielt. Ebenfalls freien Eintritt während der Öffnungszeiten gibt es in den vier Wien Holding Museen, Jüdisches Museum Wien, Haus der Musik, Kunst Haus Wien und Mozarthaus Vienna sowie im Museum Franzensburg. Dieses befindet sich im Schlosspark Laxenburg, Österreichs größtem historischen Landschaftsgarten.

Ein zweites Wien Holding Glücksrad ist vor der Wiener Stadthalle aufgebaut. Dort werden von 17 bis 20 Uhr beliebte Konzerttickets ausgespielt, von Raf Camorra über Bilderbuch und Die Fantastischen Vier bis Wanda. Außerdem gibt es Tickets für die Erste Bank Open zu gewinnen, das ATP-500-Tennisturnier in der Wiener Stadthalle.

Nähere Informationen zu allen Gratisveranstaltungen gibt es unter
www.wienholding.at

Erinnerung

Der Stadt St. Pölten ist die dauerhafte Sicherung des jüdischen Kulturerbes gelungen.

Thomas Pulle, Leiter Stadtmuseum St. Pölten

Erinnerung ist ein zentrales Thema der Tangente, des Festivals für Gegenwartskultur, das 2024 in St. Pölten stattfindet. Neben vielen anderen Aspekten steht für die Stadt vor allem die Erinnerung an die ehemals blühende jüdische Gemeinde im Mittelpunkt, was durch drei Großprojekte zum Ausdruck gebracht wird, die im heurigen Jahr fertiggestellt wurden bzw. werden.

- Die Renovierung der Ehemaligen Synagoge und die Etablierung eines neuen Kulturzentrums
- Die Instandsetzung und Restaurierung des neuen jüdischen Friedhofs und der zugehörigen Zeremonienhalle in der Karlstettner Straße
- Die künstlerische Neugestaltung des alten jüdischen Friedhofs am Pernerstorferplatz

Mit diesen Maßnahmen gehen auch Vereinbarungen einher, die eine langfristige Sicherung des jüdischen Erbes der Stadt St. Pölten ermöglichen.

Ehemalige Synagoge

Im Jahr 1913 war die St. Pöltner Synagoge nach Plänen der Wiener Architekten Theodor Schreier und Viktor Postelberg fertiggestellt worden – als eine der wenigen im Jugendstil gestalteten Synagogenbauten der Monarchie. Während des November-Pogroms 1938 wurde das Gebäude schwer beschädigt, Möbel und Kultgegenstände wurden geraubt oder zerstört. Die St. Pöltner Juden und Jüdinnen wurden von den Nationalsozialisten vertrieben oder ermordet, nach 1945 kamen nur wenige Familien in die Stadt zurück. Da sich keine jüdische Gemeinde bildete, verfiel das Gotteshaus zunehmend. Während andere große Synagogen in Niederösterreich, wie in Wr. Neustadt oder in Krems, abgebrochen wurden,



Restaurierte Zeremonienhalle des jüdischen Friedhofs in der Karlstettner Straße

konnte die St. Pöltner Synagoge gerettet werden und in den Jahren 1980 bis 1984 einer umfassenden Renovierung unterzogen werden.

Die aktuelle Restaurierung der Ehemaligen Synagoge, die nach 40 Jahren notwendig wurde, wurde vom Land Niederösterreich und der Stadt St. Pölten finanziert, der Bund beteiligte sich aus Mitteln des Nationalfonds der Republik Österreich. Am 18. April konnte die Ehemalige Synagoge St. Pölten im Beisein zahlreicher prominenter Ehrengäste wiedereröffnet werden. Nach ihrer Adaptierung dient das Haus als modernes und barrierefrei zugängliches Zentrum für Ausstellungen, Geschichtsvermittlung und Kulturveranstaltungen. Bürgermeister Matthias Stadler legte die Position der Stadt in seiner Ansprache dar: „Wir dürfen niemals vergessen, dass unsere Ehemalige Synagoge eine doppelte Funktion in der Wahrnehmung unserer jüdischen Geschichte einnimmt – zum einen berichtet sie noch heute von der aufstrebenden jüdischen Gemeinde zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die mit der Eröff-

nung ihres neu erbauten Gotteshauses im Jahre 1913 einen glanzvollen Höhepunkt erlebte! Zum anderen legt sie aber auch Zeugnis über die Vernichtung dieser Gemeinde ab, über die finsterste Zeit unserer Geschichte, die nur 25 Jahre nach Fertigstellung des Synagogenbaus begann und die dazu führte, dass wir heute von einer Ehemaligen Synagoge sprechen müssen.“

Die Ehemalige Synagoge wird nunmehr als Außenstelle des Museum Niederösterreich geführt – die Übernahme des Hauses durch die Niederösterreichische Museums Betriebs GmbH sichert den dauerhaften Bestand und die Nutzung dieses einmaligen Kulturdenkmals, in dem seit 1988 auch das Institut für jüdische Geschichte Österreichs untergebracht ist.

Übernahme des neuen jüdischen Friedhofs

Der „neue“ jüdische Friedhof in St. Pölten wurde im Jahr 1906 neben dem Areal des Stadtfriedhofs in der Karlstettner Straße eröffnet. Insgesamt wurden hier 342 Per-



Bei der Eröffnung des jüdischen Friedhofs waren die wichtigsten Personen bis in die höchsten Ämter der Republik anwesend. Generalsekretär der IKG Wien Benjamin Nägele, Vorständin des Nationalfonds Judith Pfeffer, Abgeordneter zum NÖ Landtag Florian Krumböck, Architekt Christoph Kucera, Präsident der IKG Wien Oskar Deutsch, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Landeshauptfrau von NÖ Johanna Mikl-Leitner, Bürgermeister von St. Pölten Matthias Stadler, Abgeordneter zum Nationalrat Robert Laimer, Landtagsabgeordnete Kathrin Schindele. Jüdischer Friedhof St. Pölten am 28. Juni 2024.

sonen beerdigt, 188 Grabsteine sind erhalten. Während des Nationalsozialismus erlitt der Friedhof schwere Schäden, viele Gräber und Grabsteine wurden zerstört. 1951 ließ die Stadt St. Pölten die noch vorhandenen Grabsteine wieder aufstellen und 1954 erfolgte die Rückstellung an die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) Wien als Rechtsnachfolgerin der IKG St. Pölten. Nachdem die IKG Wien und die Stadt St. Pölten eine Vereinbarung über die langfristige Instandhaltung des neuen jüdischen Friedhofs St. Pölten getroffen hatten, wurde dieser zwischen 2022 und 2024 instandgesetzt. Die Sanierung umfasste Baumeister-, Schlosser-, Steinmetz- und gärtnerische Arbeiten. Der Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe finanzierte die Maßnahmen mit Bundesmitteln in Höhe von insgesamt rund 880.000 Euro. Das Land Niederösterreich förderte das Projekt mit rund 280.000 Euro. Im Übereinkommen mit der IKG Wien verpflichtet sich die Stadt St. Pölten die Instandhaltung des Friedhofs für 20 Jahre zu gewährleisten – darunter werden Leistungen verstanden, welche sämtliche auf dem Friedhof befindliche Anlagen, ausgenommen Gräber und Grabsteine, in einem funktions-

fähigen, sauberen und gepflegten Zustand erhalten. Die Stadt muss für keine Instandsetzungsarbeiten aufkommen, wie etwa das Aufrichten von Grabsteinen oder die bauliche Sanierung von Gebäuden, Gräbern, Zeremonienhallen und Mauern. Am 28. Juni wurde der Friedhof an die Stadt St. Pölten übergeben.

Kunstprojekt beim alten jüdischen Friedhof

Ergänzt werden diese beiden großen „Memorial-Projekte“ um ein weiteres Vorhaben, das im September fertiggestellt wird. Der erste Friedhof der St. Pöltner Jüdinnen und Juden führt uns zurück zu den Anfängen dieser Gemeinde. Noch bevor diese 1863 offiziell errichtet wurde, waren ab 1859 am Pernerstorferplatz schon Bestattungen durchgeführt worden. Die dort Bestatteten sind keine Opfer der Shoah, aber sie wurden später in übertragenem Sinn zu Opfern der Nationalsozialisten, weil ihre Gräber damals geschändet und ihre Grabsteine entfernt wurden. Durch das Kunstprojekt von Anna Artaker bekommen die 543 dort zur ewigen Ruhe gebetteten Personen ihre Namen wieder zurück und werden so – gemeinsam mit

dem in Vergessenheit geratenen Friedhof – wieder in das historische Bewusstsein der Stadt gehoben. Der ca. 80 Meter lange alte Zaun wird durch Glasplatten ersetzt – auf diesen finden sich die Namen aller dort Liegenden aus der Frühzeit der jüdischen Gemeinde. Das Projekt ist das Ergebnis eines geladenen Wettbewerbs, der von Kunst im öffentlichen Raum Niederösterreich gemeinsam mit der Stadt St. Pölten unter Einbindung der IKG Wien durchgeführt wurde. Die Umsetzung liegt in den Händen der Kulturabteilung der Stadt St. Pölten, großzügige finanzielle Förderung dieses Memorial-Projektes kommt vom Land NÖ/Kunst im öffentlichen Raum sowie vom Nationalfonds der Republik Österreich. Nach Fertigstellung der Installation wird auch für diesen Friedhof eine Betreuungsvereinbarung zwischen der Stadt St. Pölten und der IKG Wien abgeschlossen.

Die Stadt St. Pölten sieht es als notwendige, aber vor allem ehrenvolle Verpflichtung an, permanent an die ehemals blühende jüdische Gemeinde zu erinnern, die durch das mörderische Regime der Nationalsozialisten ausgelöscht wurde. 

Jüdisches St. Pölten, KinderKunstLabor und mehr

98. Kulturausschuss in St. Pölten

Christina Aigner, Österreichischer Städtebund

Am 11. und 12. Juni fand die Frühjahrstagung des Kulturausschusses in St. Pölten statt. St. Pölten, das die Ausschreibung zur Kulturhauptstadt nicht gewonnen hatte, hatte sich trotzdem dazu entschlossen, vieles, das ursprünglich für das Jahr als Kulturhauptstadt geplant gewesen wäre, umzusetzen. Und so konnte St. Pölten ein unglaublich reichhaltiges, dichtes und spannendes Programm bieten, von dem auch die anderen Städte glänzende Augen bekamen. Startend mit dem neuen Glockenspiel am Rathaus, das etliche Melodien spielt, und auch bei jedem neu geborenen Kind in St. Pölten ein eigens komponiertes Musikstück spielt, besuchte der Ausschuss das bald eröffnende KinderKunst-

Labor. Mona Jas, die pädagogische Leiterin, führte die Ausschussmitglieder durch das beeindruckende Haus – wo wohl manche:r selbst noch einmal gerne Kind gewesen wäre –, das sich harmonisch in eine Parkanlage einfügt und wo auch sonst darauf geachtet worden war, die Umgebung und deren Bewohner:innen miteinzubeziehen. Eine dreidimensionale textile Landschaft von Toshis Gabe ist Kunst zum darin Klettern.

www.kinderkunstlabor.at

Martha Keil, Direktorin des Instituts für jüdische Geschichte, führte durch die ehemalige jüdische Synagoge. Diese ist nicht nur sensibel wiederhergestellt worden, sondern glänzt auch mit aufwendigen Wandmalereien, die mittels Schablonen hergestellt worden waren, in neuer Pracht (siehe S. 54). Leider gibt es in St. Pölten keine aktive Kultusgemeinde mehr.

www.ehemalige-synagoge.at

Von hier aus ging es weiter zur Musikschule St. Pölten mit Sitz in der ehemaligen Voithvilla. Musikschuldirektor Lukas Schönsiglb empfing die Teilnehmer:innen in der Musikschule, die wohl als eine der schönsten in Österreich bezeichnet werden kann und im Besitz der Stadt ist. Das Haus und vor allem der Blick in die öffentliche Gartenanlage ist wahrlich beeindruckend und inspirierend. Ein Baustellenbesuch im neuen Grillparzer Musik- und Kunstschulen-Campus kann als weiteres Highlight bezeichnet werden.

Am zweiten Tag der Sitzung, durch die Bürgermeister Stadler führte, berichtete

Tarun Kade, der künstlerische Leiter des Festivals der Gegenwartskultur „Tangente“, das sozusagen St. Pöltens Kulturhauptstadtjahr bezeichnet, über das bisher Geschehene und die weiteren Planungen. Die Tangente setzt dabei auch stark darauf, mit bestehenden Institutionen zusammenzuarbeiten.

www.tangente-st-poelten.at

Elisabeth Pöcksteiner von der „Jeunesse St. Pölten“ berichtete über das Schaffen vor Ort. Hier geht es darum, junges Publikum für Musik zu begeistern.

Den Abschluss der Vortragenden bildete wieder Mona Jas, die noch einmal auf das Konzept einging und das Werden des KinderKunstLabors. Neben vielen weiteren Besonderheiten hat sich das KinderKunstLabor so wie seine jungen Gäste, die ja auch neugierig sind und ständig Neues lernen, vor allem dem verschrieben, eine lernende Institution zu sein und auch aktiv Forschung zu betreiben. Und – ganz, ganz wichtig – es wird den Kindern wirklich hochwertige Kunst geboten.

Dem Austausch der Städte war auch bei diesem Treffen wieder ein Schwerpunkt gewidmet, bei dem die einzelnen Städte jedes Mal so viel bringen und mitnehmen können und es immer schön ist, wie offen und fruchtbringend dieser Austausch stattfindet.

Abschließend kann noch angemerkt werden, dass es eine unglaublich dichte und gelungene Tagung war, bei der St. Pölten auch sehr viel Anerkennung durch die anderen Städte erhielt. Zu Recht. 

Die neue Homepage für Kultur der Stadt St. Pölten: www.st-poelten.at/kultur



Überraschende gewerberechtliche Fragen

Eine deutsche Studentin besuchte den Fachausschuss
Gewerberecht und Gewerbe-technik.

Teresa Burkart, Praktikantin



Was machen 52 Vertreter:innen österreichischer Städte, eine Vertreterin des Österreichischen Städtebunds und eine deutsche Studentin am 17. und 18. April in St. Pölten? – Richtig, es findet der Fachausschuss für Gewerberecht und Gewerbe-technik statt. Warum ich als deutsche Studentin auch dabei war und was meine Eindrücke vom Fachausschuss waren, erzähle ich in den nächsten Zeilen.

Ich bin 21 Jahre alt, studiere in Baden-Württemberg das duale Studium „Public Management“ und darf ein dreimonatiges Praktikum beim Österreichischen Städtebund machen. Damit ich viele verschiedene Eindrücke sammeln kann, durfte ich im April beim Fachausschuss für Gewerberecht und Gewerbe-technik teilnehmen. Der Ausschuss in St. Pölten war meine erste Veranstaltung dieser Art, weshalb vieles neu und ungewohnt für mich war. Ich wurde aber herzlich aufgenommen und fühlte mich im Kreis der Expert:innen für Gewerberecht und Gewerbe-technik wohl. Die Stadt St. Pölten hat sich sehr gut um alle Teilnehmenden gekümmert, ein vielfältiges Rahmen-

programm zusammengestellt und den ganzen Ausschuss ausgezeichnet bewirte. Neben der eigentlichen Tagung standen ein gemeinsames Abendessen mit Weinverkostung sowie eine Stadtführung zum Thema Nationalsozialismus auf dem Programm. Natürlich wurde auch gearbeitet. In einigen Stunden intensiver Diskussionen wurden verschiedenste Fragestellungen beantwortet und Erfahrungen ausgetauscht. Die Themen waren sehr breit gefächert und einigen Punkten konnte ich gut folgen. Es gab aber auch Momente, in denen ich inhaltlich – aber manchmal auch des Dialekts wegen – nicht immer alles verstand. Einigen Themen folgte ich aufmerksam, da ich privat oder im Studium Bezug dazu aufbauen konnte. Beispielsweise die Fragestellung „Wie weit sind die österreichischen Gemeinden mit digitalen Einreichungen“ oder der „Beurteilungsmaßstab von Lärm“. Auch Zustellungsfragen oder Erkennungsmerkmale von Fake-Zeugnissen waren Diskussionspunkte, denen ich einfach folgen konnte.

Bei technischen Fragen wurde es dann schwieriger. Die unterschiedlichen Fach-

begriffe und unbekannten Themenfelder waren für eine Laiin wie mich nicht immer nachvollziehbar. Trotzdem konnte ich die eine oder andere Information mitnehmen. Die rechtlichen Problematiken interessierten mich deutlich mehr – wie es sich für eine Studentin der Verwaltungswissenschaften gehört. Hier erwischte ich mich mehrmals beim Recherchieren, wie die besprochenen Punkte in Deutschland bzw. Baden-Württemberg geregelt sind. Beispielsweise beim Thema „KFZ-Service – mobiles Arbeiten“. Ob man auf jeglicher Fläche einen KFZ-Reinigungsdienst anbieten darf? In Deutschland wird das von den meisten Gemeinden per Satzung untersagt. Das österreichische Gesetz beinhaltet die Reinhaltung des Grundwassers. Wie bei so vielem – unterschiedliche Regelungen und trotzdem ein ähnliches Ergebnis. Die Tagung prägte mein Bewusstsein dafür, was die Verwaltung alles beachten muss. So war ein Tagesordnungspunkt, bei dem es um das Pfandsystem für Plastikflaschen ging, für mich verwirrend, da ich das Pfandsystem schon von Kind auf kennengelernt habe und andererseits war ich auch überrascht, welche Fragen eine solche Veränderung aufwirft. Es gibt immer mal wieder Dinge, über die man im ersten Moment nicht nachdenkt.

Mit zahlreichen Informationen und neuen Eindrücken führte mich der Weg für weitere Wochen zum Praktikum nach Wien zurück. Der Fachausschuss war für mich ein besonderes Erlebnis und ich bin dankbar, dass ich ein Teil davon sein durfte.



Demenzfreundliche Städte

Der demografische Wandel führt zu einer steigenden Anzahl von Menschen mit Demenz. Was bedeutet das für das Zusammenleben in unseren Städten? Was können Städte tun, damit die betroffenen Menschen möglichst gut und selbstbestimmt leben können? Diesen Fragen widmete sich eine Fachtagung des Netzwerks Gesunde Städte im April in Leoben.

Gernot Antes, Koordinator des Netzwerks Gesunde Städte Österreich

Das Netzwerk Gesunde Städte Österreich hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Erfahrungsaustausch der Mitgliedsstädte untereinander und das Lernen voneinander und von anderen zu fördern. Die halbjährlichen Netzwerktreffen sind eine gute Gelegenheit dafür. So auch das Treffen von 10. bis 11. April in Leoben. Nach der Generalversammlung und dem Erfahrungsaustausch am ersten Tag des Treffens war der zweite Tag der Fachtagung „Demenzfreundliche Städte – Wie kann das gehen?“ gewidmet. Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen präsentierten eine Reihe von Möglichkeiten, das Stadtleben für Menschen mit demenziellen Erkrankungen und deren Angehörige zu öffnen.

Gut leben mit Demenz

Brigitte Juraszovich – sie ist Expertin für Gesundheitsberufe und Langzeitpflege an der Gesundheit Österreich GmbH – präsentierte die Demenzstrategie „Gut leben mit Demenz“. Grundsätzlich sei die

Bürgermeister Kurt Wallner begrüßte die Teilnehmer:innen der Fachtagung in Leoben.



© Foto: Freisinger/Stadt Leoben

Datenlage zu Demenz unzureichend, so Brigitte Juraszovich, aber für 2018 wurde geschätzt, dass 147.000 Menschen in Österreich von demenziellen Erkrankungen betroffen seien. Bis 2050 werde eine Verdoppelung der Zahlen prognostiziert. Brigitte Juraszovich kündigte für das Frühjahr 2025 einen Demenzbericht mit neuen Datenauswertungen an. Danach sprach sie über die Demenzstrategie mit ihren sieben Wirkungszielen und skizzierte die Umsetzung der Strategie auf Bundesebene von 2016 bis 2023 mit den drei Schwerpunkten Sensibilisierung und Teilhabe, Versorgung, Forschung und Qualität. Auch „Demenz.Aktivgemeinde“ – ein Lernprogramm mit Zertifizierung für Gemeinden zur „Demenz.Aktivgemeinde“ – wurde vorgestellt. Auf der Website www.demenzstrategie.at finden sich viele Informationen und Wissenswerte zur Demenzstrategie, unter anderem auch spezifische Materialien für Städte und Gemeinden.

Netzwerk Demenz Steiermark

Peter Rossegger präsentierte die neue Plattform „Needs. Netzwerk Demenz Steiermark“. Das Netzwerk wurde 2022 von drei Organisationen gegründet und nahm im Auftrag des Gesundheitsfonds Steiermark Anfang 2023 seine operative Tätigkeit auf. Needs versteht sich als Taskforce, die die Bedürfnisse und Perspektiven von Familien sowie Betroffenen mit dem ambulanten und stationären Bereich zusammenführt – immer mit dem Ziel, die Lebensqualität von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen zu verbessern. Peter Rossegger bot einen Einblick in das Leistungsspektrum von Needs und stellte unter anderem den „Steirischen Wegweiser“ <https://wegweiser.demenz-steiermark.at> oder auch den Aktionstag www.langertagderdemenz.at, eine steirische Dachmarke, vor.

Demenzfreundliche Apotheke

Petra Plunger vom Kompetenzzentrum Zukunft Gesundheitsförderung präsentierte das Projekt „Demenzfreundliche Apotheke“, das in Wien und Niederösterreich von 2013 bis 2015 umgesetzt wor-

den war und bis heute nachwirkt. Apotheken weisen für die Beratung und Betreuung von Menschen mit Demenz und betreuenden Angehörigen einige Potenziale auf: Sie sind in der Regel leicht erreichbar, lokal gut verankert, haben einen Bezug zum Thema Gesundheit und die Mitarbeiter:innen gelten als Expertinnen und Experten bzw. Vertrauenspersonen. Aber auch die Herausforderungen für Apotheken (z. B. Zeitaufwand, Versorgungsauftrag vs. privatwirtschaftliches Unternehmen) wurden diskutiert. Petra Plunger verwies in ihrem Vortrag auch auf interessante Publikationen, etwa über die Demenzfreundliche Apotheke, oder auch auf das Projekthandbuch „Gut leben mit Demenz in der Gemeinde“.

Demenzfreundliche Stadt Salzburg

Andreas Zwettler stellte den Tagungsteilnehmer:innen die Initiative „Demenzfreundliche Stadt Salzburg“ vor. Die Initiative ist im Sozialressort der Stadt angesiedelt und weist einige Besonderheiten (z. B. Flexibilität, Budgethoheit, Experimentiermöglichkeiten) auf. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit: Sensibilisierung, Schulung (z. B. für verschiedene Berufsgruppen oder auch Schüler:innen), Teilhabe (z. B. demenzfreundliche Veranstaltungen) und Entlastung (z. B. Beratung, Tageszentren). Die in der Initiative entwickelte Website www.konfetti-im-kopf.at soll als „One-Stop-Shop“ alle Informationen zum Thema Demenz in der Stadt bieten. Als besondere Herausforderungen bei der Beschäftigung mit dem Thema Demenz nannte Andreas Zwettler unter anderem die fehlenden Daten, die schwierige Erreichbarkeit der Betroffenen, die Ressourcen, aber vor allem auch die Parallelstrukturen im Feld.

Aktion Demenz

Der letzte Vortrag führte die Tagungsteilnehmer:innen ganz in den Westen Österreichs: Andrea Trappel-Pasi von der Stadt Bregenz stellte die vielfältigen Aktivitäten im Rahmen der „Aktion Demenz“ vor, wie zum Beispiel den „Frühstücks-

gruß“ (Frühstück wird per Fahrradrikschas verteilt), „Gartenzaunkonzerte“ (in der Zeit der Corona-Pandemie), Kulturvermittlungsangebote für Menschen mit Demenz oder auch den Treffpunkt „Demenz Café“, wo sich Menschen mit Demenz in einem frühen Stadium wöchentlich in einem entspannten Rahmen treffen können, um sich ohne Angst vor Stigmatisierung auszutauschen.

Diskussion und Ausblick

Im Anschluss an die Präsentationen fand eine Podiumsdiskussion statt. Vertreten waren dabei die „Steirische Alzheimerhilfe“, das „Kieselstein Institut für Demenz und Pflege“ in Bruck/Mur und „Demenz Kompetenz“. Ein wichtiges Thema im Gespräch waren dabei unter anderem die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz und deren Familien (z. B. Beratung, aber auch handfeste Unterstützung), verschiedene Angebote in den Bundesländern oder auch die Bedeutung der Bewusstseinsarbeit (z. B. Entstigmatisierung der Erkrankung, aber auch die Bereitschaft seitens der Betroffenen, um Hilfe zu bitten und diese zuzulassen). Der Autor und die Netzwerk-Vorsitzende Gerda Sandriesser beschlossen die Tagung und boten einen Ausblick auf den nächsten Termin: Im Oktober wird es in Eisenstadt um Klima und Gesundheit in der Stadt gehen. 

Hier finden Sie alle Präsentationen der „Netzwerk Gesunde Städte Österreich“-Fachtagung am 11. April:

www.staedtebund.gv.at/ausschuesse/ngs/tagungen/tagungsdetails/gesunde-staedte-netzwerktreffen-in-leoben-am-10-und-11-april-2024/



Soziale Kriterien bei Vergabeverfahren

Umsetzungstipps für Gemeinden

Lisa Rebisant, Clemens Hauser, Schiefer Rechtsanwälte

Gemeinden spielen eine zentrale Rolle in der Organisation und Bereitstellung von diversen Dienstleistungen für die Bevölkerung, insbesondere auch im Gesundheits- und Sozialbereich. Als sogenannte „öffentliche Auftraggeber“ haben Gemeinden bei der Abwicklung von Beschaffungsvorgängen die Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes („BVerG“) einzuhalten – zusammengefasst immer dann, wenn sie Lieferungen, Bau- oder Dienstleistungen am Markt gegen Entgelt einkaufen. Dies gilt – mit in der Praxis sehr seltenen Ausnahmen¹ – auch für Fälle, in denen Gemeinden gesetzlich verpflichtet sind, bestimmte Leistungen bereitzustellen (wie z. B. im Fall der Schulassistenten nach dem Steiermärkischen SchulassistentenG, nach dem Gemeinden für sämtliche Schulen, die in ihrem Gemeindegebiet errichtet sind, das entsprechende Assistenzpersonal bereitzustellen haben). An der grundsätzlichen Ausschreibungspflicht ändert es auch nichts, wenn die Leistungen nicht aus dem Budget der Gemeinde bezahlt werden, sondern von dritter Seite finanziert werden, aber die Gemeinde als Auftraggeber auftritt (z. B. im Fall von geförderten Projekten). Bei vielen Auftragsgegenständen, die von Gemeinden im Sozialbereich vergeben werden, handelt es sich um sogenannte „besondere Dienstleistungen“. Für die Vergabe dieser Art von Dienstleistungen gelten gemäß §§ 151 ff BVerG eigene (teilweise erleichterte) Verfahrensvorschriften. So ist etwa erst ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 750.000,00 von einem Verfahren im Oberschwellenbereich auszugehen (während der Schwellenwert bei



„klassischen“ Dienstleistungen aktuell bei EUR 221.000,00 liegt).

Kein Billigstbieterprinzip

Wenn Gemeinden als öffentliche Auftraggeber Vergabeverfahren nach den Bestimmungen des BVerG abwickeln, spielen sie eine wichtige Rolle, um Sozial-, Regionalitäts- und Nachhaltigkeitsaspekte zu stärken. So können Gemeinden etwa insbesondere durch die entsprechende Gestaltung von Eignungs- und Zuschlagskriterien einen bedeutenden Einfluss auf die Einbeziehung dieser Aspekte bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nehmen (bei denen tendenziell sehr hohe Volumina abgewickelt werden). Weiters haben es öffentliche Auftraggeber in der Hand, durch eine entsprechende Gestaltung der Gewichtung zwischen Preis- und Qualitätsbewertung

bei öffentlichen Ausschreibungen einen Beitrag zur Auflösung von durchaus bestehenden wirtschaftlichen Zielkonflikten zu lösen: Nicht immer bieten die preislich günstigsten Angebote die beste Gesamtlösung sowohl für die Gemeinden als Auftraggeber als auch die Bevölkerung. In diesem Sinn sieht das BVerG für einen Großteil der Ausschreibungsgegenstände auch verpflichtend vor, dass Aufträge nicht an den Bieter mit dem günstigsten Preis (= „Billigstbieterprinzip“), sondern an den Bieter mit dem „technisch und wirtschaftlich günstigsten“ Angebot (= „Bestbieterprinzip“) zu vergeben sind. Zusammengefasst bedeutet das, dass neben dem Preis im Rahmen der sogenannten Zuschlagskriterien auch entsprechende Qualitätsaspekte zu berücksichtigen sind. Dabei bietet es sich insbesondere an, die Qualität einer ange-

botenen Leistung von Bietern in Konzepten darstellen zu lassen, die nach bestimmten, vorgegebenen Kriterien bewertet werden.

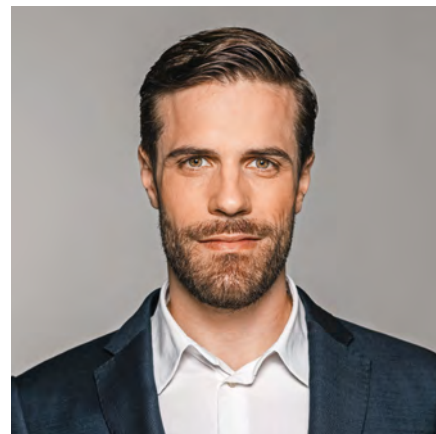
Bei der Vergabe von bestimmten Dienstleistungen, wie etwa bei unmittelbar personenbezogenen Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich sieht das BVergG (§ 91 Abs. 6) darüber hinaus eine ausdrückliche Verpflichtung vor, „qualitätsbezogene“ Aspekte bei der Beschreibung der Leistung, technischen Spezifikationen oder den Eignungs- oder Zuschlagkriterien vorzusehen (diese sind in der Ausschreibung auch ausdrücklich als solche zu bezeichnen). Das zwingende Bestbieterprinzip und die verpflichtende Berücksichtigung qualitätsbezogener Aspekte wurde zuletzt vom Landesverwaltungsgericht Steiermark in einer Entscheidung im Zusammenhang mit der Ausschreibung von Schulassistenten-Dienstleistungen ausdrücklich gefordert.

In der Praxis können Gemeinden dieser Verpflichtung etwa durch die Festlegung folgender Kriterien nachkommen:

- **Frauenförderung:** Gerade in Branchen mit einem eher geringen Anteil an weiblichen Arbeitnehmern können Maßnahmen zur Frauenförderung, die Unternehmer ergriffen haben, positiv belohnt werden (wie z. B.: positive Bewertung von Frauenquoten, Frauenanteil in Führungspositionen, Maßnahmen wie Frauenförderung bei Einstellung und Aufstieg und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie).
- **Beschäftigung älterer Arbeitnehmer:** Um dem Problem der Altersarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, können Unternehmer im Vergabeverfahren belohnt werden, die ältere Arbeitnehmer beschäftigen. Denkbar wäre sowohl eine Gesamtquote an älteren Arbeitnehmern im Unternehmen als auch eine Abstimmung auf spezifische Tätigkeitsbereiche, um bei besonders betroffenen Branchen entgegenzusteuern.
- **Lehrlingsausbildung:** Um dem Schwund an Ausbildungsplätzen für Lehrlinge in gewissen Branchen



Lisa Rebisant und Clemens Hauser sind Rechtsanwälte der Schiefer Rechtsanwälte GmbH, der führenden Kanzlei für öffentliche Auftragsvergabe. Die Kanzlei wickelt zahlreiche Vergabeverfahren im kommunalen Bereich ab.



entgegenzuwirken, kann ein Unternehmer im Rahmen des Zuschlagsverfahrens Punkte erlangen, wenn er Lehrlinge beschäftigt und diese bei der Leistungserbringung auch einsetzt.

- **Gütezeichen:** Eine weitere Möglichkeit, soziale Belange zu berücksichtigen, ist die Aufnahme von Zertifizierungen bzw Gütezeichen. Es gibt eine Vielzahl an Gütezeichen, die soziale Belange betreffen (z. B. Zertifizierungen von Fairtrade International, TCO Certified, SA 8000, Fair for Life, Zertifizierungen der World Fair Trade Organization), aus denen der Auftraggeber frei wählen kann (wobei immer der Zusatz „oder gleichwertig“ zu verwenden ist). Wichtig ist (bei sonstiger Anfechtbarkeit), dass die Gütezeichen in Verbindung zu dem auszuschreibenden Auftrag stehen.
- **Lieferkettenmonitoring:** Auch wenn die europäische Lieferkettenrichtlinie noch nicht in Kraft ist, kann die darin geregelte Thematik bereits jetzt als Inspiration für eine sozial verträgliche Auftragsvergabe dienen. So kann z. B. von Bietern verlangt werden, dass sie ihre gesamte Lieferkette offenlegen und belegen, dass es entlang dieser Lieferkette zu keinen Menschen- oder systematischen Arbeitsrechtsverletzungen kommt.
- **Regionale Wertschöpfung:** Vom

Bbieter kann ein Konzept verlangt werden, in welchem dieser darzustellen hat, welchen Beitrag eine Auftragsvergabe an ihn zur regionalen Wertschöpfung hätte.

- **Freiwilligenorganisationen:** Stellt ein Unternehmer seine Mitarbeiter (unter Entgeltfortzahlung) für Freiwilligenorganisationen (z. B. Rotes Kreuz, Feuerwehr) im Bedarfsfall frei, können Zuschlagspunkte vergeben werden.

Durch die Einhaltung dieser Grundsätze und den Einsatz entsprechender Qualitätskriterien bei der Vergabe von (teilweise sehr sensiblen) Dienstleistungen im Sozialbereich soll sichergestellt werden, dass die Qualität bei der Erbringung dieser äußerst wichtigen Dienstleistungen möglichst hoch gehalten wird. Dies trägt nicht nur zur Erhöhung der Lebensqualität der Bevölkerung bei, sondern kann letztlich auch einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor für den kommunalen Bereich darstellen: Eine hohe Lebensqualität durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Gemeinden unterstützt den Zuzug von insbesondere Familien in diese Gemeinden, was einen wichtigen Beitrag zur regionalen und kommunalen Wertschöpfung leistet. 🇳🇪

¹ Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass der Ausnahmetatbestand von der Ausschreibungspflicht nach § 9 Abs. 1 Z 18 BVergG („nichtwirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“) nach der Judikatur des VfGH sehr restriktiv auszulegen ist und somit in der Regel auch bei klassischen Dienstleistungen der „Daseinsfürsorge“ eine grundsätzliche Ausschreibungspflicht besteht.

Ist das ein Zaun?

VwGH bestätigt: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sind auch bei verfassungsrechtlichen Bedenken bis zur Aufhebung anzuwenden.

In einem die Kärntner Bauordnung (K-BO 1996) betreffenden Fall beschäftigte sich das Landesverwaltungsgericht (LVwG) Kärnten mit der Frage, ob es sich bei einer von mehreren Beschwerdeführer:innen errichteten Zaunanlage um eine bauliche Anlage im Sinne der K-BO 1996 handelt. Das Gericht wies die Beschwerde der Partei im Ergebnis inhaltlich ab, da die Verkleidung der Zaunanlage gegen den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan verstößt, die bestimmte Materialien für Einfriedungen ausschließt. Die Beschwerdeführer:innen wandten sich in weiterer Folge per außerordentlicher Revision an den VwGH.

Die Beschwerdeführer:innen argumentierten, dass die Gemeinden keine Ermächtigung zur Regelung der optischen Gestaltung von Einfriedungen hätten, da die Verkleidung keine bauliche

Anlage sei. Die Argumentation vermochte den VwGH nicht zu überzeugen, der die Revision als unzulässig zurückwies. Mit dem Vorbringen zur vermeintlich fehlenden „Ermächtigung zur Regelung der optischen Gestaltung von anzeigepflichtigen Einfriedungen“ der Gemeinden im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan verkennen die revisionswerbenden Parteien, so der Gerichtshof, dass auch Verordnungen, gegen die verfassungsrechtliche Bedenken bestehen, bis zu einer allfälligen Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof von der Behörde bzw. vom Verwaltungsgericht anzuwenden sind. Beim gegenseitlichen Vorbringen handelt es sich somit um keine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG.



VwGH 21.03.2024, Ra 2024/06/0047

Baukartell

VwGH zur Selbstreinigung von Kartellanten im Vergaberecht

Die Folgen des Baukartells stellen die kommunale Verwaltung weiterhin vor große Herausforderungen. Neben Fragen der Geltendmachung von Schadenersatz betrifft dies insbesondere auch das vergaberechtliche Thema der Selbstreinigung. Der VwGH traf dazu unlängst eine Entscheidung.

§ 78 Abs. 1 Z 4 BVergG 2018, der besagt, dass Unternehmer:innen von Vergabeverfahren auszuschließen sind, wenn es hinreichend plausible Anhaltspunkte für nachteilige Abreden gibt. Die Auftraggeberin hat vom Ausschluss abzusehen, wenn der/die Unternehmer:in glaubhaft macht, dass er/sie trotz des Vorliegens eines Ausschlussgrundes zuverlässig ist. Diese Glaubhaftmachung erfolgt im Wege sogenannter Selbstreinigungsmaßnahmen (§§ 83 und 254 BVergG 2018). Der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) entschied diesbezüglich, dass ein Unternehmer, der von einem Vergabeverfahren ausgeschlossen wurde, trotz umfangreicher Maßnahmen zur Verhinderung von zukünftigen Absprachen, nicht erfolg-

reich selbst gereinigt werden kann, wenn er nicht aktiv mit den Ermittlungsbehörden zusammenarbeitet.

Im konkreten Fall wurde ein Unternehmer von einer öffentlichen Sektorenauftraggeberin ausgeschlossen, da das Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung (BAK) wegen wettbewerbswidriger Absprachen ermittelte. Der Unternehmer argumentierte, dass er Selbstreinigungsmaßnahmen ergriffen habe, wie die Bestellung eines zweiten Geschäftsführers, Schulungen für Mitarbeiter:innen und eine Änderung des Abrechnungssystems. Das Verwaltungsgericht Wien wies den Antrag auf Nichtigkeitserklärung ab, erlaubte jedoch die ordentliche Revision. Der VwGH entschied, dass die Selbstreini-

gung des Unternehmers nicht erfolgreich war, da sich der Geschäftsführer des Unternehmens im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren seiner Aussage entzogen hatte. Der VwGH verwies auf ein Urteil des EuGH, wonach ein Bieter nachweisen muss, dass er durch aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden die Tatsachen und Umstände bezüglich des Kartells, an dem er beteiligt war, umfassend geklärt hat. Da sich der Geschäftsführer des Unternehmens der Aussage entzogen hatte, konnten die Selbstreinigungsmaßnahmen nicht zum Erfolg führen. Die im BVergG genannten Selbstreinigungsmaßnahmen rechtfertigen ein Absehen vom Ausschluss wegen wettbewerbswidriger Absprachen nur dann, wenn der Bieter aktiv mit den Ermittlungsbehörden zusammenarbeitet. Diese Entscheidung betrifft § 254 BVergG 2018 im Sektorenbereich, ist aber auch für den klassischen Bereich relevant, da die Bestimmung des § 83 BVergG 2018 gleichlautend ist.



VwGH 14.11.2023, Ra 2020/04/0019-6





Zahlung an Verein

Gemeindemandatar vom Missbrauch der Amtsgewalt freigesprochen

In einer im April 2024 ergangenen Entscheidung befasste sich der Oberste Gerichtshof (OGH) mit einer Frage des Missbrauches der Amtsgewalt (§ 302 Abs. 1 StGB) durch Zahlungen diverser Unternehmer an einen Verein. Der Verein wurde von einem Gemeindemandatar zum Zweck der „Bekämpfung von Armut und Not in Entwicklungsländern“ gegründet. Der Mandatar wurde als Hauptangeklagter beschuldigt, als Amtsträger Vorteile für sich oder Dritte gefordert, angenommen oder sich versprechen lassen zu haben. Konkret ging es um Zahlungen an den Verein in Höhe von 3.000 bis 50.000 Euro. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Freispruch durch das Erstgericht Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, die jedoch vom OGH abgewiesen wurde. Die Begründung des OGH für den Freispruch basierte darauf, dass die inkriminierten Zahlungen an den Verein nicht mit der Amtstätigkeit der Angeklagten in Verbindung standen und

diese Zahlungen die politische Tätigkeit des Hauptangeklagten nicht beeinflusst haben. Die Richter stellten fest, dass die angeklagten Unternehmer die Zahlungen an den Verein tätigten, weil sie von dessen Anliegen überzeugt waren und nicht, um den angeklagten Gemeindemandatar zu einer pflichtwidrigen Vornahme von Amtsgeschäften zu veranlassen. Zudem war den Angeklagten wichtig, dass die eingezahlten Gelder einem guten Zweck zugutekommen und steuerlich absetzbar sind. Die Subsumtion nach § 305 Abs 1 oder § 306 Abs 1 StGB setzt, so der Gerichtshof, in den Tatvarianten des Annehmens und Sich-versprechen-Lassens in allen Tatvarianten (auch) einen auf die Ungebührlichkeit des Vorteils gerichteten Vorsatz des Täters voraus.

Dieser war im konkreten Sachverhalt nicht erkennbar.



OGH 14.05.2024 14 Os 133/23z

Bezahlte Anzeige

Schmidt Flexigo 150 – eine Kehrmaschine mit vielen Talenten

Die kleine Allrounderin kommt auch dann zum Einsatz, wenn alle Straßen und Wege schon gekehrt sind. Sie ist ein kompaktes Multitalent.

Eine Kehrmaschine, die Schnee und Eis nicht scheut

Die Produktivität einer Kommunalmaschine hängt in starkem Masse davon ab, ob sie ganz-

jährig einsetzbar ist. Saisonale Standzeiten verursachen Kosten und erzeugen keinen Nutzen. Die Paradedisziplin der Flexigo 150 ist das Kehren mit 2- oder 3-Besen-System auf Wegen,

Straßen und Plätzen. Mit dem integrierten Schnellwechselsystem bleibt sie aber auch an verschneiten Wintertagen nicht auf dem Werkhof. Mit Pflug und Streuer wird sie zum wendigen Winterdienstgerät für Rad- und Gehwege oder die Fußgängerzone.

Vielseitige Nutzungen auch im Sommer

Eine Vielzahl von An- und Aufbaugeräten erhöhen auch den Nutzungsgrad im Sommer. Mit einem Schrubbdeck ausgerüstet reinigt die Flexigo Plätze

und Parkhäuser. Auf Grünflächen kann sie mit Rasenmäher und Absaugeinrichtung oder mit einem Mulcher eingesetzt werden.

Einfach und rechtssicher beschaffen

Viele unserer Kehrmaschinen, darunter auch die Flexigo 150, sind bei der BBG gelistet. Das ganze Sortiment finden Sie auf unserer Website .

Aebi Schmidt
Österreich GmbH

www.aebi-schmidt.com/austria



Ertragsanteilsvorschüsse für August 2024

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 08/2024 ¹ in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 08/2024 in %	Ertrag für 01–08/2024 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–08/2023 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	418.373	11,2%	4.722.005	9,5%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	-28.974		312.636	-11,5%
Lohnsteuer	364.973	10,8%	3.163.195	19,8%
Kapitalertragsteuer	91.731	48,6%	291.478	0,0%
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	11.894	117,3%	72.672	38,6%
Körperschaftsteuer	-21.734	-768,4%	860.073	-10,4%
Stabilitätsabgabe	22	170,8%	11.422	24,2%
Sonstige Steuern (gesamt)	504.574	0,1%	4.062.914	-2,5%
davon:				
Umsatzsteuer	303.852	6,0%	2.503.461	2,2%
Tabaksteuer	21.028	-1,2%	163.247	4,1%
Biersteuer	1.948	-13,2%	14.720	0,9%
Mineralölsteuer	37.717	-33,8%	299.845	-6,5%
Alkoholsteuer	1.348	3,3%	12.121	-9,9%
Energieabgabe	983		2.670	
Normverbrauchsabgabe	7.700	27,8%	42.297	18,7%
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	79.136	-2,5%	652.742	-20,7%
Versicherungssteuer	16.256	8,0%	124.888	7,3%
Motorbezogene Versicherungssteuer	29.130	2,0%	195.988	-0,2%
KFZ-Steuer	135	-7,8%	4.985	-0,4%
Konzessionsabgabe	2.687	-0,4%	25.398	3,0%
Kunstförderungsbeitrag	0		421	-59,9%

¹⁾ Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile ^{*)}

	Ertrag für 08/2024 ¹ in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 08/2023 in %	Ertrag für 01–08/2024 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–08/2023 in %
Burgenland	23.820	4,2%	227.687	4,4%
Kärnten	55.071	4,2%	530.631	3,4%
Niederösterreich	150.411	3,8%	1.441.234	3,3%
Oberösterreich	144.797	4,9%	1.383.721	4,5%
Salzburg	63.815	2,5%	600.930	2,8%
Steiermark	112.969	1,9%	1.086.553	3,0%
Tirol	81.793	7,1%	769.152	3,7%
Vorarlberg	43.007	4,5%	410.970	2,8%
Wien	247.264	7,2%	2.334.463	3,8%
Summe	922.947	4,9%	8.785.340	3,6%

*) ohne Zwischenabrechnung



Grazer Jubiläum

Die Festschrift zum doppelten Jubiläum bietet einen tiefgreifenden Rückblick auf die bewegte Geschichte der Justiz in der Steiermark und Kärnten sowie – in den ersten Jahren – des damals noch zu Österreich gehörigen Kronlandes Krain. Die Festschrift beginnt mit Grußworten des Bundespräsidenten, der Bundesministerin für Justiz, der Landeshauptleute von Kärnten und der Steiermark, der Bürgermeisterin der Stadt Graz sowie Vertreter:innen der Lehre und selbstverständlich der Justiz. Die historischen Abhandlungen liefern einen wertvollen Beitrag zur Aufarbeitung der Justizgeschichte und einen Denkanstoß für die Bedeutung der Rechtsprechung in der Gegenwart. Darunter findet sich etwa ein Beitrag zur Rolle des Gerichts in der NS-Zeit oder ein Porträt der ersten beiden weiblichen Richterinnen am Oberlandesgericht Graz. Es wird eindrücklich daran erinnert, dass die Lehren aus der Vergangenheit nicht als selbstverständlich betrachtet werden dürfen und es einer kontinuierlichen Anstrengung bedarf, um die zivilisatorischen Errungenschaften des Rechtsstaates zu bewahren.

170 Jahre Oberlandesgericht Graz
130 Jahre Justizpalast Graz
 Präsidium des Oberlandesgerichtes Graz (Hrsg.) | Jan Sramek Verlag | ISBN 9783709703656 | € 85,00 | 256 Seiten | Hardcover



KI und Strafrecht

Kerstin Waxnegger nimmt sich eines der brennendsten Themen der modernen Rechtswissenschaft an: die Verantwortlichkeit im Kontext künstlicher Intelligenz (KI). Mit dem Vormarsch der KI in alle Lebensbereiche stellt sich zunehmend die Frage, wer für die Handlungen autonomer Systeme haftet.

Waxnegger nähert sich dieser Frage mit einer kritischen Prüfung des Strafrechts und dessen Anwendbarkeit auf nicht-menschliche Akteure. Ein zentraler Teil des Buches widmet sich der Verantwortlichkeit der Personen, die KI nutzen, herstellen oder Daten sowie Speicherplatz für diese bereitstellen und damit das Verhalten von KI prägen. Durch praxisnahe Beispiele werden potenzielle Problemfelder aufgezeigt. Das Werk zielt darauf ab, ein umfassendes Verständnis für die Behandlung von KI im Strafrecht zu schaffen.

Der Autorin gelingt es, komplexe rechtliche und technologische Fragestellungen verständlich und praxisnah darzustellen.

Künstliche Intelligenz und Strafrecht

Grundsätzliche Fragestellungen und rechtliche Lösungsansätze

Kerstin Waxnegger | Verlag Österreich | ISBN 9783704693662 | € 89,00 | 328 Seiten | Softcover



Treu und Glauben

Das Buch „Treu und Glauben im Wirtschaftsrecht“, herausgegeben von der WiR-Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, ist eine umfassende und tiefgründige Auseinandersetzung mit einem der grundlegendsten Prinzipien des Rechtssystems. Der Grundsatz von Treu und Glauben wird in diesem Werk aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und diskutiert.

Die Herausgeber:innen haben es geschafft, eine beeindruckende Bandbreite an Themen abzudecken, die von Rechtsphilosophie und Rechtstheorie über verschiedene Rechtsgebiete wie Verfassungs-, Völker- und Europarecht bis hin zu spezifischeren Feldern wie Steuer-, Privat-, Gesellschafts-, Arbeits- und Sozialrecht reichen. Dieser multidisziplinäre Ansatz ermöglicht es den Leser:innen, die Bedeutung und Anwendung von Treu und Glauben in unterschiedlichen rechtlichen Kontexten zu verstehen. Die Diskussionen sind aktuell und reflektieren die neuesten Entwicklungen und Herausforderungen im Wirtschaftsrecht.

Treu und Glauben im Wirtschaftsrecht

WiR-Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht (Hrsg.) | Linde Verlag | ISBN 9783707349771 | € 62,00 | 220 Seiten | Gebunden



Veggie-Buffets für Bern

Postulat „Umweltschonende Ernährung – Stadt als Vorbild“ angenommen.

Weder Fleisch noch Fisch: Der Berner Stadtrat will ein gutes Vorbild sein und offeriert künftig nur noch vegetarisches Essen bei seinen parlamentarischen Anlässen. Eingbracht wurde das Postulat von der Linksaußen-Fraktion, die SP sorgte für die Mehrheit – nun prüft der Gemeinderat das Anliegen. Auf Widerstand stieß das Anliegen bei der SVP und der FDP, da Fleischessende mit dem Verbot diskriminiert würden.

Schon Anfang Mai 2024 hat sich das Parlament mit knapper Mehrheit dafür ausgesprochen, dass in der Verwaltung, in den städtischen Betrieben und verpachteten Restaurants nur noch nachhaltige Ernährung angeboten werde. Darunter fallen „biologische, regionale, saisonale, sozial nachhaltige und vegetarische oder vegane Speisen“. Der Stadt sei es wichtig, das Ernährungssystem nachhaltig zu beeinflussen.

Marburg: Auto-Abschaff-Prämie

Die Stadt Marburg belohnt das Auto-Abmelden.

Die Stadt Marburg will mit einem neuen Anreizprogramm Bürger:innen zum Verzicht auf ein Auto motivieren. Wer sein Auto – auch Zweit- oder Drittwagen – ein Jahr lang abmeldet, soll dafür eine Prämie bekommen. Die Prämie wird nicht direkt, sondern in Form von Gutscheinen ausbezahlt, man kann damit Carsharing und öffentliche Verkehrsmittel nutzen sowie in lokalen Geschäften und der Gastronomie bezahlen. Insgesamt soll die Prämie einen Gegenwert von 1.250 Euro haben.

Mobilitätsfragen sind in der hügeligen, engen Universitätsstadt immens wichtig, dazu hat die Stadt ein umfangreiches Verkehrskonzept („MoVe35“) an den Start gebracht, das unter anderem die Halbierung des Autoverkehrs bis zum Jahr 2035 vorsieht. Bei einem Bürger:innenentscheid im Zuge der Europawahl am 9. Juni sprachen sich 51,8 Prozent der Marburger:innen gegen die Halbierung des Autoverkehrs aus. Die Stilllegeprämie wird eingeführt, um den Umstieg auf



Alternativen attraktiver zu machen und Mobilität ohne Privatauto einfach auszuprobieren – zeitlich beschränkt und mit Kostenübernahme der Alternativen. Gleichzeitig wolle man die lokale Wirtschaft unterstützen.

Wien: Nachtzentrum für Obdachlose

Schutz und Abkühlung für Wohnungslose

Ein völlig neuartiges Angebot für Obdachlose gab es im Sommer mit dem neuen Nachtzentrum in Hernals. Wohnungslose Menschen können ohne Anmeldung und anonym von 19 bis 9 Uhr ein Nachtzentrum nutzen. Die kühle Alternative zum Aufenthalt im öffentlichen Raum bietet Abkühlung und Schutz für insgesamt 50 Menschen. Angeboten werden neben dem Quartier auch Verpflegung, Hygieneartikel, Duschen, Kleider aus Spenden, zwei PC-Plätze und frei verfügbares WLAN. „Wohnungs- und obdachlose Personen haben Bedarf an Ruhe, Schutz und durch die steigende Erderhitzung auch an Abkühlung. Darum haben wir als Stadt Wien rasch gehandelt und dieses völlig neue Angebot des Fonds Soziales Wien auf die Beine gestellt“, erklärte Sozialstadtrat Peter Hacker. Zwar würde auch weiterhin das Hauptaugen-

merk auf dem Housing-First-Ansatz mit eigener Wohnung und gleichzeitiger sozialarbeiterischer Betreuung liegen, aber niederschwellige Angebote seien ebenfalls notwendig.



Das Nachtzentrum Obdach Sautergasse bietet Ruhe und Schutz für bis zu 50 Personen.

Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine und Änderungen auf www.staedtebund.gv.at

September

18. 9.	Ausbilder:innen-Wissen „New Work“	online
18. und 19. 9.	FA Veranstaltungswesen	Wien
19. und 20. 9.	FA Schlachthof- und Veterinärwesen	St. Pölten
24. 9.	FA Verwaltungsorganisation	online
25. und 26. 9.	FA Personalmanagement	Dornbirn

Oktober

1. und 2. 10.	WS Kommunales Beteiligungsmanagement	Leoben
3. und 4. 10.	FA Öffentlichkeitsarbeit	St. Pölten
3. und 4. 10.	FA Bildung	Graz
9. 10.	FA Bürger:innenangelegenheiten und Statistik	online
9. und 10. 10.	FA Frauen	Wien
16. und 17. 10.	FA Kontrollamtsangelegenheiten	Villach
17. und 18. 10.	Netzwerk Gesunde Städte	Eisenstadt
21. und 22. 10.	FA Rechtsangelegenheiten	Wolfsberg
22. und 23. 10.	FA Stadtvermessung	Graz
22. und 23. 10.	FA Informationstechnologie und Digitalisierung (FIT)	Linz
22. und 23. 10.	FA Sport	Tulln
22. und 23. 10.	FA Verkehr	Wels
24. 10.	Finanzkommission	online

Kontakt

oegz@staedtebund.gv.at



Ausblick ÖGZ 10/2024

Finanzen

Digitaler Euro, Grundsteuer, Fiskalregeln, EU-Taxonomie und wie steht es um die Gemeindekassen?

Die Oktoberausgabe der ÖGZ widmet sich vielfältig und umfangreich dem Thema Finanzen.

Die Ausgabe 10/24 erscheint am 9. Oktober 2024.

Leben im Zentrum

5. Citytagung by RegioPlan

Kommunaltarif: 290,- € für alle Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohner:innen

16. Oktober, Museumsquartier Wien

www.citytagung.eu

CliA-Staatspreis

Fachveranstaltung zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels und erstmalige Preisverleihung zum österreichischen Staatspreis für Klimawandelanpassung (CliA).

Eine Veranstaltung von Klimaschutzministerium und Klima- und Energiefonds

16. Oktober, Libelle Museumsquartier Wien

<https://staatspreis-anpassung.at/>

3. Brachflächen-Gipfel

Dienstag, 22. Oktober 2024

TriBühne Lehen, Salzburg

www.brachflaechen-dialog.at

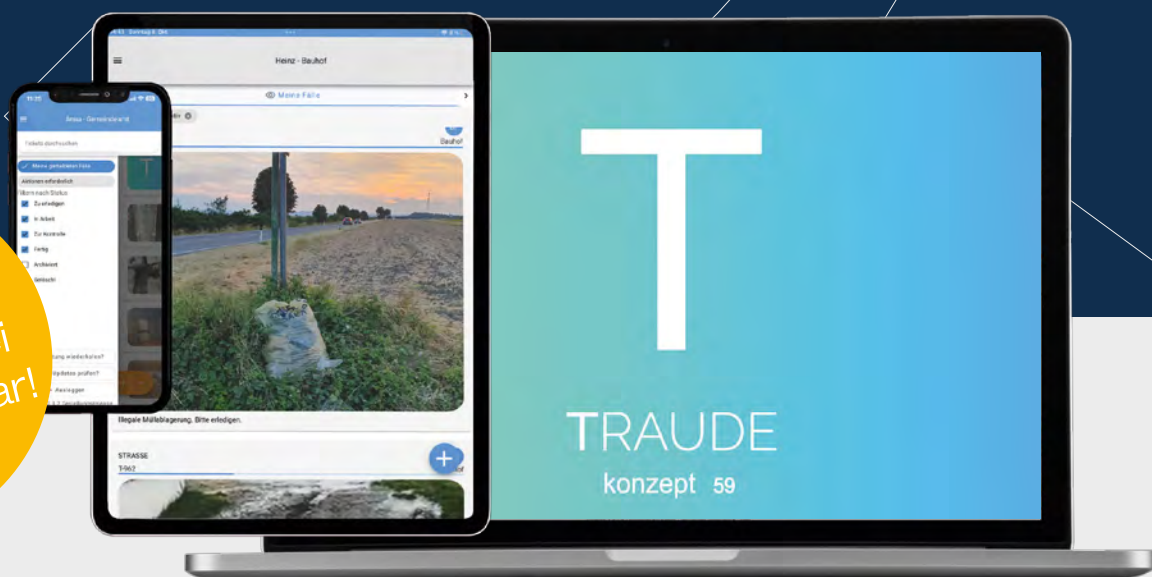
Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 9/2024 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verlag: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Geschäftsführung: KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89983, Mitarbeit: Kevin Muik, Johannes Schmid • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2024: 10 Ausgaben • Cover: Getty Images, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassen den wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: Tel. +43(0)1 740 32-725, +43(0)664 88 32 50 60, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme, Verkauf und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1 740 32-733, Verkauf: Julia Luef-Rötzer, +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

Effiziente Aufgaben-App

Mit TRAUDE schneller Mängel beheben

Kommunale Aufgaben effizient und transparent zu verwalten stellt oft eine Herausforderung dar. Probleme werden festgestellt und weitergemeldet, doch häufig bleibt unklar, ob und wann diese behoben werden. Genau hier setzt die neue Aufgaben-App TRAUDE an.

NEU!
Ab sofort bei
uns verfügbar!



Vielfältiger Einsatz in unterschiedlichen Prozessen

Unlimitierte User:innen

Medienbruchfreie Nutzung

Foto- und GPS-Dokumentation per Klick

Unterstützung in Verwaltungsaufgaben

Einbindung aller Beteiligten



Vereinbaren Sie direkt einen
Online-Präsentationstermin:
verkauf@gemdatnoe.at



Niederösterreichische Gemeinde-Datenservice GmbH
2100 Korneuburg • Girakstraße 7 • 02262/690-0 • www.gemdatnoe.at